63. Sitzung

Mittwoch, den 14.09.2011

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blechschmidt, DIE LINKE 5749
Emde, CDU 5749

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Finanznot der Thüringer Kommunen ernst nehmen - Resolution des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes unterstützen" 5750

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3216 -

Ramelow, DIE LINKE 5750, 5751
Dr. Zeh, CDU 5751
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5752
Hey, SPD 5753
Bergner, FDP 5754
Kuschel, DIE LINKE 5755, 5756
Dr. Voß, Finanzminister 5757

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Thüringer Ministergesetz beschließen - Ministerpensionen maßvoll gestalten“ 5758

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3246 -

Bergner, FDP	5758
Marx, SPD	5759
Korschewsky, DIE LINKE	5759
Scherer, CDU	5760, 5762
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5762
Höhn, SPD	5763
Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei	5763
Ramelow, DIE LINKE	5764, 5764

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland und mögliche Auswirkungen auf Thüringen" 5764

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3250 -

Doht, SPD	5765, 5765, 5765
Untermann, FDP	5766, 5767
Tasch, CDU	5767
Dr. Lukin, DIE LINKE	5768, 5769
Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5769
Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr	5770

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: "Fortführung des Erprobungsmodells 'Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule' und Zukunft des Thüringer Hortes" 5771

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3271 -

Kowalleck, CDU	5772
Sojka, DIE LINKE	5772, 5778
Metz, SPD	5773
Hitzing, FDP	5774, 5775
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5775
Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	5776, 5779

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Wirtschaftsstandort Thüringen stärken - Für eine bessere Kommunikation und Transparenz zwischen Landesregierung und Wirtschaft" 5779

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3279 -

Aussprache

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5779, 5788
Günther, CDU	5780, 5793
Hausold, DIE LINKE	5781
Lemb, SPD	5782
Kemmerich, FDP	5783, 5784, 5795
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	5784, 5791, 5796
Ramelow, DIE LINKE	5789, 5790
Barth, FDP	5790, 5791, 5793, 5795

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Grob, Günther, Gumprecht, Heym, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Wucherpennig, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14:01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich begrüße Sie nach der Sommerpause zu unserer ersten Sitzung recht herzlich, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße auch die Zuschauer auf der Gästetribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Abgeordnete Dr. Voigt und die Rednerliste führt die Frau Abgeordnete König.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Recknagel, Frau Abgeordnete Holbe und zeitweise der Herr Minister Machnig.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Die Deutsche Telekom hat für heute zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der nach dem Ende der Plenarsitzung beginnen soll.

Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, die Haushaltsberatung in den Tagesordnungspunkten 8 a, b und c am Donnerstag als erste Punkte und den Tagesordnungspunkt 26 nach den Haushaltsberatungen aufzurufen. Der Tagesordnungspunkt 33 wird am Donnerstag als letzter Punkt aufgerufen.

Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung Dauergenehmigungen für Bild- und Tonaufnahmen für Herrn Daniel Jurkowski, Frau Carolin Stephan, Herrn Tino Baumgaertner von SALVE.TV und Herrn Alexander Florian Polley vom ZDF erteilt.

Aufgrund der Eilbedürftigkeit habe ich für diese Plenarsitzung auf Antrag der Fraktion der SPD eine Sondergenehmigung für Bildaufnahmen für Herrn Volker Hielscher gemäß den Regelungen für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung erteilt. Die Fraktionen wurden bereits im Vorfeld informiert.

Weiterhin möchte ich darüber informieren, dass der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung übereingekommen ist, grundsätzlich am Mittwoch und am Freitag jeweils 18:00 Uhr und am Donnerstag nach 19:00 Uhr keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufzurufen.

Folgende Hinweise zur Tagesordnung: Die Beschlussempfehlung zu TOP 1 hat die Drucksachennummer 5/3263. Weiterhin wurde ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/3285 verteilt.

Zu TOP 2 wird ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP in Drucksache 5/3294 verteilt.

Die Beschlussempfehlung zu TOP 3 hat die Drucksachennummer 5/3264. Als Berichterstatter wurde

mittlerweile der Abgeordnete Meyer benannt. Weiterhin wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/3293 verteilt.

Zu TOP 36 - Fragestunde - kommen folgende Mündliche Anfragen in den Drucksachen 5/3241, 5/3249, 5/3262, 5/3266, 5/3267, 5/3268, 5/3272 und 5/3277 hinzu.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, neben dem bereits zur letzten Plenarsitzung angekündigten Sofortbericht zu Tagesordnungspunkt 16 auch zu den Tagesordnungspunkten 23 und 30 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Anträge zur Geschäftsordnung? Ja? Bitte schön, Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Namens meiner Fraktion beantrage ich unabhängig von der Tagesordnung und deren Abarbeitung, den Tagesordnungspunkt 22 auf alle Fälle am Freitag noch abzuarbeiten. Begründung: Die damit verbundene Bundesgesetzlichkeit wird ihren Abschluss Mitte Oktober finden und demzufolge sollte der Thüringer Landtag bis dahin eine Position zu diesem Vorgang haben.

Präsidentin Diezel:

Danke. Herr Abgeordneter Emde, Sie möchten einen Antrag stellen?

Abgeordneter Emde, CDU:

Ja, Frau Präsidentin, ich möchte zum einen beantragen, die Tagesordnungspunkte 13 und 14, weil sie sachlich inhaltlich zusammengehören, auch gemeinsam aufzurufen und zum anderen den Tagesordnungspunkt 32 - Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung - am Freitag als letzten Punkt aufzurufen, weil dazu auf Bundesebene bereits in die Verhandlungen eingetreten wurde und wir uns jetzt hierzu positionieren wollen. Danke.

Präsidentin Diezel:

Danke. Weitere Anträge? Ich sehe keine weiteren Anträge. Dann kommen wir erst zu dem Antrag, die TOP 13 und 14 zusammen zu beraten. Wer ist dafür? Ich sehe Zustimmung aus allen Fraktionen. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? Auch keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 22: Hier ist beantragt worden, ihn am Freitag zu beraten. Es ist aber nicht beantragt, an welcher Stelle.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Am Ende.)

(Präsidentin Diezel)

Am Ende. Gleichfalls ist beantragt, den Tagesordnungspunkt 32 am Ende zu beraten.

(Unruhe im Hause)

Dann machen wir entsprechend der Reihenfolge erst den TOP 22, dann den TOP 32. Wer dafür ist, den Tagesordnungspunkt 22 noch am Freitag als vorletzten Tagesordnungspunkt oder als letzten, je nachdem wie die Abstimmung dann ausfällt, zu beraten, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist Zustimmung bei den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Wer ist dagegen? Das sind die Gegenstimmen aus den Fraktionen der CDU und SPD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag, den Tagesordnungspunkt 32 am Freitag als letzten Tagesordnungspunkt aufzurufen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist Zustimmung bei den Fraktionen der FDP, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Gegenstimmen gibt es bei der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag aufgenommen, den Tagesordnungspunkt 32 am Freitag als letzten Tagesordnungspunkt zu beraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt keine weiteren Anträge. Wir treten somit in die Tagesordnung ein.

Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für jedes Thema beträgt 30 Minuten. Die Redezeit der Landesregierung bleibt unberücksichtigt. Die Redezeit für einen Redebeitrag beträgt 5 Minuten.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Finanznot der Thüringer Kommunen ernst nehmen - Resolution des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes unterstützen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3216 -

Zu Wort gemeldet hat sich von der Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Ramelow. Bitte schön.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir hatten vor einigen Tagen ein denkwürdiges Ereignis. In der Messe haben sich einige Hundert Bürgermeister Thüringens getroffen. Sie waren komplett versammelt, um die Diskussion über das Thema „Ausstattung der Kommunen mit ausreichenden Finanzen“ zu führen.

Diese Versammlung war parteiübergreifend. Es war keine Versammlung, die einem einzelnen Parteibuch zuzuordnen ist, sondern die Sorge der Bürgermeister, die da sehr qualifiziert vorgetragen worden ist, bezieht sich auf die Entscheidung, die wir hier im Landtag zu treffen haben, nämlich wie wir den Haushalt genehmigen und wie wir mit dem Kommunalen Finanzausgleich in dem vorgelegten Haushalt umgehen.

Innerhalb dieser Versammlung und auch im Nachgang wurde immer deutlicher, dass die Kommunen zu Recht auf einige Mängel aufmerksam machen, die sich seit Jahren durch den Kommunalen Finanzausgleich ziehen. Ich will deutlich sagen, Herr Voß, Ihre dort vorgetragenen Zahlen basieren in der Logik auf der bisherigen Mechanik, wie der Kommunale Finanzausgleich aufgebaut und ausgestattet war. Gegen eine Logik, die man einhält, kann man nichts sagen. Wenn aber die zugrunde liegenden Fakten falsch sind, wird die Logik sogar das Ganze im Negativen noch beschleunigen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will sagen, wenn das, was das Landesverfassungsgericht uns allen in das Stammbuch geschrieben hat, uns als Parlament, die wir das Königsrecht des Haushalts ausüben, nämlich dafür zu sorgen, dass die Kommunen eine angemessene Finanzausstattung haben, wenn diese Angemessenheit schon von Bürgermeistern zu Recht kritisch beleuchtet wird, was den jetzigen Istzustand angeht, dann wird das Manöver, das Sie jetzt vorhaben, Herr Voß, und was die beiden regierungstragenden Fraktionen offenkundig bislang mittragen wollen, dazu führen, dass bestehende Ungerechtigkeiten sogar noch überproportional das System auseinanderreiben werden.

(Beifall DIE LINKE)

Wir treiben Kommunen in die völlige Verschuldung, um nicht zu sagen in die Handlungsunfähigkeit. Wir treiben Kommunen in eine Situation, in der sie ihre Aufgaben, die die Bürger zu Recht von ihnen erwarten, nicht mehr oder nicht mehr vollständig erfüllen können oder wir bringen unsere Bürgermeister, die wirklich das Bindeglied zur Bevölkerung sind, das Bindeglied mit dem höchsten Ansehen in der Bevölkerung, das Bindeglied im Fundament unserer Demokratie, wir sorgen als Gesetzgeber dafür, dass diese Bürgermeister auf einmal im Rampenlicht bei ihren Bürgern stehen, als wenn sie schuld wären, dass die Kindergartengebühren, die Kita-Gebühren und andere Gebühren in der Gemeinde exorbitant steigen. Das versteht kein Mensch mehr und ich finde es falsch, die Bürgermeister vor dieses Loch zu schieben.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen habe ich dort auch ausgeführt, dass ich die jetzige Form des Kommunalen Finanzaus-

(Abg. Ramelow)

gleichs für eine Mogelpackung halte, was die Berechnung der Angemessenheit angeht. Was die Verteilungssystematik angeht, ist sie sogar hochherrschaftlich, weil sie nach willkürlichen Kriterien immer noch mal Zuwendungen geschaffen hat, die die einzelnen Bürgermeister als Rechtsanspruch niemals nachvollziehen konnten. Da liegt eigentlich die Crux und auf die satteln Sie, werter Herr Voß, noch obendrauf jetzt einen Eingriff, indem Sie über 200 Mio. € aus dem System herausnehmen wollen. Das heißt, schon die bestehende Disparität wird damit zur überproportionalen Disparität und in der Logik - auf das will ich einfach mal hinweisen - wie das Gewerbesteuersystem funktioniert. Die Gemeinden, die Industriebetriebe haben, die durch die Krise sich mit ihrer Belegschaft gemeinsam gespart haben, die Kurzarbeit Null gemacht haben - Hildburghausen ist so eine Stadt, in der ich mehrere Betriebe besucht habe, als die Krise auf vollen Touren war; wir waren alle gemeinsam hier im Landtag stolz auf die Betriebe, die in dieser Situation ihre Mitarbeiter nicht entlassen haben -, diese Betriebe machen jetzt ihre Steuerabrechnung. Das heißt, zur Gewerbesteuerberechnung kommen jetzt die Steuerbescheide, die zum ersten Mal in ihre Bilanzen Verluste reinbringen. Auf dieser Basis sind keine Gewerbesteuerrückzahlungen vorzunehmen, sondern Gewerbesteuerzuschüsse zu verzeichnen, sondern Gewerbesteuerzuschüsse vorzunehmen. Das heißt, die Gemeinden die so ein Pech haben, die gemeinsam mit ihren Betrieben durchgehalten haben, werden in der Systematik, die hier jetzt vollzogen wird, sogar noch mal zusätzlich bestraft. Ich halte das für eine Katastrophe und deswegen, meine Damen und Herren, würden wir vorschlagen, dass der Kommunale Finanzausgleich an dieser Stelle nicht verändert wird derzeit, um einen transparenten Finanzausgleich mit den Gemeinden gemeinsam zu erarbeiten, und, meine Damen und Herren,

(Beifall DIE LINKE)

wir schlagen ein Bündnis zur Stabilität und zur Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinden vor. Wir fordern von Ihnen, machen Sie eine feste Vereinbarung mit den Gemeinden, dass sie jetzt ihre Planungssicherheit haben.

Präsidentin Diezel:

Herr Ramelow, Ihre Redezeit.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Sie brauchen Planungssicherheit, damit die Gemeinden nicht anschließend hopsgehen, und die Devise gilt: Wir saßen einst in einem Boot, der Käpten lebt, die Mannschaft tot.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Dr. Klaus Zeh.

Abgeordneter Dr. Zeh, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was an dem Antrag wirklich vernünftig ist, Herr Ramelow, ist die Aufforderung, die Thüringer Kommunen ernst zu nehmen. Das werden wir, das wollen wir. Was aber an dem Antrag unvernünftig ist,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Worten müssen aber Taten folgen.)

dass Sie hier innerhalb einer Aktuellen Stunde in 5 Minuten den gesamten Kommunalen Finanzausgleich diskutieren wollen. Herr Ramelow, das ist schlichtweg unmöglich und das ist unvernünftig.

(Zwischenruf Abg. Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Resolution!)

Wenn ich noch sagen darf, wenn wir morgen die Einbringung des Haushalts haben und ausführlich über diese Thematik diskutieren können, dann halte ich es einfach für unsinnig, noch eine Aktuelle Stunde vorzuschalten. Wir sollten uns auch im Interesse der Zeitökonomie daran halten, nicht eine Doppelung der Themen vielleicht auch aus ein paar populistischen Gründen hier anzustreben.

Ich will noch Folgendes sagen: Ich bin nun schon über 20 Jahre in diesem Landtag. Seit 20 Jahren erlebe ich die gleiche Debatte von jedweder Opposition an dieser Stelle. Seit 20 Jahren beschreibt die Opposition den Untergang, nicht des Abendlandes, aber zumindest der Kommunen und seit 20 Jahren stehen die Kommunen am Ende des Tages in der Regel besser da als vorher beschrieben, vielleicht sogar besser als das Land. Ich will das an ein paar Zahlen beweisen, Herr Ramelow, ein paar Zahlen dazu für Ihren Hintergrund. Vom Jahr 2000 bis 2010 tilgen die Kommunen Schulden in Höhe von 745 Mio. €. Das ist erst mal gut, dass die Kommunen Schulden tilgen, das heißt aber auch, dass sie mehr Mehreinnahmen haben als Ausgaben.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sagen Sie mal, haben Sie schon mal die Kommunalordnung gelesen? Das ist ja die Höhe.)

Im gleichen Zeitraum hat das Land 5,18 Mrd. € Schulden gemacht. Das heißt also, die Schulden, die auch zulasten der Kommunen hier aufgenommen wurden, sind beim Land aufgelaufen. Man könnte sagen, das Land hat Schulden gemacht, damit sich die Kommunen entschulden können. Ich glaube, das kann nicht im Interesse unseres Landes sein.

Ich will eine zweite Statistik hier anführen, eine Mitteilung vom 08.09., das ist ganz aktuell vom Lan-

(Abg. Dr. Zeh)

desamt für Statistik: Im 1. Halbjahr 2011 haben die Kommunen mehr Ausgaben in Höhe von 61 Mio. € bzw. 2,9 Prozent als im vergleichbaren Zeitraum 2010 - also Mehrausgaben von 2,9 Prozent. Dagegen stehen aber 118 Mio. € bzw. 5,6 Prozent mehr Einnahmen, also wesentlich mehr Einnahmen

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Wo sind denn die?)

als Ausgaben in einem Jahr, das ohnehin sehr positiv war, denn wir haben im Jahr 2010 den Kommunen noch einen Nachschlag gegeben. Diese Prognose wurde sogar durch die Wirklichkeit überholt. Deswegen denke ich, unsere ganze Debatte krankt doch wohl an einem: Wir streiten uns immer über die Prognosen, also über virtuelle Zahlen, wir streiten nicht über die realen Zahlen. Das geht nicht anders, wir müssen bei einem Haushalt abschätzen, das ist klar, aber ich denke, es ist gut, wenn wir uns mal in einer großen Erhebung die Situation der Kommunen wirklich in ihrer Realität darstellen lassen, damit wir für das, was die CDU-Fraktion, aber auch der Finanzminister vorhaben, nämlich eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs in Gang zu setzen, eine reale Basis haben.

Es ist klar, dass die Opposition immer die schlechteren Prognosen für ihre Erhebung nimmt, das sei Ihnen zugestanden. Aber ich kann nur sagen, die Landesregierung nimmt die realistischen Prognosen. Und die realistischen Prognosen besagen 173 Mio. € Mehreinnahmen bei den Kommunen. Ich denke, das sind nicht nur Gewerbesteuern, wie Sie, Herr Ramelow, vorhin angegeben haben, das sind auch Anteile an der Einkommensteuer, Anteile an der Umsatzsteuer und weitere Einnahmen, die ich jetzt nicht alle benennen will. Es ist nicht immer das Gewerbegebiet, das eventuell Mehreinnahmen bringt, und dann die Kommunen, die kein Gewerbegebiet haben, auch keine Mehreinnahmen haben.

Ich weiß wohl, das ist eine Durchschnittszahl, 173 Mio. € ist der Durchschnitt. Das heißt auch, dass einige, vor allen Dingen die Städte, die kreisfreien Städte besonders, wesentlich mehr eigene Mehreinnahmen haben werden. Es wird auch Kommunen geben, die wesentlich weniger eigene Mehreinnahmen haben. Ich denke, das muss man in einem künftigen Kommunalen Finanzausgleich berücksichtigen. Darauf werden wir Wert legen, dass das auch wirklich geschieht.

Sie haben in Ihrem Antragstitel noch gesagt, wir sollen die Resolution des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes unterstützen. Sie haben nicht geschrieben, welche, ich gehe davon aus, Sie meinen die letzte. Ich kann angesichts der knappen Zeit nur sagen, wir können diese nicht unterstützen, sie ist in vielen Punkten fehlerhaft. Wenn wir mehr Zeit hätten, vielleicht können wir das morgen noch einmal vertiefen, könnte ich Ihnen die Fehler auch darstellen. Einer fehlerhaften Resolution können wir

uns nicht anschließen. Ich empfehle eine wesentlich weniger aufgeregte Debatte zu diesem Thema. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Das ist doch eine Frechheit, ehrlich.)

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Carsten Meyer.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich versuche mal zum Thema zu sprechen. Das andere große Thema machen wir morgen. Ich rede mal zur Resolution des Gemeinde- und Städtebundes, das hat DIE LINKE eigentlich auch so gewollt, auch wenn Herr Ramelow dazu nicht geredet hat. Er hat zum großen Thema KFA gesprochen und nicht zu der konkreten Resolution, die nur zwei Seiten hat. Dazu kann man in 5 Minuten schon etwas sagen.

Man kann in der Resolution des Gemeinde- und Städtebundes unterstützen, dass er sich zu Recht darüber beklagt, wie das Land mit ihm umgeht. Die Rückmeldung aus den Spitzenverbänden zur Kenntnis zu nehmen, nachdem man bereits in die Presse mit seinen Eckwerten gegangen ist, ist natürlich ein Zeichen dafür, welches Klima man gerne hätte. Da sollen die Spitzenverbände kujoniert und diszipliniert werden. Das ist Absicht, das kann ich gut verstehen, ich muss es aber noch lange nicht gut finden oder schon gar nicht tolerieren.

Wir sehen bei den Investitionen und beim Investitionsbedarf, dass die Begründung des Landes falsch ist, zu sagen, wir können dort streichen, weil kein Bedarf mehr da ist. Natürlich ist noch Bedarf da, aber die Frage ist, wie man diesen Bedarf nach Notwendigkeiten definiert, wenn kein Geld mehr vorhanden ist. Das traut sich das Land natürlich nicht, weil Standards zu hinterfragen oder Strukturkommissionen auch wirklich mal mit Ergebnissen zu organisieren eben gerade nicht gewollt sind - bislang jedenfalls nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kommunale Finanzausgleich ist noch ausreichend für die finanzielle Mindestausstattung, wenn man über alle Kommunen hinweg gleichmäßig schaut. Die Zahlen von Herrn Finanzminister Voß sind nicht bestritten worden. Aber natürlich haben auch all die Kommunen recht, die sich auf der Veranstaltung gemeldet haben, die ihre Beispiele hatten, aus den 200 oder 300 oder vielleicht sogar 400 Gemeinden, die genau das nicht mehr von sich sa-

(Abg. Meyer)

gen können. Dieses Problem zu lösen, wird uns auch noch betreffen. Aber wie man das im Kommunalen Finanzausgleich gut hinbekommt, da haben wir mittlerweile wahrscheinlich 16 verschiedene Lösungen in Deutschland und keine davon findet die volle Zustimmung der Gemeinden und schon gar nicht der Länder. Ich bin gern bereit, die Debatte weiterzuführen, aber darauf möchte ich schon einmal hingewiesen haben, auch wenn wir uns über die Frage unterhalten müssen, dass wir insgesamt nicht mehr genug Geld haben.

Wir können dem Gemeinde- und Städtebund zustimmen, wenn es darum geht, dass die Kindertagesstättenfinanzierung in den KFA einbezogen worden ist. Das haben wir 2010 bereits kritisiert. Das war ein ganz mieser Deal der Koalitionsfraktionen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wissen wir alle. Der ist in den KFA gekommen, weil man damit verschleiern wollte, dass man an anderer Stelle beim KFA kürzen musste.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist seit 1991 im KFA.)

So wie Sie es in die Schlüsselzuweisung hineingepackt haben, Herr Höhn, Sie - okay, danke schön, dass ich Sie getroffen habe. Sie wissen um das Problem, Sie haben verloren in diesem Falle. Die SPD hat verloren mit dem Thema, es sauber abzugrenzen. Stattdessen hat die CDU sich durchgesetzt und konnte 40 Mio. € Kürzung verschleiern.

(Beifall DIE LINKE)

Kann man machen, muss man aber nicht gut finden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Auftragskostenpauschale ist richtig angesprochen vom Gemeinde- und Städtebund. Natürlich muss man grundsätzlich das Konnexitätsprinzip einhalten. Dass das bislang in vielen Teilen nicht eingehalten wurde, da hat der Gemeinde- und Städtebund völlig recht unserer Ansicht nach. Allerdings muss man dann auch fairerweise sagen, bislang haben die Gemeinden oder zumindest ihre Spitzenverbände und der Landkreistag es nicht für notwendig gehalten, dieses nun wieder gerichtlich zu überprüfen. Das hat ja möglicherweise auch seine Gründe in anderen Bereichen des KFA. Wenn das hier ein bisschen komplex und unübersichtlich ist, darüber müssen wir keine Worte verlieren. Ich erinnere nur an das Thema Kita-Finanzierung für Landkreise.

Die Brutalität der Schlüsselzuweisungskürzung ist natürlich der Handlungsunfähigkeit der Regierung in den letzten Jahren geschuldet. Diese Bremsspur hätte wesentlich weicher abgefedert sein müssen. Darüber müssen wir keine weiteren Worte machen, da sind wir ganz beim Gemeinde- und Städtebund.

Das kritisieren die Gemeinden zu Recht. Alle Bürgermeister, die hier in der Koalition sitzen, wissen auch, warum Ihnen der Wind jetzt um die Ohren weht. Das haben Sie verdient, denn Sie hätten es ändern können, vor allem die CDU.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber - das will ich in meiner letzten Minute deutlich sagen - wir haben auch Ablehnung von Positionen des Gemeinde- und Städtebundes. Fiktive Steuereinnahmen beschneiden nicht die kommunale Selbstverwaltung. Fiktive Steuereinnahmen gelten dafür, um das Leistungsprinzip auch bei Empfängern in den Kommunen durchzusetzen. Das verlangen wir von anderen, die vom Land Geld bekommen, auch. Dass man dafür sorgt, dass die begrenzten Mittel des Landes an die Kommunen ausgereicht werden, die leistungsfähig und bereit sind, ihre eigenen Einnahmen auszuschöpfen, ist richtig. Das zu kritisieren ist reiner Populismus. Da sollte der Gemeinde- und Städtebund sich noch einmal überlegen, ob er das entsprechend wieder ändert.

Die Vergleichswerte dazu müssen einer Überprüfung standhalten. Da gibt es Spielraum, wie wir wissen, welche Vergleichswerte man ansetzt. Ob die richtig sind, ist wahrscheinlich zum Schluss wieder eine Frage des schnöden Mammons. Ich bin mal gespannt, wie die flammenden Appelle der LINKEN dafür sorgen werden, dass wir, sagen wir mal 250 Mio. € im Haushalt umschichten können in die Kommunen hinein, ohne dass an anderer Stelle etwas aufläuft, was dann auch wieder zu Problemen führt. Diesen Realismus werden wir den Gemeinden leider sagen müssen, und zwar nicht nur dieses Jahr, sondern auch die nächsten Folgejahre. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Abgeordnete Hey.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Meyer, jetzt ging es nicht anders, Sie sind trotzdem auf den KFA eingegangen. Sehen Sie, das ist nicht zu trennen. Ich nehme das Thema dieser Aktuellen Stunde deswegen auch wörtlich. Im ersten Teil heißt es „Finanznot der Thüringer Kommunen ernst nehmen“. Ich kann Ihnen versichern, liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, wir nehmen die derzeitige Situation der Kommunen ernst. Ich denke, das tut jeder von uns hier im Hause, ob er nun am Freitag vor zwei Wochen in der Messehalle in Erfurt war oder nicht.

(Abg. Hey)

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit - es hat ja jeder nur fünf Minuten - deshalb im Namen meiner Fraktion ganz deutlich und klar sagen:

Erstens: Die Kommunen stützen sich einnahmeseitig auf die Zuweisungen des Landes, hier also den KFA. Wir betonen dies hier nochmals: Dieser KFA gehört auf den Prüfstand in allen seinen Bestandteilen und natürlich dann auch in der Höhe und dem Ausgabevolumen der einzelnen Positionen. Wir werden diesen KFA auf den Prüfstand stellen und diese Diskussion mit unseren Koalitionspartnern auch führen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Wann denn? Irgendwann?)

In der kommenden Zeit, Herr Kuschel, so wie es parlamentarisch vorgesehen ist.

Zweitens: Die Veranstaltung des Gemeinde- und Städtebundes hat eines deutlich aufgezeigt: Dieser Kommunale Finanzausgleich wird innerhalb der kommunalen Familie - ich will das jetzt mal vorsichtig formulieren - zumindest unterschiedlich interpretiert. Das liegt nicht nur unter anderem, sondern in der Hauptsache daran, dass dieser KFA mittlerweile kaum noch verständlich ist für die Bürgermeister und Kämmerer. Ich habe im Namen meiner Fraktion diese Diskussion an selber Stelle hier im Haus schon bei der letzten Haushaltsdiskussion geführt und gefordert, dass die Regularien des KFA, also die unterschiedlichen Verteilungssymmetrien mit all ihren Auswirkungen, Verästelungen und rechtlichen Regelungen, verfassungsmäßigen Spielregeln und Ermittlungsmethoden, dass das zukünftig transparenter werden muss für die Leute da draußen, die mit dem KFA und dessen Zuweisungen leben müssen, die in ihren Gemeinden und Kommunen damit wirtschaften müssen. Eines ist auch durch unseren Finanzminister sehr deutlich gemacht worden an diesem Freitag auf der Messe: Dieses Land, dieser Freistaat Thüringen befindet sich in ebenso schwerem Fahrwasser wie die Kommunen. Natürlich geht es in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren darum, auch innerhalb der kommunalen Familie das Verständnis dafür zu wecken, dass das Geld nicht nur weniger wird in Hildburghausen, Altenburg, Gera, Lobenstein und Eisenach, sondern auch in den Kassen des Landes. Aber um das noch einmal deutlich zu sagen: Ich kann keine Akzeptanz verlangen von den Verantwortlichen in den Kommunen, wenn sie das Zahlenwerk des KFA gar nicht mehr verstehen, gar nicht mehr nachvollziehen können.

Dieser Diskussion um eine Reform des KFA stellen wir uns selbstverständlich auch besonders gern, weil - da komme ich zum dritten Punkt - eines nicht passieren darf, dass es in diesem Land eine Spaltung gibt zwischen dem Land auf der einen Seite und der kommunalen Familie auf der anderen Seite. Wenn die einen nämlich sagen, wir hier in Alten-

burg und Lobenstein und überall sonst verstehen nicht, wie ihr dort in Erfurt fiktive Einnahmen hoch- und runterrechnet und Korridore auslotet und Vergleichszahlen mal im bundesdeutschen Durchschnitt und mal im Ländervergleich, und uns am Ende das Geld fehlt, um in unseren Städten und Dörfern das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten, und dann zeitgleich der liebenswürdige Appell an jeden einzelnen Landtagsabgeordneten ausgeht, jetzt doch bitte mal dem Finanzminister und der Regierung in den Arm zu fallen. Ich denke, dass uns diese Veranstaltung des Gemeinde- und Städtebundes deutlich vor Augen geführt hat, wie die Stimmung in den Kommunen derzeit ist. Ich kann zumindest für meine Fraktion sagen, die Botschaft ist angekommen. Wir haben uns auf eine konstruktive Diskussion zum KFA und zur finanziellen Situation im Land Thüringen eingestellt. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion der FDP hat das Wort der Abgeordnete Bergner.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, ich bin dankbar für das Thema, denn wie Sie auch aus vorangegangenen Diskussionen wissen, bin ich als Kommunalpolitiker natürlich ein gebranntes Kind und suche auch deswegen diese Debatte.

Ich denke an die Veranstaltung im Messegelände des Gemeinde- und Städtebundes. Da hatte ich am Eingang gedacht, als ich DIE LINKE dort stehen sah, wie sie mit Ihren Tüten „Rettungsschirm für Kommunen“ warb, à la bonne heure, das ist ein schöner Ansatz.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das war aber gut.)

(Beifall DIE LINKE)

Ja, aber nur bis dahin war es gut. Denn als ich dann in die Tüte hineingeschaut habe, meine Damen und Herren, habe ich gesehen: Das Einzige, was Ihnen zu dem Thema eingefallen war, war das Thema „Gebietsreform“. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das ist das Letzte, wirklich das Allerletzte, was den Gemeinden jetzt in dieser Situation helfen würde.

(Beifall FDP)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns ansehen, dass der Freistaat von heute 9,3 Mrd. € im Jahr auf ungefähr 7 Mrd. € Haushaltsvolumen im Jahr 2020 schrumpfen muss, dann

(Abg. Bergner)

wissen wir natürlich, dass der Freistaat sparen muss. Die Frage, die sich aber nach dieser Feststellung unmittelbar aufdrängt, lautet: Warum tut er es dann nicht? Oder genauer gefragt: Warum tut er es nicht vor allem bei sich selbst, meine Damen und Herren?

(Beifall FDP)

Wie auch immer die ganzen Zahlenspielerereien zu bewerten sind, eines ist klar: Der Landeshaushalt soll von derzeit rund 9,5 Mrd. € auf 9 Mrd. € sinken. Das ist ein Minus von 500 Mio. €. Dazu tragen die Gemeinden nach der Planung der Regierung etwa 250 Mio. € bei. Die Gemeinden haben einen Anteil von rund 27 Prozent am Gesamthaushalt, sollen aber 50 Prozent zu den geplanten Einsparungen beisteuern.

Meine Damen und Herren, man muss weder böswillig noch ungerecht sein, wenn man dieses Verhältnis nun wirklich als unausgewogen bezeichnet.

(Beifall FDP)

Der Umgang mit den Kommunen, wie ihn das Land pflegt, hat ja schon öfter Anlass zur Kritik geboten. Man könnte daraus inzwischen fast einen Fortsetzungsroman machen. Wenn innerhalb von wenigen Jahren zum dritten Mal eine Verfassungsklage gegen den Kommunalen Finanzausgleich droht, dann ist das alles andere als ein Ruhmesblatt für die Landesregierung und natürlich auch alles andere als ein Ruhmesblatt für dieses Haus als Gesetzgeber, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Deswegen appelliere ich vor allem an die Kollegen der schwarz-roten Koalition, einen solchen Kommunalen Finanzausgleich nicht mitzutragen.

Aber auch einzelne Regelungen, meine Damen und Herren, tragen zu dem traurigen Bild bei, das das Verhältnis zwischen Landesregierung und Kommunen derzeit prägt. Die FDP-Fraktion hat in ihrer Verfassungsklage gegen den Kommunalen Finanzausgleich 2010 einige dieser Regelungen aufgegriffen und egal wie das im Einzelnen ausgeht - das kann man vor Gericht bekanntlich nie wissen -, mit einem ist die Landesregierung schon gescheitert, nämlich mit dem Versuch, die Klage zu verhindern, indem man einer Landtagsfraktion das Klagerecht absprechen wollte. Das hat nicht funktioniert, meine Damen und Herren, und wir werden erfahren, ob das Verfassungsgericht die Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung des angemessenen Finanzausgleichs aus den Artikeln 91 und 93 der Thüringer Verfassung als erfüllt ansieht.

Neben der Frage der Höhe des KFA scheint uns nämlich die Frage einer transparenten, das heißt nachvollziehbaren, verlässlichen und kalkulierbaren Berechnung von wesentlicher Bedeutung zu sein. Ein wesentliches weiteres Problem, was wir sehen,

ist die Frage des Investitionsstaus, die im Kommunalen Finanzausgleich überhaupt nicht berücksichtigt ist.

(Beifall FDP)

Aber natürlich spielen nicht nur die Fragen der Transparenz eine Rolle, sondern auch die Frage des angemessenen Finanzausgleichs; auch deswegen werden wir in den nächsten Wochen noch erhebliche Diskussionen miteinander haben.

Ein letztes Beispiel: Wir klagen in unserer Verfassungsklage auch gegen die Korridorbildung und es scheint der Regierung selbst nicht sehr wohl damit zu sein. Deshalb soll ein Benchmarking 2012 alles gut machen. Aus den erst drei, nun angeblich 10 wirtschaftlichsten Gemeinden eines Verwaltungstyps sollen dann die pauschalen Durchschnittskosten angesetzt werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube jetzt schon, Ihnen garantieren zu können, dass auch das nicht funktionieren wird. Bei dieser Diskussion sollten wir aber auch nicht vergessen, darauf aufmerksam zu machen, wie Haushaltspolitik dieser Koalition bis jetzt aussah. Es ist nämlich der Haushalt nach oben angewachsen um 550 Mio. €. Auch das gehört zur Wahrheit, dass das Geld ist, was jetzt bei den Kommunen gespart werden soll. Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. Wir werben für einen fairen Umgang mit den Kommunen hier in Thüringen. Ich sage Ihnen, ich selbst habe die Resolution des Gemeinde- und Städtebunds als Bürgermeister selbstverständlich unterschrieben. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, mache ich noch einmal auf die Geschäftsordnung aufmerksam. Nonverbale Zeichen sind hier im Hause nicht zugelassen und ich denke, die Fraktion DIE LINKE kennt die Geschäftsordnung.

Ich rufe auf den Abgeordneten Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Sie haben soeben unsere Fraktion darauf hingewiesen, dass nonverbale Meinungsäußerungen hier nicht zulässig sind. Wir brauchen sie aber, weil ja offenbar Herr Zeh von den Realitäten in den Kommunen nicht mal ansatzweise Ahnung oder Informationen hat.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb, Herr Zeh, ich empfehle Ihnen diese Internetseite. Dort können Sie eine Vielzahl von Beispielen der Realität in Thüringen zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Kuschel)

(Abg. Kuschel stellt ein Schild mit der Internetadresse auf das Pult)

Präsidentin Diezel:

Herr Kuschel, nehmen Sie das bitte wieder ab. Bitte.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Aber Herr Zeh hat es schon mitbekommen. Ich kann es Ihnen noch einmal zum Schluss sagen. Herr Zeh, Sie beschreiben ein Bild der Realitäten, wie die SED das in der DDR-Endzeit gemacht hat.

(Heiterkeit CDU)

Nicht die Opposition schlägt Alarm, sondern die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und

(Beifall DIE LINKE)

die Bürgerinnen und Bürger. Die verspüren nämlich die Konsequenzen, die aus der Finanzkrise resultieren. Wenn Sie hier Beispiele zitieren und damit die Finanzlage der Thüringer Kommunen schönrechnen, dann will ich mich mal mit zwei auseinandersetzen. Ich gehe mal davon aus, Sie waren ja mal Minister und haben gesagt, Sie sind schon lange hier im Thüringer Landtag und haben damit auch die Thüringer Kommunalordnung und die Regelungen zum kommunalen Haushaltsrecht mit beschlossen. Wenn Sie also hier formulieren, dass seit 2000 die Thüringer Kommunen über 700 Mio. € getilgt haben, dann wissen Sie doch, dass wir als Gesetzgeber den Kommunen das zur Pflicht gemacht haben. Die Kommunen haben überhaupt kein Ermessen. Selbst die Kommunen, die keinen Haushalt haben, die keinen ausgeglichenen Haushalt haben, die Fehlbeträge haben, sind verpflichtet zu tilgen. Das hat also mit der Finanzsituation der einzelnen Kommunen überhaupt nichts zu tun, weil wir die Kommunen verpflichtet haben, jährlich die Tilgungsraten zu erwirtschaften unabhängig von ihrer Finanzsituation. Insofern ist weder die Verschuldung ein Kriterium für Leistungsfähigkeit noch können Sie hier die Tilgungsleistungen der Kommunen als Beispiel heranzuführen, dass es den Thüringer Kommunen gut geht.

Das Zweite: Sie haben auf den Überschuss verwiesen. Der Finanzminister wird als Experte des kommunalen Finanzausgleichs immer benannt. In seiner Doktorarbeit hat er Positionen, die der LINKEN sehr nahekommen, aber in seiner praktischen Arbeit widerspiegelt sich seine Doktorarbeit überhaupt nicht. Also zumindest die Erkenntnisse, die er damals gesammelt hat, die richtig sind, da muss ich sagen, herzlichen Glückwunsch. Aber Sie müssen es in das Regierungshandeln umsetzen und das muss sich zeigen. Sie haben schon - also aus mei-

ner Sicht - fahrlässig, weil Sie es ja besser wissen, in der Öffentlichkeit ein falsches Bild gezeigt und Herr Zeh hat das jetzt noch einmal getan, indem Sie von einem Überschuss sprechen, ohne darauf zu verweisen, dass die Kommunen einen Überschuss im Verwaltungshaushalt erwirtschaften müssen, gesetzlich vorgeschrieben, und zwar mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgung. Dieser Überschuss muss in den Vermögenshaushalt überführt werden, um dann zu tilgen. Unabhängig davon, wie die Haushaltslage ist, muss dieser Überschuss immer fiktiv dargestellt werden. Insofern müssen Sie das doch mit einbeziehen. Sie können das doch aber nicht als Kriterium von Leistungsfähigkeit festmachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie hier die Resolution des Gemeinde- und Städtebundes so kritisieren, Herr Zeh - uns können Sie ja kritisieren, aber 940 Bürgermeister und den Gemeinde- und Städtebund mit seiner Geschäftsstelle hier für unfähig zu halten,

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh: Habe ich nicht gesagt.)

bestimmte Dinge real darzulegen, das beschreibt Ihr Verhältnis zu den Thüringer Kommunen und Bürgermeistern und das ist gestört. Um mal die Bedarfe darzustellen, welche die Thüringer Kommunen haben, die bei der Bedarfsermittlung berücksichtigt werden müssen: Allein im Bereich der Investitionen hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) - steht nicht der LINKEN nahe, wird von uns nicht dominiert - festgestellt, die Thüringer Kommunen müssten jährlich 1,5 Mrd. € investieren, um die Infrastruktur zu erhalten. Tatsächlich investieren sie 800 Mio. €. Da fehlen schon 700 Mio. €. Die Infrastruktur zerfällt. Ich lade Sie ein, gehen Sie mit mir durch die Schulen des Ilm-Kreises und durch Kindertagesstätten und durch Sportstätten, da werden Sie sehen, welcher Zustand dort herrscht.

(Beifall DIE LINKE)

Die Sportstätte „Obertunk“ in Arnstadt ist halb fertig und die Stadt Arnstadt hat gar keine Möglichkeit, dort irgendwie zu agieren, und hier stellen Sie sich hin und sagen, alles in Ordnung.

Zur FDP: Die FDP macht diesen Staat arm, die Kommunen, klagt beim Finanzausgleich zurück zum alten System. Sie wollen zum Verbundsystem zurück, weg vom Bedarfssystem. Das ist ein Rückschritt ins Mittelalter, beim Finanzausgleich ins Mittelalter. Erst machen Sie den Staat arm und dann beklagen Sie hier weiteres Sparen. Also zum Schluss wollen Sie tatsächlich ein geordnetes Insolvenzverfahren für die Thüringer Kommunen

(Beifall DIE LINKE)

und nehmen sich ein Beispiel an Herrn Rösler, der will das für Griechenland. Wir werden nicht zulassen

(Abg. Kuschel)

sen, dass Sie das bei den Thüringer Kommunen auch machen. Danke.

Präsidentin Diezel:

Herr Kuschel, Ihre Zeit ist zu Ende.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben noch eine Minute Redezeit. Ich sehe keine Wortmeldung mehr, aber die Regierung. Bitte, Herr Minister.

Dr. Voß, Finanzminister:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, es macht ja Herrn Kuschel richtig Spaß, mir macht es auch Spaß. Ich würde sagen, das Einzige, was an dem Antrag wirklich gut ist, dass Sie uns auffordern, die Kommunen ernst zu nehmen. Ich bin aber hier sehr nah bei Herrn Zeh; wir nehmen die Kommunen ernst. Allein der 2. September, wo wir - jedenfalls was meine Person anbelangt - vier Stunden oder vier-einhalb Stunden nicht nur den Kommunen irgendetwas vorgetragen haben, sondern wir haben dort diskutiert, wir haben Dinge aufgenommen und teilweise richtiggestellt, wir haben uns unsere Meinung gesagt von meiner Seite, aber genauso umgedreht. Da ist im Grunde genommen nichts davon geblieben, dass man sich nicht gegenseitig ernst nimmt. Insofern, Herr Ramelow, ist Ihr Antrag schon okay, wir nehmen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ernst in ihren Sorgen und setzen uns damit auseinander, und zwar Argument für Argument. Am 2. September erfolgte auch eine Auseinandersetzung mit der Resolution des Gemeinde- und Städtebundes hier in Thüringen, und zwar Punkt für Punkt. Das brauchen wir, denke ich, jetzt nicht zu wiederholen. Aber was Ihre Aktuelle Stunde anbelangt, ich denke, das ist mehr ein Fehlschuss. Ich kann verstehen, dass Sie natürlich ordentlich Klamauk machen und das Thema hochziehen wollen, aber mit der Realität hat es nun doch nichts zu tun. Ich würde die Abgeordneten auffordern, warten Sie doch bis morgen, da wird das Gesetz eingebracht, da haben wir den ganzen Tag Zeit und können uns hier austauschen. Dann kennen Sie das Werk wenigstens,

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Wieso, kommt da etwas Besseres?)

dann kennen Sie die Begründung, dann wissen Sie, wie das gerechnet worden ist und dann kann man sich vernünftig auseinandersetzen. Heute geht das im Grunde genommen nicht auf vernünftige Art und Weise.

Jetzt einmal zum Ausmaß der Finanznot, die Sie ...

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ändern Sie das Gesetz heute Nacht?)

Wieso, warum soll ich das ändern? Sie kennen die letzte Fassung doch gar nicht. Sie kennen die erste Fassung, den zweiten Kabinettsdurchlauf kennen Sie nicht, den werden wir morgen zuleiten bzw. einbringen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Morgen, morgen gibt es ein neues Gesetz?)

(Unruhe DIE LINKE)

Wir werden es einbringen, nachdem es Ihnen am 6. September zugeleitet worden ist.

Lassen Sie mich zur Finanznot der Kommunen kommen, die Ihnen ja so am Herzen liegt, und lassen Sie uns dort auch doch mit Fakten umgehen, Herr Ramelow.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: 200 Mio. € mehr.)

Ich beziehe mich auf das Landesamt für Statistik, auf eine Statistik,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ganz schlecht, denn die haben dem Parlament auch falsche Zahlen genannt.)

die letzte Woche veröffentlicht worden ist. Da muss ich sagen, im Schnitt scheint die Finanznot nicht so groß zu sein. Gehen Sie doch mit den Zahlen um.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die Sie als Finanzminister falsch interpretieren.)

Schauen Sie sich doch einfach an. Es sind 56 Mio. € Steuereinnahmen mehr, und zwar alle Steuereinnahmen. 28 Mio. €, das heißt 12 Prozent der Gewerbesteuer. Es sind 17 Mio. € über die Einkommensteuer gekommen und 8 Mio. € über die Grundsteuer. Ich rede jetzt nicht vom Jahr 2010, ich rede vom 1. Halbjahr dieses Jahres. Die Zuweisungen des Landes, die bei den Kommunen im 1. Halbjahr angekommen sind, sind auch um 67 Mio. € gestiegen und nicht gefallen. Das hat dazu geführt, Herr Kuschel, dass kontinuierlich auch im 1. Halbjahr Schulden abgebaut werden konnten, nämlich 58 Mio. € sind dieses 1. Halbjahr getilgt worden. So ist nun mal der aktuelle Stand der Zahlen, und zusätzlich wurde ein Überschuss, zusätzlich zur Tilgung, von 30 Mio. € ausgewiesen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sie haben mir nicht zugehört.)

Wovon reden Sie eigentlich? Wovon reden Sie? Ich habe Ihnen die Zahlen der Thüringer Gemeinden vom 1. Halbjahr vorgelesen und da lassen Sie uns damit austauschen und das FAG-Gesetz, ich denke, da haben wir genügend Zeit und zumindest, das will ich allerdings auch nicht ausschließen, dass die eine oder andere Gemeinde in Not ist, das ist klar, die Zahlen zeigen aber, dass es kein flächen-

(Minister Dr. Voß)

deckendes Problem hier in Thüringen ist. Schönen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann schließe ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde und eröffne den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Thüringer Ministergesetz beschließen - Ministerpensionen maßvoll gestalten“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/3246 -

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Untermann - er ist nicht da.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Ich übernehme.)

Herr Abgeordneter Bergner von der FDP-Fraktion zur Einbringung. Bitte schön.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aves populus lucrifactori te salutant, diese verheerende Botschaft erreichte via Thüringer Landeszeitung mit der Bevölkerung uns alle, als zu erfahren war, dass der Gesetzentwurf der Regierung zum Ministergesetz von der Tagesordnung des Plenums genommen wurde. Nachdem wir in den letzten Tagen viele Informationen und Spekulationen über die harmonische Zusammenarbeit der Koalition erhalten haben, ist uns mit dieser Aktuellen Stunde ein dringendes Bedürfnis, auch zu erfahren, warum nach ca. neun Monaten immer noch Beratungsbedarf besteht.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist, meine Damen und Herren, niemandem erklärbar, warum ein so sensibles Thema auf die lange Bank geschoben wird. Die ganzen letzten Monate wurde diskutiert und erläutert, dass gespart werden muss. Es wird versucht, die harten Einschnitte bei der Bevölkerung und bei den Kommunen mit klammen Kassen zu erklären. Ich will nur an die Erhöhung der Grunderwerbssteuer oder an das noch zu beratende Finanzausgleichsgesetz erinnern. Wenn jetzt, meine Damen und Herren, das Ministergesetz auf die lange Bank geschoben wird, weil sich die schwarz-rote Koalition nicht auf die vereinbarten Kürzungen einigen kann, liegt doch auf der Hand, dass die Bevölkerung erneut Vertrauen in die

Politik verliert und von Selbstbedienungsmentalität spricht.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der aktuellen öffentlichen Debatte ist nun wirklich nicht zu übersehen, welche verheerenden Auswirkungen ein solcher Verfahrensgang nicht nur haben kann, sondern haben muss. Es ist auch egal, wer sich in der Koalition den Schwarzen Peter zuschiebt, aber ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl, meine Damen und Herren, und ein bisschen mehr Verantwortungsbewusstsein hätte ich mir schon erhofft.

(Beifall FDP)

Wie man aus den Medien entnehmen konnte, handelt es sich bei dem streitigen Thema hauptsächlich um die Kürzung des Ruhegehaltes. Wobei die CDU dem Vernehmen nach der Meinung ist, dass Minister, die drei bis vier Jahre im Amt sind, einer deutlich höheren Altersversorgung bedürfen. Für Minister liegt das Ruhegehalt nach vier Jahren Amtszeit bei derzeit rund 4.000 €. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass Einkünfte, die nach dem Ausscheiden in der freien Wirtschaft verdient werden, soweit sie zusammen mit dem Ruhegehalt das Amtsgelohn mit dem Familienzuschlag übersteigen, angerechnet werden.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen, eine solche Anrechnung, eine solche Regelung ist mehr als fair.

(Beifall FDP)

Es ist nicht so, dass es einem Ministerpräsidenten bzw. einer Ministerpräsidentin in Thüringen mit ihren Amtsbezügen schlecht geht. Wir sprechen hier von Amtsbezügen in Höhe von rund 13.000 € bei der Ministerpräsidentin und den Ministerinnen/Ministern in Höhe von rund 11.000 € im Monat. Ich will damit, meine Damen und Herren, keine Neiddebatte entfachen. Ab dem Beitrag soll dann eine Anrechnung bei allen in Zukunft neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen beginnen. Dass dann im eigentlichen Ende der Debatte die Verfassungskeule in der Koalition selbst herausgeholt wird, ist kaum verständlich. Auch wenn der Umgang mit Gesetzen, wie beispielsweise dem Finanzausgleichsgesetz, nicht immer nahelegt, dass bei Gesetzentwürfen grundsätzlich eine sorgfältige Prüfung erfolgt, bin ich im vorliegenden Fall doch zuversichtlich, dass unser Justizminister den Gesetzentwurf ausgiebig und gewissenhaft auf seine Verfassungsmäßigkeit geprüft hat.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, um Thüringen auf die künftigen Herausforderungen vorzubereiten, müssen alle - ich wiederhole alle - etwas dazu beitragen. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir bei all unseren Handlungen das hof-

(Abg. Bergner)

fentlich gemeinsame Ziel, Thüringen zukunftssicher zu machen, nicht aus dem Auge verlieren. Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn die Last auf alle verteilt wird und nicht nur einseitig, wie im Augenblick zu sehen, bei den Kommunen gespart wird.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie besinnen sich auf den richtigen Weg, ansonsten schaden Sie nicht nur dem Ansinnen der Politik, sondern Sie schaden dem ganzen Freistaat Thüringen. Deshalb, meine Damen und Herren, werben wir dafür, zügig zu einem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zu kommen, der angemessene Regelungen enthält, die in der Bevölkerung auch verstanden werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Marx das Wort.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bergner, klar, dass Sie als Opposition die Chance nutzen, mit dem Finger auf eine Koalition zu zeigen, die es nun doch noch nicht hinbekommen hat,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sich bis zu diesem Plenum über die endgültige Neufassung des Ministergesetzes zu einigen. Ich kann Ihnen aber so viel zum Stand von heute sagen, dass die Konsenspunkte überwiegen. Dem Grunde nach ist das meiste zwischen uns vollkommen unstrittig, was der Gesetzentwurf gegenüber bisherigen Versorgungsstandards zurücknimmt und worauf die Bürgerinnen und Bürger warten. Die wichtigsten Ergebnisse werden sein: Die Ruhebezüge werden maßvoll gekürzt, anderweitige Einkommen werden weitestgehend angerechnet und das volle Bezugsrecht für Ruhebezüge wird erst mit Erreichen einer rentenrechtlichen Altersgrenze vergleichbar gewährt werden. Wir feilen noch an Details und Sie warten nun wahrscheinlich hoffnungsvoll darauf, dass wir uns darüber

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut Ding will Weile haben.)

hier nun öffentlich auseinandersetzen, bestenfalls aus Ihrer Sicht sogar noch ordentlich gegenseitig beschimpfen. Das liegt nun aber weder in meinem Naturell noch in dem des Kollegen Scherer, der gleich für den Koalitionspartner noch sprechen wird, noch im Interesse einer sachlichen Debatte. So werden Sie nun leider warten müssen, aber auch erleben werden, dass weißer Rauch aufsteigen wird. Eine Ausgewogenheit des Ergebnisses -

und ich bin Ihnen insoweit dankbar, Herr Bergner, dass Sie auch auf die Ausgewogenheit hingewiesen haben - sollte in unser aller Interesse sein. Es war ein wichtiger demokratischer Fortschritt, Ständeparlamente und Minister, die lediglich Ausführungsbeamte feudaler Herrschaften waren, abgeschafft zu haben. Wir müssen daher Minister nicht mehr in den Adelsstand erheben, aber sie gezielt schlechterzureden und zu stellen als andere Träger von Ämtern mit hoher Verantwortung wäre ebenfalls verfehlt. So ist etwa die Idee der LINKEN, ausscheidenden Ministern das Tätigwerden in der freien Wirtschaft für fünf Jahre zu untersagen, ein abwegiges Berufsverbot, das ein Beamtenkabinettsalter Schule wiederum begünstigen würde. Da hätten Sie jetzt ruhig zuhören können bei diesem Argument, weil ich mich sehr gewundert habe über Ihre merkwürdige Idee.

Wir werden ein ausgewogenes neues Ministergesetz im Oktoberplenum verabschieden, wenn letztem Klärungsbedarf innerhalb der Koalition Rechnung getragen worden ist. Sie dürfen bedauern - Sie tun es ja auch -, dass wir das Gesetz in diesem Plenum noch nicht abschließend behandeln können, davon wird indessen heute die Welt doch nicht untergehen.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bedauern ist aber sehr beschönigend.)

Morgen geht die Sonne wieder auf. Wir sehen uns qualifiziert und abschließend im nächsten Plenum zu diesem Thema wieder. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Korschewsky.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage hier ausdrücklich auch, sehr geehrte Ministerinnen und Minister an dieser Stelle, denn um Sie geht es vordergründig auch bei dem Ministergesetz, deshalb möchte ich Sie an der Stelle auch mal besonders begrüßen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um die Nachfolger.)

Frau Marx, genau das ist das, was Sie eben gesagt haben, was wir an dieser Stelle kritisieren.

(Heiterkeit im Hause)

Nicht das Parlament verhandelt über den Entwurf eines Ministergesetzes, sondern die Koalitionsfraktionen verhandeln darüber,

(Abg. Korschewsky)

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE: Das ist eine Frechheit.)

aber das Parlament müsste hierüber verhandeln und das wird verschleppt und das kritisieren wir an dieser Stelle.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss hier auch deutlich sagen, lieber Kollege Bergner, ich weiß nicht, die Zeit bei der FDP läuft vielleicht ein bisschen anders, aber es sind nicht neun Monate, sondern es sind mittlerweile fast 18 Monate, weil schon im Mai des Jahres 2010 und nicht erst 2011 die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den ersten Entwurf eingebracht hat und,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich glaube, diese Zeit ist nun wirklich lang, lang, lang dahingeschritten, so dass man hier auch etwas mehr machen könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, auch unsere Fraktion hat im Mai des Jahres 2010 schon Änderungsvorschläge zum Novellierungsgesetzentwurf eingereicht. Das sind unter anderem schärfere Anrechnungen von Einkommen auf die Pensionsbezüge, weitgehende Offenlegungspflichten bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften und auch die Frage der Einführung einer Karenzzeitregelung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, warum wir noch nicht einmal im Ausschuss über diese Fragen reden und diskutieren können. Warum ist es einmalig in der Geschichte dieses Landtags, dass bei einer schriftlichen Anhörung mehrere Male diese Anhörungsfrist verlängert wird, weil ein Anzuhörender, pikanterweise ein Bundestagsabgeordneter der SPD-Fraktion, seine Anhörung noch nicht abgegeben hat. Ich glaube, das kann doch nicht wahr sein, dass hier diese Fragen so lange hinausgezögert werden und ein Schelm, der Böses dabei denkt. Man muss doch davon ausgehen, dass hier etwas verschleiert und hingezögert werden soll, dass hier Zeiten überbrückt werden sollen, dass hier Dinge einfach verschleiert werden sollen vor der Öffentlichkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch ganz deutlich im Namen meiner Fraktion sagen, wenn hier von Kürzungen gesprochen wird bei den Kommunen, wenn von Kürzungen und Einsparungen gesprochen wird, dann kann man es nicht hinnehmen, dass an dieser Stelle weitere Verzögerungen eintreten. Ich habe die Erwartungshaltung, dass dieses Parlament spätestens jetzt - anders ist es ja nicht mehr möglich - im Oktober nun endlich auch zu diesem Gesetzentwurf verhandelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als LINKE-Fraktion werden den Eindruck nicht los, dass die

Koalitionäre beim Einbringen des Gesetzentwurfs unter einem verhältnismäßig starken Druck gestanden haben. Ich habe schon im September letzten Jahres, als der Entwurf der Regierung eingebracht wurde, gesagt, ich bin froh, dass nun endgültig die Regierung einen Entwurf einbringt und dass er zusammen verhandelt werden kann mit dem Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, denn immer war die Grundlage dafür, dass es noch nicht verhandelt werden konnte, dass die Landesregierung einen eigenen Gesetzentwurf einbringen wollte. Was wir allerdings nicht dabei bedacht hatten, ist, dass dieser wahrscheinlich völlig unausgegorene Entwurf nur ein Vorwand war, aus Sicht der Regierungskoalition hier eingebracht zu werden, nur um weiter zu verhindern, dass der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN endlich verhandelt wird, denn dieser wäre es wert gewesen, an dieser Stelle verhandelt zu werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass es eine sehr unseriöse und auch unverantwortliche Regierungspolitik ist, offensichtlich nur halbgarer und noch mit massiven internen Konflikten behaftete Projekte zur Diskussion zu stellen und dann mit für mich windigen Geschäftsordnungstricks zu versuchen, die Sache noch zu reparieren. Aus unserer Sicht ist das ein weiteres Beispiel dafür, dass diese schwarz-rosa Regierung tatsächlich sehr unprofessionell handelt. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Manfred Scherer das Wort.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kollegen Abgeordneten, das Thüringer Ministergesetz beschließen und Ministerpensionen maßvoll gestalten, Herr Bergner, es ist natürlich schön, wenn man sich hier vorn hinstellt und sagt, ich will keine Neiddebatte führen, in Wirklichkeit führt man sie natürlich gerade damit. Es ist schon ein bisschen scheinheilig,

(Beifall CDU, SPD)

sich hier hinzustellen und zu sagen, um Neid geht es mir hier gar nicht, es geht mir nur um die Sache.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Sie hätten die Debatte ganz leicht verhindern können.)

Nein, wir debattieren ja jetzt, jedenfalls jeder 5 Minuten; die richtige Debatte kommt dann noch.

Herr Korschewsky, ich will noch gleich erklären, ein halbgarer Regierungsentwurf war das sicher nicht.

(Abg. Scherer)

Ich will auch gleich sagen, warum, weil wir nämlich - und das betrifft nicht nur die CDU-Fraktion, ich gehe mal davon aus, dass das auch die SPD-Fraktion betrifft - fast mit allen Punkten, die in dem Regierungsentwurf stehen, einverstanden sind. Es gibt wenige Punkte, auf die ich gleich noch zwei, drei Sätze verwenden werde, wo wir in der Diskussion sind, wenige Punkte. Insbesondere zu einem Punkt, auf den Sie wahrscheinlich großen Wert legen, werde ich auch noch etwas sagen, das ist der § 18 Abs. 3. Aber vom Grundsatz her geht der ganze Appell der FDP ins Leere, keiner will das Gesetz nicht beschließen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist dann das Problem?)

Die Frage ist nur, wie soll es beschlossen werden? Da sind wir uns, glaube ich, doch alle in den Grundsätzen einig.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt lassen Sie mich doch reden, ich habe nur 5 Minuten.

(Heiterkeit im Hause)

Da sind wir uns in den Grundsätzen alle einig: Auch die CDU-Fraktion will die Ausgestaltung des Eintritts in den Ruhestand analog der für die gesetzlich Rentenversicherten geltenden Regeln. Das betrifft unter anderem auch die schrittweise Anhebung von 65 auf 67 Lebensjahre. Auch die CDU will zweitens die Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 auf 71,75 Prozent, entsprechend der Beamtenversorgung. Auch die CDU will die Verrechnung von Verdiensten nach dem Ausscheiden mit Ruhestandsbezügen. Und viertens will auch die CDU die Verlängerung der Amtszeit gegenüber der jetzigen Regelung um ein Jahr, bevor eine Anwartschaft von 35 Prozent erworben wird. Das sind alles Punkte, da sind wir mit dem Regierungsentwurf konform. Ich gehe mal davon aus, dass Sie diesen Punkten letztlich auch zustimmen werden.

Jetzt gibt es fünf Punkte, bei denen die CDU-Fraktion der Meinung war, dass es noch Änderungen geben müsste. Da waren wir uns bei vier Punkten ursprünglich mit der SPD-Fraktion sogar einig, auch wenn der Herr Höhn jetzt so macht, glaube ich doch, dass ich das so behaupten kann.

Ich will die fünf Punkte kurz nennen: Der erste Punkt war, das Gesetz sollte mit Beginn der jetzt laufenden 5. Wahlperiode in Kraft treten und nicht erst mit seiner Veröffentlichung oder Verkündung, sondern mit Beginn der jetzt laufenden 5. Wahlperiode, weil wir der Meinung sind, die Regierung, die das einbringt, soll sich bitte selber daran halten.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Diesem Punkt stimmen wir zu.)

Damit wäre das Argument, dass alles zu spät kommt, das ich heute schon dreimal oder zweimal gehört habe, auch weg vom Tisch, wenn das Gesetz nämlich mit Beginn der 5. Wahlperiode gilt, dann gilt es schon für die letzten 2 Jahre und damit wäre das Argument schon einmal weg.

Zweitens: Die Streichung des monatlichen Zuschusses zur Krankenversicherung als Alternative zur Beihilfe. Das steht im Moment drin, dieser monatliche Zuschuss und wir hätten ihn gern gestrichen, weil es den bei den Beamten auch nicht gibt und weshalb soll es für die Minister hier eine bessere Regelung geben als für die Beamten.

Die dritte Regelung soll sicherstellen, dass Ansprüche beim Bezug von Ruhestandsgeldern, wenn jemand mit ungefähr 60 Jahren in Pension gehen muss, weil er als Minister entlassen wird, wenn da die 0,3-Prozent-Regel greift pro Monat mit Minus, dann hat er am Schluss minus 18 Prozent, das ist der Höchstabzugsbetrag - minus 18 Prozent. Wenn er nur ein Ruhegehalt erworben hat von 18,33 bleibt ihm dann noch ein Ruhegehalt von 0,33 Prozent. Das ist in unseren Augen nicht richtig und auch nicht tragbar und auch nicht angemessen und deshalb sind wir dafür, dass diese 18,33 Prozent ein Mindestruhegehalt ist, das durch die Anrechnung von vorzeitiger Pensionierung nicht weiter gekürzt wird. Wenn er mehr hat, wird es natürlich weiter gekürzt, aber die 18,33 Prozent sollten aus unserer Sicht als Mindestversorgung auch erhalten bleiben.

Dann gibt es noch den vierten Punkt, der war vorhin kurz schon mal angesprochen worden, ich glaube von Herrn Bergner, nämlich die Erhöhung, Erhöhung ist es nicht, sondern die Verlängerung der Zeiten auf 4 Jahre bis jemand die 35 Prozent erreicht, so ist im Moment die Regelung und wir hätten die Regelung gern so, dass er die 35 Prozent dann erreicht, wenn er eine Legislaturperiode als Minister tätig war.

Das sind die vier Punkte, die aus meiner Sicht eigentlich insgesamt ziemlich unstrittig sein dürften, und jetzt kommt der Punkt, über den sich alle aufregen, der § 18 Abs. 3. Da soll es Minister geben oder auch Ministerpräsidenten, die verdienen jetzt Geld, nachdem sie kein Minister oder Ministerpräsident mehr sind und kriegen zusätzlich noch die Pension.

Präsidentin Diezel:

Herr Scherer, es ist schon relativ darüber.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Okay, dann fasse ich mich kurz. Das ist eine Regelung, die derzeit gilt und hier einzugreifen, das ist verfassungsmäßig höchst bedenklich. Einen Satz will ich noch sagen, weil immer der Herr Althaus hier im Gespräch ist. Die Regelung, wenn man das jetzt so machen würde, wie es im Gesetz steht, trifft ihn im Moment gar nicht. Die würde ihn doch allenfalls dann treffen - und das sollte man sich wirklich mal vergegenwärtigen -, wenn er nächstes Jahr einen neuen Vertrag abschließen würde. Nur dann würde es ihn treffen. Mit der jetzigen Regelung hätte das gar nichts zu tun.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist bekannt.)

Das will ich an der Stelle mal sagen. Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Siegesmund sich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalition streitet und die Opposition räumt auf. Dafür gibt es viele Beispiele und das Ministergesetz ist eines dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist zu Recht gesagt worden, wir brüten über diesem Gesetz seit 18 Monaten und das hätte nicht sein müssen, wenn Ihre Uhren anders gehen als unsere, wir sind jedenfalls der Ansicht, wir hätten das längst erledigen können, aber Sie brauchen einfach länger, weil Ihre Uhren offenbar langsamer ticken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren wieder nicht in der Lage, das Ministergesetz zum Abschluss zu diskutieren und deswegen freuen wir uns auch darüber, dass die FDP das Thema wenigstens heute zur Aktuellen Stunde gemacht hat, weil das, was in den letzten Tagen zu lesen war, am Ende nichts anderes ist als ein wirklich peinlicher Kleinkrieg, den Schwarz-Rot sich liefert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist kein gutes Arbeitszeugnis für Schwarz-Rot und kein gutes Arbeitszeugnis dafür, was die Regierungskoalition derzeit abliefert. Aber ich will auch eines sagen, Herr Bergner, als wir unser Gesetz einbrachten, hat Ihr Kollege Recknagel hier gestanden und gesprochen und ich erinnere mich ziemlich gut daran, dass er unsere Punkte zerredet hat und der Applaus sich seitens der FDP-Fraktion damals

noch in Grenzen hielt. Ich will die Punkte gern noch einmal wiederholen. Ich freue mich ja, dass wir offenbar jetzt da mehr beieinander sind. Ja, wir wollen das Ruhegeld erst mit 67, nämlich zum Zeitpunkt des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Ja, wir wollen die 71,75 Prozent, wie sie übrigens in vielen anderen Bundesländern in der Bundesrepublik längst die Regel sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ja, wir wollen die Verrechnung mit einem Einkommen, wie sie übrigens, liebe CDU-Fraktion, bei Herrn Mappus und bei Herrn Koch jetzt an vielen Stellen auch geschieht. Denen tut das ganz offenbar auch nicht weh.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt komme ich mal zu Herrn Scherer, der sehr genau weiß, worüber er hier bei diesem Thema redet. Wir führen keine Neiddebatte, darum geht es nicht. Was wir führen, ist eine Schlusslichtdebatte, weil wir beim Ministergesetz wieder diejenigen sind, die hinterherhinken und die nicht in der Lage sind, sich an Bundestrends in irgendeiner Form zu orientieren. Das ist wirklich peinlich, peinlich für Thüringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir - wir sagen auch, das Land Thüringen muss seinen Beitrag zum Sparen leisten - gesagt im Mai 2010, wir bringen unsere Punkte ein. Damals haben Herr Dr. Pidde gesprochen, Herr Bergemann, Minister Schöning. Was wir uns anhören mussten, war Folgendes: Uns wurde gesagt, das ist überflüssig, weil wir das längst in der Pipeline haben, das kommt noch vor der Sommerpause 2010. Jetzt haben wir gewartet. Es wurde Herbst 2010. Irgendwann kam dann Ihr Entwurf. Da haben wir angefangen im Januar 2011 darüber zu reden. Anderthalb Jahre später - ich wiederhole es noch einmal - sind wir immer noch nicht an dem Punkt, dass Sie zu einer Entscheidung gefunden haben über diese wenigen wirklich transparenten Punkte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da frage ich Sie, wie Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Thüringen eigentlich erklären wollen, wie Sie die politische Kultur in diesem Land pflegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nähren mit dieser Debatte auch Politikverdrossenheit. Das sage ich an dieser Stelle ganz bewusst. Sie nähren sie mit hoher Wahrscheinlichkeit noch einmal, wenn wir über unser Gesetz zu kommunalen Wahlbeamten sprechen und Sie auch an dieser Stelle nichts anderes machen, als Ihre Pfründe zu sichern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Siegesmund)

Für mich sieht das übrigens vorderhand so aus, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die CDU hier im Gegensatz zu dem, was Herr Scherer sagte, wirklich auf der Bremse steht und auch dazu beigetragen hat. Ich finde es schon einen erstaunlichen Vorgang - das ist mir auch noch nie passiert -, dass vor der Landespressekonferenz interessanterweise Papiere lanciert werden, wo man sich dann gegenseitig die Schuld zuschiebt. Das habe ich so noch nicht erlebt, finde ich spannend, sagt mir einiges über das Koalitionsklima. Deswegen schauen vielleicht die beiden Fraktionsvorsitzenden auch gerade so betreten nach unten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie also - und Herr Mohring sagte sinngemäß, wir wollen das Gesetz so schnell wie möglich - sagen, wir wollen das Gesetz so schnell wie möglich und für dieses einfache Gesetz dermaßen lange brauchen, finde ich das wirklich spannend. Zeit ist wahrscheinlich wirklich ein dehnbarer Begriff. Wie gesagt, bei uns dehnt sich das anders als ganz offenbar bei Ihnen.

Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich einigen in den kommenden Wochen, wie Sie sich wieder zusammenraufen. Der Sommer war ja nicht besonders heiß, vermutlich wird es der Herbst, wenn Sie weiter so viel Hitze erzeugen, weil Sie sich offenbar so sehr aneinander reiben an den Punkten, die die Koalition zusammenhält. Ich freue mich auf die Debatte. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Ich habe eine weitere Wortmeldung, der Abgeordnete Höhn von der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal möchte ich meiner Kollegin Marx für ihre sachlichen Ausführungen hier zu diesem Thema ausdrücklich danken, weil Sie das Thema an sich sehr genau treffen.

(Beifall SPD)

Auf der anderen Seite kann ich auch - und daraus will ich auch keinen Hehl machen - den Unmut aus den Kreisen der Opposition durchaus, was die zeitlichen Abläufe betrifft, verstehen. Ich will, wenn an dieser Stelle der Kollege Scherer nun nicht darauf verzichtet hat, die einzelnen Vorschläge seiner Fraktion im Detail hier darzulegen,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

für meine Fraktion ausdrücklich erklären, dass wir nach eingehender Prüfung dieser Vorschläge zu der Auffassung gelangt sind, dass wir den derzeit vorliegenden Gesetzentwurf, den uns die Landesre-

gierung als Parlament zugeleitet hat, für sowohl politisch, sachlich und auch juristisch ausgewogen halten und deshalb für zustimmungsfähig erachtet haben,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sämtliche Vorschläge, die der Kollege vorgebracht hat, darauf ausgerichtet waren, die Verschärfungen, die der neue Gesetzentwurf in sich birgt, zumindest zum Teil wieder etwas zu entschärfen. Das will die SPD-Fraktion ausdrücklich nicht. Ein Punkt ist dabei, wo es um das Inkrafttreten des gesamten Gesetzes geht, hier ist ganz klar und juristisch sauber die Frage der direkten Rückwirkung zu prüfen. In diesem Prozess befinden wir uns. Ich kann für meine Fraktion sagen, dass von unserer Seite einer Befassung im nächsten Plenum nichts entgegensteht. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Die Regierung - bitte schön, Frau Ministerin.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, das, was ich bereits zur Einbringung des Gesetzes am 26. Januar dieses Jahres gesagt habe, gilt weiterhin. Dem ist zu diesem Zeitpunkt seitens der Landesregierung auch nichts hinzuzufügen. Die Landesregierung hat im Januar einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Ministergesetzes vorgelegt, der an den damaligen Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten überwiesen wurde. Die Anhörung hat stattgefunden. Die Stellungnahmen zur schriftlichen Anhörung liegen vor. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, es liegt nun in der Hand des Parlaments und der Fraktionen, zu diesem Gesetzentwurf eine Entscheidung herbeizuführen und eben nicht in der Hand der Landesregierung.

Die Landesregierung, das sei noch erwähnt, hat sich bei der Formulierung des Entwurfs an den Gesetzen des Bundes und anderer Länder orientiert. Die enthaltenen Regelungen wurden geprüft. Wir haben Anregungen aus der Plenardebatte aufgenommen, wobei unser Gesetzentwurf in vielen Punkten über die Forderungen der Opposition hinausgeht. Im Übrigen, das war immer gute Praxis, steht es der Landesregierung auch nicht zu, sich in ein laufendes parlamentarisches Verfahren einzumischen.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich sehe eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Ramelow, wir haben noch fünf Minuten.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Walsmann, irgendwie verstehe ich dieses Parlament jedenfalls so, dass es eine Regierung gibt, die von zwei Fraktionen getragen wird.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Noch!)

Diese beiden Fraktionen haben auch Parteivorsitzende und einen Koalitionsausschuss. Dort kann man all die Dinge, die man politisch vielleicht unterschiedlich wertet, einbringen. Das ist jetzt schon der zweite Stepp, vorhin sagte Frau Marx, also sie verhandelt mit dem Kollegen Scherer, nicht wir als Parlament verhandeln, nein, Frau Marx und Herr Scherer verhandeln. Jetzt kommen Sie für die Landesregierung vor und sagen, wir als Landesregierung haben es eingebracht, ihr habt es im Parlament und wir sitzen als Parlamentarier hier und haben das Gesetz nicht. Also es ist im Ausschuss. Im Gegensatz zu Ihrer Aussage ist es dort nicht behandelt worden. Es ist ein Durchlauf gemacht worden, eine Anhörung veranlasst worden. Die Behandlung hat noch nicht einmal stattgefunden. Wir hatten gehofft, dass es in dieser Sitzung auf die Plenartagesordnung kommt, so dass es endlich behandelt werden kann. Ein bisschen habe ich das Gefühl, dass hier „Schlapp hat den Hut verloren“ gespielt wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur, das Parlament wird dabei massiv missachtet. Man hat das Gefühl, als wenn das hier eine Kasperbude wäre, als ob so eine Geschichte nicht eine Angelegenheit des Parlaments wäre, also von uns.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter Ramelow, wir sind keine Kasperbude.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Selbstverständlich, ich würde nie behaupten, dass wir eine Kasperbude sind. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass wir zur Kasperbude gemacht werden.

(Beifall DIE LINKE)

Das, was hier gerade stattfindet, ist ein Prozess der Entwertung der parlamentarischen Beteiligungsrechte, meine Damen und Herren. Das ist der Grund, warum ich das nicht akzeptieren kann. Ich hatte schon bei der Landespressekonferenz das

seltsame Gefühl der Erkenntnis der dritten Art. Man geht in die Landespressekonferenz und erfährt, was Herr Mohring und Herr Höhn der Presse zu erklären haben über dieses Thema. Dort erfahren wir als Parlamentarier, dass etwas nicht auf die Tagesordnung kommt und warum es nicht auf die Tagesordnung kommt. Dann sagt der eine über den anderen, dass es diese und diese und diese finsternen Gründe gibt, statt dass die ganzen Geschichten hier im Parlament endlich behandelt werden. Legen Sie das Gesetz hier vor! Bringen Sie es ein! Nicht Sie, Frau Walsmann, aber die von Ihnen getragenen Fraktionen, denn es geht um Ihr Ansehen, um Ihre Einkünfte als Minister. Da können Sie als Ministerin nicht sagen, also das geht mich gar nichts an, in dem Boot sitze ich gar nicht.

Deswegen, meine Damen und Herren, mahne ich beide Fraktionen, sorgen Sie dafür, dass dieses Gesetz jetzt hier auf den Tisch kommt, dass wir es behandeln können. Wenn es richtig ist, was Herr Scherer gesagt hat, dass es mit Beginn dieser Legislatur gelten soll, und wenn es dazu verfassungsrechtlich keine Bedenken gibt durch den Justizminister, dann wären die Bedenken, die ich danach geäußert habe - aber eben nur in Kenntnis der Äußerung der Fraktionsvorsitzenden, andere kenne ich nicht, ich kann sie parlamentarisch nicht qualifizieren, ich hörte nur was in der Landespressekonferenz gesagt wurde -, dass das Gesetz zum Beginn des Stichtags dieser Legislatur gelten soll, wenn das so verfassungsrechtlich in Ordnung ist, dann kann es doch eingebracht werden. Wenn es aber so ist, Kollege Höhn, was ich verstanden habe, was Ihr Kollege Mohring gesagt hat, dass es um die SPD-Minister geht - der Eindruck ist zumindest sehr entstanden, weil deren zweijährige Zeit jetzt abläuft und damit sozusagen der Bestandsschutz entsteht -, wenn das der Fall ist und das der Streit ist, wäre das nicht in Ordnung. Deswegen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns mit vereinter Kraft dafür sorgen, dass hier Klärung reinkommt. Das Gesetz gehört auf den Tisch, es gehört abgestimmt. Dann können wir uns auch vor die Öffentlichkeit stellen und sagen, wir wissen alle, was wir getan haben. Aber in Hinterzimmern und in Koalitionsnebenräumen darüber zu verhandeln, halte ich für eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Einführung einer Pkw-

(Präsidentin Diezel)**Maut in Deutschland und mögliche Auswirkungen auf Thüringen"**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/3250 -

Als Erste hat sich Abgeordnete Doht von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das Thema „Einführung einer Pkw-Maut ...“ beschäftigt die Bundesebene ganz aktuell. Es zieht sich bereits längere Zeit, über Wochen und Monate durch die Diskussion auf Bundesebene wie ein roter Faden und insbesondere die CSU und der Bundesverkehrsminister Ramsauer forcieren dieses Thema. Aber inzwischen scheinen sich auch andere mit diesem Thema anzufreunden. Es gab ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin zum Thema „Pkw-Maut“ und gestern und vorgestern hat der Deutsche Landkreistag in Eisenach auf der Wartburg getagt. Der Bundesverkehrsminister hat dort noch einmal die Forderung nach einer Pkw-Maut erhoben und hat auch dort Unterstützung erhalten. Auch der Thüringer Verkehrsminister Herr Carius plädiert für die Pkw-Maut. Erst unlängst, als wir im Moorgrund die Ortsumgehung der B19 eingeweiht haben, war das Thema andere Finanzierung von Verkehrsprojekten wieder genannt worden.

Wir sagen es hier sehr deutlich: Als SPD lehnen wir die Pkw-Maut ab, und zwar aus verschiedenen Gründen. Zum einen - und das haben wir in der Presse in der Vergangenheit auch immer wieder deutlich gemacht - wird es insbesondere die Pendler - und davon hat Thüringern nach wie vor sehr viele -, die zur Arbeit in die alten Bundesländer oder auch innerhalb Thüringens pendeln müssen, besonders hart treffen. Das wollen wir nicht.

Die Bezieher geringer Einkommen würden - relativ gesehen - mehr belastet durch eine Pkw-Maut als die Bezieher hoher Einkommen. Auch das halten wir für sozial unausgewogen.

Die Pkw-Maut würde zu einer Verteuerung des Straßenverkehrs führen und da sagen wir, das ist auch wirtschaftlich nicht zu vertreten. Es würde gerade die Automobilindustrie besonders treffen und Thüringen ist Automobilstandort. Deswegen kann es nicht im Sinne der Thüringer Automobilindustrie sein, sich hier für eine Pkw-Maut stark zu machen.

Wenn man sich mal die Ausführungen des Deutschen Instituts für Wirtschaft anschaut, so ist bereits jetzt der Wegestreckenaufwand durch die Kfz-Steuer und durch die Mineralölsteuer zu 218 Prozent gedeckt. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum man hier den Autofahrer weiter zur Kasse bitten will. Außerdem würde die Pkw-Maut auf Au-

tobahnen letztendlich zur Verlagerung der Verkehrsströme auf das nachgelagerte Straßennetz führen. Wir kennen diese Effekte von der Lkw-Maut und dort haben wir Verlagerungseffekte eben nicht nur von der Autobahn auf die Bundesstraßen, sondern bis hinab auf die Landesstraßen. Das heißt, letztendlich steigt für uns auch wieder der Sanierungsaufwand bei den Landesstraßen. Wir haben damit nichts gutgemacht. Es wird ja immer wieder gesagt, wir führen die Pkw-Maut ein und wir entlasten dann letztendlich die Autofahrer bei der Kfz-Steuer. Wenn man das einmal durchrechnet, das ist ein Nullsummenspiel. Am Ende kommen vielleicht ungefähr 300 Mio. € mehr heraus für alle Bundesländer, nicht für Thüringen, weil letztendlich nur die ausländischen Autofahrer übrig bleiben. Selbst diese Einnahmen würden nicht im vollen Umfang in den Verkehrshaushalt fließen, weil der Aufbau eines solchen Mautsystems auch Kosten verursacht, so dass es zu keinen deutlichen Verbesserungen kommt. Außerdem halte ich die Vorstellung, dass dann dieses Geld wirklich dem Verkehrshaushalt zugutekommt nach all den anderen Erfahrungen für abwegig. Wir könnten uns jetzt schon dafür stark machen, dass die Kfz-Steuer letztendlich im vollen Umfang in den Verkehrshaushalt fließt, dass die Mineralölsteuer in den Verkehrshaushalt fließt, das ist nicht der Fall. Diese Steuern werden auf Bundesebene dazu verwendet, um Haushaltslöcher zu stopfen. Haushaltslöcher, die auf der anderen Seite aufgerissen werden, indem man den Forderungen der FDP auf Bundesebene nach Steuersenkungen nachgeht. Ich sage ganz deutlich, es ist hier nicht die Zeit für Steuersenkungen.

(Unruhe FDP)

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Doht, SPD:

In einem gebe ich dem Bundesverkehrsminister Ramsauer recht: Die Situation der Verkehrshaushalte sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ist dramatisch, aber diese dramatische Situation werden wir mit der Pkw-Maut nicht lösen. Hier wird nur der Autofahrer noch mal ...

Präsidentin Diezel:

Die Redezeit ist wirklich zu Ende.

Abgeordnete Doht, SPD:

zur Kasse gebeten. Deswegen noch einen Satz. Herr Minister Carius, ich bitte Sie darum, lassen Sie uns gemeinsam auf Bundesebene dafür eintreten, dass zum einen die Steuersenkungspläne der FDP nicht zum Tragen kommen und dass die Gelder, die

(Abg. Doht)

der Bund heute schon von den Autofahrern einnimmt, auch wirklich in den Verkehrshaushalt fließen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Und außerdem ist die Redezeit zu Ende.)

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, manchmal habe ich Angst um Ihre Luft, um Ihren Atem.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Unsere Luft!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Heinz Untermann von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, es gibt gewaltige Finanzierungsdefizite beim Straßenbau, aber da erzähle ich Ihnen nichts Neues. Ob jedoch die Einführung einer Pkw-Maut das richtige Mittel ist, diese Probleme zu lösen, sei hier infrage gestellt.

(Beifall FDP)

Die Autofahrer zahlen jetzt bereits über die Kfz-Steuer, die Mineralölsteuer und andere Abgaben ca. 53 Mrd. € pro Jahr. Doch diese Milliarden fließen nicht mal zur Hälfte in den Erhalt und den Ausbau des Straßennetzes. Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung liegt eine aktuelle Wegekostenstudie vor. Hier wird klar das Argument widerlegt, dass die Autofahrer über eine Pkw-Maut an den Straßenbaukosten in der Zukunft beteiligt werden müssen. Denn sie tun es bereits und nicht zu knapp. Die Wegekostenberechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, welche Kosten durch den Bau und den Unterhalt der Verkehrswege entstehen. Für jeden Euro an Infrastrukturkosten, den die Autofahrer verursachen, zahlen sie 4,20 € an Abgaben, also über Mineralölsteuer, Kfz-Steuer und andere Steuern an den Staat zurück. So deckt der inländische Pkw-Verkehr die Kosten auf alle Straßen zu über 200 Prozent und auf Autobahnen zu über 420 Prozent.

In dem Konzept „Auto finanziert Straße“ unterbreitet der ADAC einen Vorschlag zur Nutzerfinanzierung auf der Basis vorhandener Abgaben. Das Konzept beinhaltet vier Leitgedanken, auf die ich hier nicht im Detail eingehen möchte. Der ADAC-Vizepräsident Ulrich Klaus Becker stellte dieses auf dem Verkehrsgerichtstag in Goslar vor. Er entschärfte gleichzeitig die immer wiederkehrende Forderung, dass ausländische Nutzer sich doch ebenfalls über eine Maut an den Kosten für den Straßenbau betei-

ligen müssten, wie für die deutschen Autofahrer abhängig von den Streckenlängen Gebühren in Dänemark, Norwegen, Frankreich, Österreich, Großbritannien oder Italien erhoben werden. Es ist ein billiges Argument, mit einer Maut auch ausländische Pkw-Fahrer abkassieren zu wollen, denn sie werden es längst. Ausländer bezahlen über die anfallende Mineralölsteuer beim Tanken doppelt so viel, wie sie an Kosten bei uns verursachen. Es wird immer über die Entlastung der Autofahrer an anderer Stelle, z.B. bei der Kfz-Steuer, diskutiert. Ich glaube, das ist unrealistisch, das sind zwei Paar Schuhe. Es geht laut EU-Recht nicht, weil wir ja die ausländischen Autofahrer nicht ungleich mehr belasten können als uns als Deutsche selber. Was mir aber absolut wichtig ist, dass keine weiteren Mehrkosten für die Autofahrer entstehen. Die Autofahrer sind schon genug gestraft, wenn ich mir die Preise an der Tankstelle ansehe.

Sehr geehrte Abgeordnete, bevor über die Einführung einer Pkw-Maut nachgedacht wird, sollte man über andere Lösungen für die Finanzierung des Straßenbaus nachdenken. Ich denke da an solche Lösungen wie die Senkung der Bau- oder Straßenunterhaltungskosten. Nur in wenigen Ländern ist der Straßenbau so teuer wie in Deutschland. Bis zum heutigen Zeitpunkt liegt seitens der Bundesregierung noch kein konkretes Konzept vor, ob überhaupt und in welcher Form eine Pkw-Maut zukünftig eingeführt werden könnte. Solange dieses Konzept nicht vorliegt, läuft die angestrebte Diskussion erst einmal ins Leere. Wir wissen alle, es steht im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung, dass die Pkw-Maut in dieser Legislaturperiode nicht eingeführt wird.

In Ihrer Aktuellen Stunde, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, verweisen Sie auf die Auswirkungen für Thüringen. Die möglichen Auswirkungen für Thüringen dürften uns doch allen klar sein. Falls das Pkw-Maut-Modell nur auf Autobahnen greift, sollte sofort eine Verlagerung des Verkehrs von der Fernstraße auf die Landstraße erfolgen. Es kommt zu Mehrbelastungen durch höhere Verkehrsaufkommen in den Städten und Gemeinden. Es trägt sicherlich nicht dazu bei, den Zustand unserer ca. 9.200 km Landesstraßen zu verbessern. Da sind Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit und eine Steigerung der Unfallzahlen zwangsläufig zu erwarten. Mit Folgen ist aber nicht nur in Thüringen zu rechnen, sondern deutschlandweit. So würde laut ADAC nur jeder fünfte Autofahrer statt Autobahn die Landesstraße nutzen. Prognosen besagen, dass jährlich mit 350 Verkehrstoten und 13.000 Verletzten zu rechnen sei. Hinzu kommen die Mehrkosten der Pendler und Kleinunternehmer. So sollte man sich ebenfalls vor der Einführung der Pkw-Maut darüber Klarheit verschaffen, welche zu erwartenden Betriebskosten welchen Bruttoeinnahmen gegenüberstehen. Erfahrungen

(Abg. Untermann)

der letzten Jahre zeigten, dass von den möglichen Mauteinnahmen rund ein Fünftel für Betrieb und Unterhalt der Erfassungssysteme aufgewendet würde. Ich will es an dieser Stelle noch einmal nicht versäumen, auf mein Lieblingsthema hinzuweisen, und zwar auf die Fertigstellung der A 71. Wie wichtig die Fertigstellung der A 71 zwischen Oberröblingen, Heldrungen und Sömmerda ist und die Ortsumfahrungen bei Gebesee und Straußfurt für die Region sind, habe ich hier in diesem Hause schon oft geäußert. Der Verkehrsminister Ramsauer betonte am 12. September dieses Jahres zum Neubau von Verkehrswegen, dass nur noch für angefangene Straßen Mittel zur Verfügung stehen. Wer legt denn fest, was angefangen ist und was nicht.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Ein Satz noch, jawohl, ich habe es schon gesehen.

Fängt eine Maßnahme bei der Linienplanung an, beim Planfeststellungsverfahren oder wenn der erste Spatenstich erfolgt, oder gibt es noch andere Begründungen?

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Spatenstich, ganz klar!)

Das sehe ich noch nicht so eindeutig, Herr Minister. Ich hoffe für die Region und für die Einwohner, dass die A 71 zeitnah fertiggestellt wird auch ohne Pkw-Maut. Ich danke Ihnen.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die CDU-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Tasch.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion „Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland und mögliche Auswirkungen auf Thüringen“ möchte ich namens meiner Fraktion Folgendes sagen: Zunächst hat eine Aktuelle Stunde den Charakter, sich über aktuell zur Entscheidung anstehende politische Themen auszutauschen. Beim Thema Pkw-Maut ist dies meines Erachtens nicht der Fall, da es sich bei dieser Frage um eine Angelegenheit des Bundes handelt und darüber hinaus dieses Thema im aktuellen Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung nicht geregelt ist, also auch nicht angepackt wird bis 2013. Nun hat der Bundesverkehrsminister aufgrund der chronischen Unterfinanzierung des Verkehrshaushalts während der Haushaltsdebatte 2012 im Deutschen Bundestag in der letzten Woche das Thema Pkw-Maut angesprochen, einen

Vorstoß gewagt und eine Diskussion in Gang gesetzt, was ja nicht verboten ist. Diskussionen sind ja immer auch fruchtbringend. Er diskutiert, aber es ist ihm auch unbenommen, darüber zu diskutieren, denn die zukünftige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss überdacht werden, um mit neuen Ideen Möglichkeiten zu schaffen, die verfügbaren Mittel nicht nur aufzustocken, sondern auch zweckgebunden und zielgerichtet zu verwenden. Es bedeutet doch nicht, dass die Pkw-Maut bereits beschlossen und damit eine signifikante Mehrbelastung der Autofahrer unumkehrbar ist. Nein, es bedeutet, dass wir die Notwendigkeit des Handelns erkennen, die Schwächen des bisherigen Systems analysieren und Möglichkeiten einer Verbesserung prüfen. Das heißt für uns, uns dem Diskussionsprozess über zukünftige Finanzierungsmöglichkeiten stellen zu müssen und dies auch zu wollen. Auf diesem Weg ist aus meiner Sicht wenig zweckdienlich, schon im Vorfeld zu sagen, das machen wir auf keinen Fall, das bringt gar nichts.

Ich möchte natürlich für die CDU-Fraktion auch feststellen, dass wir eine Mehrbelastung für die Autofahrer im Freistaat, insbesondere für die Berufspendler, entschieden ablehnen. Trotzdem muss ergebnisoffen über zukünftige Finanzierungsmöglichkeiten für die Verkehrsinfrastruktur diskutiert werden. Neben öffentlich-privaten Partnerschaften sollten zumindest auch die Vor- und Nachteile einer Pkw-Maut diskutiert werden.

(Beifall CDU)

Notwendig ist, dass die Mittel einer Pkw-Maut gezielt in die Erhaltung und den Ausbau des Straßennetzes fließen müssen. Im Moment sind die Kosten für die bis 2015 im Bedarfsplan bewilligten Bundesfernstraßenprojekte nur zu einem Drittel gedeckt. Auch stehen vonseiten des Bundes für neue Projekte an Thüringer Straßen in diesem und im kommenden Jahr keine Mittel zur Verfügung. Bis 2013 liegen alle bereits geplanten Ortsumgehungen, die noch nicht begonnen sind, auf Eis. Aber viele Menschen in Thüringen, das werden Sie alle wissen, warten darauf, dass weitergebaut wird. Ich will nur ein paar nennen: die B 247 Ortsumfahrung Kallmerode und Großengottern, die B 243 Ortsumfahrung Mackenrode, die B 4 in Greußen. Das sind nur vier Beispiele. Es gibt noch mehr Beispiele, wo die Menschen dringend darauf warten, dass hier angefangen wird.

Nachvollziehbar ist und bleibt, dass mit einer Pkw-Maut natürlich alle Nutzer, also auch Touristen und Transitreisende, für den Erhalt der deutschen Infrastruktur anteilig einstehen müssten. Ob dies am Ende zu Mehreinnahmen führen kann, muss eindringlich geprüft werden. Ein zu erwartender Mehraufwand hinsichtlich der Erhebung und Verwaltung dieser Gebühren ist wenig sinnvoll und erstrebenswert. Auch müssen mögliche Verlagerungseffekte

(Abg. Tasch)

zulasten der Landesstraßen im Vorfeld beachtet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal betonen, dass wir mit dem Thema Pkw-Maut offen umgehen sollten und die Diskussion führen - wir wissen ja auch noch nicht, wie es ausgeht -, jedoch eine Mehrbelastung für die deutschen Autofahrer ablehnen, aber im Vorfeld schon mögliche Alternativen ausschließen, das führt zu nichts. Die Diskussion wird noch jahrelang gehen, sie wird spannend bleiben und wir werden sie verfolgen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt Frau Abgeordnete Dr. Lukin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Fraktion hat dieses Thema auch ein wenig verblüfft, denn es ist in Thüringen und aus Thüringen heraus nicht lösbar. Ich glaube nicht, dass der Verkehrsminister sich in Thüringen erkundigt, ob er diese Diskussion im Bundestag a) führt und b) auch zum Beschluss vorbereitet. Allerdings als Thema für Koalitionsschelte ist sicherlich so eine Diskussion immer gut. Ich hoffe allerdings, dass dann auch die SPD-Fraktion sich zur Finanzierung von Bahnhofssanierungen, Radwegen oder kommunalem Straßenbau oder von ÖPNV auch so

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

heftig zu Wort meldet und dort zusätzliche Mittel einstellt.

Eine Diskussion über die Verkehrsinfrastruktur ist notwendig, auch in Thüringen, auch bundesweit, allerdings nicht nur zu dem Thema „Pkw-Maut“. Ich denke, das ist zu kurz gegriffen. Wir haben hier im Verkehrssektor ganz andere Probleme, die Verringerung des CO₂-Ausstoßes, die schlechte Infrastruktur, die Zunahme des Güterverkehrs. Die EU schlägt, das wissen Sie alle, als einen Weg oder ein Mittel die Forderung nach Benutzergebühren aller Fahrzeuge vor. Das heißt, die Diskussion ist nicht nur eine bundesdeutsche, sondern sie wird in Gesamteuropa geführt. Aber ist das tatsächlich ein Ansatz? Ich denke, eine systemimmanente Diskussion ist der falsche Ansatz. Wir wissen alle, zum Beispiel in der Bundesrepublik wird seit diesem Jahr die Lkw-Maut hauptsächlich für den Straßenbau verwandt. Vorher war es so - ich kann die Zahlen noch mal kurz nennen -, dass z. B. 2009 2,1 Mrd. € für den Straßenbau, für den Schienenverkehr 1,1 Mrd. € und 0,44 Mio. € für den Wasserstraßenbau verwandt wurden. Warum sollen wir

jetzt darüber diskutieren, ob mit einer Pkw-Maut lediglich Straßenbau vervollkommenet wird oder ob diese Diskussion für uns die wichtigste ist? Ich denke, wesentlich interessanter wäre die Diskussion auch hier in Thüringen über eine Verlagerung von Verkehr auf die Schiene, über eine Optimierung von Verkehrsströmen zu führen und,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn man schon bei Pkw bleibt, dann zum Problem Carsharing, Spritverbrauchsdiskussion, Dienstwagenbesteuerung, Tempolimit - die Palette ist sehr groß. Wir müssen nicht nur in die Pkw-Maut hineingehen, zumal wir an dieser Stelle dann auch die Frage beantworten müssen: Ist Mobilität für jeden noch finanzierbar? Das betrifft z.B. - ich erinnere an die Diskussion zum Landesentwicklungsplan, hier sei mir vielleicht ein kurzer Nebensatz gestattet, dass alle Mittelzentren und Grundzentren in ihrer Erreichbarkeit mit 30 und 20 Minuten aber nur über den Pkw definiert werden. Das ist für uns schwierig. Da wir nicht überall genügend Schienenverkehr und auch ÖPNV haben, ist sicherlich das Auto ein notwendiges Bewegungsmittel, aber wir können nicht nur eine Automobilbevorzugungsdiskussion führen, denn auch die Pkw-Maut wäre dann tatsächlich nur für den Straßenbau einsatzfähig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier haben wir ein besseres Steuerungsinstrument, auch wenn es gefährlich klingt, das ist die Mineralölsteuer. Spritfresser werden dort wesentlich höher besteuert. Insofern, denke ich, sollten wir an der Stelle die Kirche im Dorf lassen. Wir haben doch zusätzlich das Problem, dass Autofahren zunehmend teurer wird. Das ist sicherlich aus Fragen der Umwelt auch berechtigt, aber wir müssen auch über die Alternativen nachdenken. Welche Möglichkeiten haben die Bürgerinnen und Bürger hier in Thüringen, zur Arbeit zu kommen? Welche Möglichkeiten haben sie durch den ÖPNV? Wie sind die Relationen hier im Land? Die Kosten für das Autofahren, ich glaube, es ist schon genannt worden, sind in den letzten Jahren um das 7,2-fache gestiegen, die Verbraucherkosten um das 3,8-fache, aber wir haben die nächste Fahrpreiserhöhung im ÖPNV sicherlich mit Ende dieses Jahres noch zu erwarten. Ich denke, hier müssen wir ausgewogen diskutieren, wir dürfen uns nicht nur auf Pkw-Maut, auf Nutzergebühren fokussieren, sondern wir müssen ein Gesamtkonzept für Mobilität sowohl im Bund als auch hier in Thüringen fordern. Das wäre der richtige Ansatz. Genauso wichtig wäre es, wenn man die Frage der Verkehrsinfrastruktur nicht unbedingt auf einen hinteren Platz setzt. Das heißt, angefangen vom ÖPNV bis hin zum kommunalen Straßenbau, aber vorrangig auch bei Schiene-Verkehrsoptimierung sollten wir uns in der Diskussion vor allen Dingen bei den Haushaltsmitteln aufeinander zubewe-

(Abg. Dr. Lukin)

gen und versuchen, dass wir den öffentlichen Nahverkehr

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

fördern.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Schubert zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, ich war nicht so überrascht über das Thema. Fragen wir uns, warum führen wir die Diskussion? Warum fragen wir uns heute oder diskutieren darüber, warum wir so ein Erhaltungsproblem haben im Verkehrsetat. Warum? Weil die Bundesregierung katastrophal gewirtschaftet hat mit den Geldern im Verkehrshaushalt. Der Bundesverkehrswegeplan hat mit einem Plan rein gar nichts zu tun. Es ist eine Wunschliste mit sehr viel Lokalkolorit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die planlose Abarbeitung dieser Wunschliste - manche Projekte sind ja verwirklicht worden, manche auch nicht - führt jetzt dazu, dass Herr Carius nur noch verkünden kann, bis 2015 können wir kein neues Projekt mehr beginnen. Frau Tasch hat es schon erwähnt, Sie haben auch auf die Unterfinanzierung hingewiesen im Bund, dass die Leute vor Ort jahrelang schon hingehalten worden sind, und zwar oft mit dem Verweis, ihr bekommt eure Ortsumgehung, aber nur, wenn ihr euch auch für die große Lösung einsetzt. Das betrifft Etterwinden mit der B19, das betrifft zum Beispiel die Orte Oberkatz und Stepfershausen mit Verweis auf die Rhöntrasse.

Herr Carius, Sie haben nichts dazu beigetragen, diesen Missstand zu beheben, jedenfalls wenn, dann haben Sie es nicht öffentlich gemacht. Die Chance wäre letztes Jahr gewesen. 2010 war groß angekündigt, der Bundesverkehrswegeplan wird überarbeitet. Was ist dabei herausgekommen? Kein einziges Neubauprojekt ist gestrichen worden und deswegen haben wir heute so ein großes Erhaltungsproblem. Erhalt vor Neubau schreibt auch die Bundesregierung in ihrem Programm. Sie hat sich nicht daran gehalten. Es war eben schon einmal von Politikverdrossenheit die Rede, auch das

trägt vor Ort zu sehr viel Politikverdrossenheit bei, das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall DIE LINKE)

Erhalt vor Neubau, das wäre angezeigt gewesen, deswegen jetzt der Schrei nach einer Maut. Ich will es einmal präzisieren: Wir reden über eine Vignette, wir reden nicht über Maut. Wir reden über eine Vignette, was einer Flatrate gleichkommt und deswegen lehnen wir diese Maut, diese Vignette auch ab. Wir wollen nämlich keine Flatrate, weil sie entgegen aller Vernunft keine Lenkungsfunktion hat. Sie bestraft nämlich all diejenigen, die sparsame Autos haben und die nicht so viel fahren, sondern öfter mal mit der Bahn fahren, und begünstigt Spritschlucker und Vielfahrer. Das kann nicht sein, es sei denn, die ganzen anderen Umweltziele und auch die Klimaziele, die Sie in Ihrem Programm beschwören, sind für Sie nur eine Farce.

Das Argument, dass ausländische Pkw-Fahrer, die bei uns fahren, dazu beitragen sollen, unsere Infrastruktur zu finanzieren und dass das über eine Vignette geht, ist längst widerlegt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat herausgefunden, dass diese Pkw-Fahrer nur zu 1,4 Prozent an den Autobahnkosten beteiligt sind, so dass wir da nicht viel erwarten können. Die anderen Dinge sind schon genannt worden. Der Ausweichverkehr bei einer Autobahnvignette würde gerade die Landkreise und Kommunen noch mehr belasten und die sind sowieso schon diejenigen, die am meisten unter dem Erhaltungsnotstand der Straßen leiden.

Ich möchte noch einmal kurz auf Frau Doht eingehen. Frau Doht, Sie haben auch das DIW zitiert und sagten, dass der Kraftfahrzeugverkehr im Inland bereits für mehr als das Doppelte der Kosten aufkommt als von ihm verursacht wird. Das stimmt einfach nicht und ich möchte Sie darauf hinweisen, dass in dieser Rechnung offensichtlich alle externen Kosten nicht mit berücksichtigt sind. Das Bundesverkehrsministerium hat in 2007 ein Schweizer Institut beauftragt, diese ungedeckten Kosten auszurechnen und dabei kommen wir auf eine Deckungslücke von über 40 Milliarden im Jahr. Welche Kosten sind das, die im Moment

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von den Steuerzahlern getragen werden: Das sind Unfälle, das ist die Verlärmung, das ist die Luftverschmutzung, Feinstaub und das ist der immense Natur- und Landschaftsverbrauch, den wir durch den motorisierten Individualverkehr haben.

Herr Untermann, Sie haben auch angemahnt, dass es kein Konzept auf Bundesebene gibt. Da gebe ich Ihnen recht. Frau Lukin hat es auch gesagt, wir brauchen es endlich und wir brauchen eine Zusammenschau. Lassen Sie es mich Bundesmobilitätsplan nennen. Auf jeden Fall greift es zu kurz, wenn wir angesichts der enormen Herausforderungen

(Abg. Schubert)

und der Knappheit des Öls nur auf den Pkw schauen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept und vor allem die Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf den öffentlichen Verkehr. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es noch Wortmeldungen? Ich sehe keine Wortmeldungen. Ich sehe die Wortmeldung der Landesregierung. Herr Minister Carius, bitte.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, zunächst erst einmal herzlichen Dank für diese Debatte, sine ira et studio. Ich glaube, das ist auch angezeigt, weil Sie, Frau Schubert, beispielsweise sehr richtig gesagt haben, wir reden eigentlich gar nicht über die Pkw-Maut, sondern vielfach wird über die Vignette geredet. Aber auf der anderen Seite schließen wir die Pkw-Maut in der Diskussion gar nicht aus. Das heißt, diese Diskussion zeigt, glaube ich, wie sie hier schon stattgefunden hat, dass sie außerordentlich viele Facetten hat.

Ich will zum Ausgangspunkt zurückkommen: Der Ausgangspunkt ist wie jedes Jahr der Sommer, dass viele Sommerurlauber in Italien, in Frankreich und sonstwo unterwegs sind und feststellen, dass sie dort für Straßen bezahlen und hier, wenn jemand in Deutschland Urlaub macht aus diesen Ländern, müssen die keinen Beitrag zahlen. Insofern stellt sich schon ein berechtigtes Gefühl der Ungleichbehandlung ein und da taucht auch regelmäßig die Frage auf: Warum zahlen wir und andere müssen hier nicht zahlen? Das ist sicher die eine Seite der Medaille. Warum aber die Diskussion in diesem Jahr an Brisanz gewonnen hat, ist natürlich der Frage geschuldet, dass die Ausfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans, wie, glaube ich, in keinem Jahr zuvor massiv gefährdet ist. Die Zahlen wurden bereits von den Kollegen dargestellt. Nur ca. 34 Prozent der Kosten der Bedarfsplanmaßnahmen für die bereits Baurecht vorliegt - also nicht für alle Bedarfsplanmaßnahmen, sondern für die, für die bereits Baurecht vorliegt -, werden mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt gedeckt werden können, was heißt, dass Maßnahmen, wo ein Spatenstich, Herr Untermann, noch nicht stattgefunden hat, eben bis 2015 nicht mehr gebaut werden können. Ich glaube, an dieser Stelle spätestens wird die Brisanz sehr deutlich, weil wir dann allesamt vor Ort den Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen, warum sie den Feinstaub, warum sie den Lärm, warum sie die Co₂-Belastung direkt vor ihrem Wohnzimmer ertragen müssen von 10.000 Fahrzeugen oder von durchaus auch noch mehr Fahr-

zeugen am Tag. Das ist genau das Problem, weil wir nämlich dann nicht mehr die Bedarfsplanmaßnahmen, wo wir deswegen, Frau Schubert, auf große Korridore gehen, weil wir natürlich nicht nur eine Ortsumgehung bauen, damit der Verkehr da rundum fließt, sondern wir bauen die Ortsumgehung, damit der Verkehr eben von den Knotenpunkten, also von einer größeren Stadt in die nächste größere Stadt oder vom Güterverkehrszentrum bis zum nächsten Güterverkehrszentrum, schneller abfließt. Dafür müssen wir auch auf große Lösungen Wert legen.

Sie haben recht, dass wir natürlich bei dem Bedarfsplan, bei dem Bundesverkehrswegeplan, wie wir ihn jetzt haben, sehr unterschiedliche Bedarfe berücksichtigt haben. Da geht es nicht nur um die Frage, wie viele Güter werden denn auf dieser Strecke tatsächlich transportiert. Ich will aber an dieser Stelle ganz deutlich sagen, wer so eine Diskussion führt - und da kommen wir zu den Folgen für Thüringen -, der hilft Thüringen nicht wirklich. Denn bei dem Güterverkehrswachstum sind wir uns alle darüber im Klaren, dass das in Thüringen vor allen Dingen auf den Autobahnen stattfindet. Das findet nicht so sehr auf den Bundesfernstraßen statt. Auf den Bundesfernstraßen, egal wie sehr wir uns für Elektromobilität einsetzen, egal wie sehr wir uns für den Schienenpersonennahverkehr einsetzen, wird das Wachstum vor allen Dingen über den motorisierten Individualverkehr erzeugt werden. Das heißt, wer eine Diskussion über den Bedarf im Bundesverkehrswegeplan führt, muss sich darüber im Klaren sein, dass dann die Belastungen, die wir jetzt haben, in den Ortsdurchfahrten weiter bestehen bleiben. Wir werden die Ortsumgehungen dann überhaupt nicht finanziert bekommen, weil wir uns dann zunächst eigentlich um die Hafenhinterlandverkehre kümmern, die im Norden unseres Landes eine Rolle spielen.

(Beifall CDU)

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, lade ich Sie herzlich dazu ein, lassen Sie uns offen über die Dinge, vielleicht auch an anderer Stelle mal im Bauausschuss reden, was welche Auswirkungen für Thüringen hat. Generell gilt jedenfalls: Wir haben europaweit eine Steigerung der Investitionen in die Verkehrswege gehabt von rund einem Drittel der Haushaltsansätze; nur in Deutschland ist es zurückgegangen. Wir haben jetzt eine Unterfinanzierung, die liegt im Bundeshaushalt 2012 bei - 10 Mrd. € sind bereitgestellt, 12 Mrd. € bräuchten wir - insgesamt rund 2,5 Mrd. €, die uns in den nächsten Jahren pro Jahr fehlen zur Ausfinanzierung von wichtigen Bedarfsplanmaßnahmen, die uns letztlich auch in Thüringen helfen würden.

Vor diesem Hintergrund, glaube ich, müssen wir uns einfach überlegen, nicht nur die Pkw-Maut-Diskussion zu führen, da müssen wir uns überlegen,

(Minister Carius)

wie wir eine Finanzierungsdiskussion führen, die möglichst offen ist. Die nicht an der Schlagzeile des nächsten Tages orientiert ist, sondern daran orientiert ist, dass die Schlaglöcher beseitigt werden auf der einen Seite und auf der anderen Seite auch verkehrliche Hindernisse beseitigt werden.

Ich glaube, wir haben hier zwei Perspektiven: Die eine Perspektive ist, wir brauchen vor allen Dingen - da sind wir uns eigentlich fast alle in diesem Hause einig - mehr Geld für den Sektor Verkehr. Die zweite Perspektive ist, ausgehend von den Erfahrungen, wie eine Haushaltsaufstellung läuft, dass nämlich die Mittel, die im Bereich Verkehr erwirtschaftet werden, nicht in den Bereich Verkehr gehen. Wenn sie aus Steuermitteln generiert werden, dann müssen wir uns auch darüber verständigen, welche anderen Instrumente kann es denn da geben. Da gibt es mehrere Varianten, da gibt es die verschiedensten ÖPP-Modelle, wovon wir in Thüringen zwei durchführen. Da gibt es aber auch die Frage, ob nicht eine stärkere Nutzerfinanzierung sinnvoll ist. Ich will das schon sagen, wenn wir hier über die Mautausweichverkehre reden, dann sollten wir auch offen und ehrlich sein. Wir haben seitdem es die Lkw-Maut gibt und seitdem wir jetzt auch die vierspurigen Bundesstraßen, das sind hier in Thüringen rund 15 Kilometer, bemaute, Mautausweichverkehre insofern, als wir ein rapides Wachstum im Bereich der Kleintransporte haben. Das ist auch Mautausweichverkehr, der tatsächlich in den vielen Kommunen stattfindet, worüber wir uns auch Gedanken machen müssen. Deswegen werde ich an dieser Stelle einfach dafür, dass wir hier eine offene Diskussion darüber führen, welche Finanzierungsalternativen haben wir denn. Die Pkw-Maut steht nicht aktuell vor der Tür, sie steht auch nicht morgen auf der Schwelle, aber wir müssen darüber beraten, wie es uns gelingen kann, in den Haushalten einen Finanzierungskreislauf Straße zu erzeugen.

Sicher ist es richtig, dass die Pkw-Maut auf den Autobahnen, egal ob als Vignette oder als eine richtige Maut, natürlich keine Lösung für alle Thüringer Probleme ist. Bei den Landesstraßen haben wir ganz eigene Probleme. Aber ganz klar ist auch, dass die Masse des Verkehrs nach wie vor über die Bundesfernstraßen und über die Autobahn stattfindet. Insofern werde ich wirklich dafür, dass wir uns hier darüber offen verständigen und nicht nur ganz kurzfristig mit Blick auf die Schlagzeilen des nächsten Tages einer solchen Diskussion verschließen.

Was die Frage Senkung der Kosten anbelangt, Herr Kollege Untermann, habe ich ja nichts dagegen, dass wir auch das tun und prüfen, wo wir es können. Tatsächlich ist es aber so, dass wir natürlich in vielen Bereichen aus Gründen von FFH-Gebieten Umtrassierungsvarianten vornehmen müssen, die die Kosten ins immense steigen lassen. Ich sehe hier keine Mehrheit in diesem Haus und auch

nicht im Bundestag, die sagen würde, wir wollen jetzt auf viele Errungenschaften im Umweltschutz, die wir haben, komplett verzichten. Natürlich kann man über das eine oder andere sicher diskutieren. Deswegen glaube ich, wir sollten das eine tun, aber das wird uns nicht retten, das heißt nicht, dass wir das andere lassen sollten, wir müssen am Ende auch über die Finanzierung diskutieren.

Jetzt will ich vielleicht als allerletzten Punkt schon noch sagen, ich bin sehr dankbar, dass Frau Tasch das auch gesagt hat. Diese ganze Diskussion hat ja ein bisschen was pharisäerhaftes, weil, die meisten, die sich hinstellen und sagen, sie wollen keine Pkw-Maut, hinter vorgehaltener Hand mir schon sagen, natürlich haben wir volles Verständnis dafür und wir müssen uns Gedanken darüber machen, weil sie auch sehen, dass wir hier bundesweit Riesprobleme haben, um die Probleme im Bereich der Straßen- oder der Verkehrsfinanzierung zu lösen. Ganz klar ist aus unserer Sicht, wir müssen zum einen eine Finanzierungsdiskussion führen, die dazu führt, dass wir mehr Geld in den Straßenhaushalt hineinbekommen aus den Steuermitteln, die dort erwirtschaftet wurden. Auf der anderen Seite müssen wir uns aber auch bemühen, einen Finanzierungskreislauf Straße insofern zu schaffen, dass die Gelder, die dort erwirtschaftet wurden, auch dann tatsächlich drinbleiben. Da kann die Pkw-Maut ein sinnvolles Instrument sein. Es kann aber auch nur dann funktionieren, wenn man hier eine Kompensation via Kfz-Steuer, da bin ich in dieser Sache auch völlig offen, wenn die Kfz-Steuer da nicht taugen sollte, muss man sich ein anderes Instrument aussuchen, um die Pkw-Fahrer an der Stelle zu entlasten. Aber wir müssen die Diskussion offen und ehrlich führen und sollten uns hier nicht nur hinter der nächsten Schlagzeile oder aus Angst vor irgendwelchen Automobilfahrerclubs verstecken. Wir sollten die Diskussion offen führen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich schließe damit den dritten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: "Fortführung des Erprobungsmodells 'Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule' und Zukunft des Thüringer Hortes

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/3271 -

(Präsidentin Diezel)

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Kowalleck, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem heutigen Punkt der Aktuellen Stunde haben wir doch ein zurzeit viel diskutiertes Thema aufgerufen. Ich denke, wir können heute dazu beitragen, hier an dieser Stelle Ängste abzubauen und eine Diskussionsgrundlage aufzuzeigen. Heute um 13.00 Uhr gab es zum Thema eine Pressekonferenz der bildungspolitischen Sprecher von CDU und SPD mit dem Bildungsminister. Über diese Ergebnisse, denke ich, werden wir an dieser Stelle auch diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Thüringen wurde seit 1991 ein Gesamtkonzept entwickelt, das sowohl die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als auch Betreuungsangebote im Interesse guter Entwicklung von Kindern ermöglicht. Dazu gehört der Rechtsanspruch auf Hortbetreuung bis zum Abschluss der Grundschule. Etwa 80 Prozent der Thüringer Schüler besuchen den Hort, das habe ich bereits vor der Sommerpause zu diesem Thema an der Stelle schon gesagt. Frau Rothe-Beinlich hat gesagt, wir können darauf stolz sein, dass unsere Schule seit 1991 eigentlich als Ganztagschule gilt.

Anfang 2008 begann die Pilotphase der Erprobungsmodelle in vier Landkreisen und einer kreisfreien Stadt. Engagierte Kommunen haben sich seitdem der Grundschulen angenommen. Mittlerweile nehmen von 34 Schulträgern 21 teil. Das betrifft etwa 42.000 Schüler und damit 67 Prozent der Grundschüler in Thüringen. Zwei voneinander unabhängige Studien zeigen die positiven Rückmeldungen, die Zufriedenheit der Eltern und das gewachsene Interesse der Schulträger. Die Evaluationen bescheinigen, dass mit der Übertragung der Personalverantwortung Verbesserungen bei Qualität und Umfang der Angebote erreicht wurden.

Sie sehen, das Modellprojekt an Thüringer Grundschulen, in dem die Personalverantwortung vom Land an die Schulträger übertragen wurde, ist durchaus ein Erfolgsmodell. Es ist auch richtig, dass dies die CDU ins Leben gerufen hat. Aber der Erfolg hat bekanntlich viele Väter und natürlich vor allem Mütter. Erfolgreiche Modelle sollten umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund möchte ich auf die gemeinsame Erklärung der bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen der CDU und SPD eingehen.

Die folgenden grundsätzlichen Bedingungen müssen bei einer Übertragung der Grundschulhorte in kommunale Verantwortung Berücksichtigung finden. Die pädagogische Einheit von Schule und Hort bleibt Grundprinzip und soll auch künftig Vorrang vor ergänzenden Angeboten nach Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz haben. Ziel ist neben

einer familienfreundlichen Ausrichtung vor allem die Weiterentwicklung der Schul- und Unterrichtsqualität in einer Grundschule mit ganztägigem Schulmodell. Auch bei der dauerhaften Übertragung der Verantwortung muss die Fachaufsicht über den Hort Aufgabe des Landes bleiben. Neben der fachlichen liegt auch die finanzielle Verantwortung beim Freistaat. Die Finanzierung muss auf Dauer angelegt, auskömmlich und transparent mit den Schulträgern geregelt werden. Eine durch die Übertragung bedingte zusätzliche finanzielle Belastung für die Schulträger muss ausgeschlossen werden. Den Erzieherinnen und Erziehern dürfen keine finanziellen Nachteile aus der Übertragung erwachsen, denn engagierte pädagogische Arbeit benötigt Kontinuität bei den Beschäftigungsbedingungen. Auf dieser Grundlage sollten alle weiteren Verhandlungen und Diskussionen geführt werden. Der Bildungsminister hat heute ausgeführt, dass bereits zahlreiche Gespräche mit kommunalen Spitzenverbänden, Schulen und den Interessenverbänden erfolgt sind.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf die Modelle vor Ort eingehen und die damit erfolgreiche Durchführung. So haben wir in der vorigen Woche in der Thüringer Landeszeitung lesen können: „Hort kommunalisiert, Jenaer Eltern sagen Ja.“ Ich hatte auch vor der Sommerpause das Beispiel meines Landkreises Saalfeld-Rudolstadt gebracht. Hier hat in der vorigen Woche die Ostthüringer Zeitung getitelt: „Der Landkreis sowie die Städte Saalfeld und Rudolstadt haben als Modellregion gute Erfahrungen gemacht.“ Hier müssen wir auch ansetzen. Nehmen wir die Beispiele, die wir vor Ort erfolgreich durchgeführt haben mit diesem Modell. Nehmen wir sie als gutes Beispiel bei der Durchsetzung. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Sojka zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten. Ich war heute auch bei Ihrer Pressekonferenz zugegen, weil ich wissen wollte, was nun aktuell ist. Vor der Sommerpause war es tatsächlich noch aktuell. Nun habe ich gelernt, was der Anlass dieser Aktuellen Stunde ist. Die Entscheidung ist also gefallen! Das aus Ihrer Sicht „Erfolgsmodell“ - Hortkommunalisierung - wird fortgesetzt. Ab 01.01.2013 werden alle Thüringer Grundschulhorte in kommunaler Verantwortung sein. Kritik wird ausgeblendet und unterdrückt. Kritische Stimmen, wie zum Beispiel des Saalfelder Bürgermeisters oder der Zeulenrodaer Hortkoordinatorin, kommen gar nicht zu Wort. Eine wirklich offene Dis-

(Abg. Sojka)

kussion ist nicht gewollt. Mit dem Finanzminister wird lediglich noch darüber verhandelt, ob die derzeitigen 1.600 Landesbediensteten dies bleiben dürfen oder dann eben nur die Neuen mit Kettenverträgen, Unterfinanzierung und weniger als 80 Prozent-Verträgen ausgestattet werden - es sind derzeit 620 kommunale Bedienstete - oder ob die Landesbediensteten ab 01.01.2013 alle neue kommunale Arbeitsverträge erhalten und wenn ja, zu welchen Bedingungen. In Tarifverträge will man sich nicht einmischen. Einen Flächentarifvertrag wird es nicht geben. Dieses Zweiklassensystem in vielen Klassenzimmern wird nun also in der Grundschule massiv schon begonnen. Wenn man in den Haushalt schaut, da werden derzeit bei der Haushaltsstelle in den Grundschulen im Kapitel 04 06, ich sage es mal für das Protokoll, Titel 42 801 - Entgelte der Arbeitnehmer - als Ausgaben 181 Mio. € angeführt, sozusagen 10 Mio. € Einnahmen der Kommunen über die Hortbeteiligungskostenverordnung, die dann nicht mehr gilt, denn es macht ja jede Kommune ihre eigene Satzung. Der Minister hat angekündigt, nur 79 Mio. € will er zweckgebunden in den übertragenen Wirkungsbereich geben, um die 1.333 Stellen auszufinanzieren. Das ist sicher dann auch Teil der Neuordnung des KFA offensichtlich. Warum nur 79 Mio. €? Das wird er dann nächsten Dienstag im Haushaltsausschuss aufklären. Ich habe es noch nicht verstanden.

Dass der Gemeinde- und Städtebund warnt, wird auch nicht mit angesagt. Der Landkreistag hat eine Resolution verabschiedet. Da steht unter Punkt 7, dass er die Grundschulen gleich gänzlich kommunal haben will. Ich meine, die Idee haben sie schon vor einiger Zeit gehabt. Da wird überhaupt nicht mehr darüber nachgedacht. Personalvertretung ist offensichtlich für die Landkreise ohnehin überflüssig. Frau Schweinsburg hat mir gestern in Gera Wahlkampf vorgeworfen, ohne auf meine Frage, wo dann die Personalvertretung angesiedelt werden wird, überhaupt zu reagieren.

Bundesweit passiert eigentlich das Gegenteil. Schade, dass sich Thüringen nicht auf seine Thüringer Spezialität besinnt und die Einheit der Grundschule und Bildung aus einem Guss weiter als Thüringer Spezialität voranträgt. Berlin, bis Sonntag noch rot-rot regiert, hat übrigens drei kostenfreie Kindergartenjahre, holt jetzt die Horte wieder an die Grundschulen zurück. Hamburg wird folgen, Nordrhein-Westfalen wird folgen. Aber möglicherweise nimmt man sich eher ein Beispiel an Baden-Württemberg. Da werden derzeit E2- und E3-Menschen eingestellt. Da wird auch nicht mehr von Fachkräften gesprochen, sondern nur noch von Kräften. Was die dann verdienen, das haben wir mal ausgerechnet, bei 50 Prozent liegt das unter dem Hartz-IV-Niveau. Das heißt also, große Verunsicherung ist da und sie wird von Ihnen ausgeblendet. Es ist einfach fahrlässig, diese Einheit der Grundschule

zukünftig zu zerschlagen. Sie, Herr Matschie, tragen die Verantwortung, dass die nicht kommunalisierten Modellprojekte nie eine faire Chance erhielten. Demzufolge ist auch die Evaluierung für mich nicht wissenschaftlich belegt. Sie gefährden die Bildung aus einem Guss. Sie sparen auf dem Rücken der Beschäftigten. Sie begraben damit die Thüringer Spezialität, die jetzt in Berlin und anderswo nacherfunden wird. Kehren Sie um, bevor es zu spät wird! Denn mit diesen Wunsch- und Wolkeforderungen, die überhaupt noch nicht untersetzt sind und beim Finanzminister auf dem Tisch liegen, können wir nichts anfangen, übrigens auch die Beschäftigten nicht. Deswegen besteht diese große Sorge. Wir sagen es noch einmal, DIE LINKE ist offensichtlich die einzige Partei in diesem Landtag, die die Kommunalisierung der Horte, so wie es hier vorgehabt wird, nicht will.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Metz zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Metz, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die heutige Debatte ist ja eine, die eine kleine Vorgeschichte hat. Im Jahr 2004 durch eine Regierungserklärung und im Jahr 2005 durch die ersten Vorlagen gab es, ich nenne es mal „gefährliche“ Pläne, den Hort und die Grundschule aus der Einheit zu lösen und die Einheit zu zerschlagen. Das ist durch eine breite gesellschaftliche Mehrheit in einem Bündnis verhindert worden und hat zu Folgendem geführt. Heute wird niemand mehr ungestraft sagen: Wir brauchen die Einheit von Grundschule und Hort nicht! Heute wird niemand mehr in irgendeiner Form auch nur den Sinn und die Sinnhaftigkeit von ganztägigem Lernen in der Grundschule bezweifeln, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Kommunen haben die Realitäten geschaffen. Sie sind - sicherlich damals vom Land angefüllt an vielen Punkten - in das Modellvorhaben, das dann entwickelt wurde, eingestiegen und haben damit Realitäten geschaffen. Der Kollege Kowalleck hat das sehr klar gesagt und das ist ja die Wahrheit; fast zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler befinden sich in kommunalisierten Projekten, das sind aktuell 21 Vertragspartner, 10 Landkreise, Städte, die selbst Schulträger sind.

In vielen Gesprächen mit Vereinen, Verbänden, Eltern und Schulen vor Ort, auch kommunal Verantwortlichen vor Ort gab es sicherlich, Frau Sojka, ein differenziertes Bild. Aber es gab einheitlich das Bild, es sind Verbesserungen bei uns vor Ort eingetreten. Dieser Realität müssen wir uns stellen. Es gibt zum einen Eltern, die Elternvertretung, Kreiselterntervertretung, wenn man mit diesen redet, die for-

(Abg. Metz)

dern das regelrecht ein. Sie fordern das regelrecht ein und sagen: Macht das! Wir haben als SPD-Fraktion daraufhin in Gesprächen mit Vereinen, Verbänden, Eltern, Schulen, Regionalkoordinatorinnen und Regionalkoordinatoren eines sehr klar gemacht: Mit uns wird es die Kommunalisierung nur mit klaren Bedingungen geben. Frau Sojka, Bedingungen heißen Bedingungen und sind keine Festlegungen am Ende, sondern es sind Bedingungen. Diese Bedingungen sehen ganz einfach aus:

1. An allererster Stelle dürfen die Beschäftigten des Landes nicht schlechtergestellt werden. Ja, wir haben eine Situation bei den Beschäftigten, auch bei den Landesbeschäftigten - und wenn man sich die Evaluation genauer anschaut und auch die Realität vor Ort gerade bei den Landesbeschäftigten -, die alles andere als befriedigend ist. Wir haben aber in den Kommunalmodellen bei den neu Angestellten - über 300 - auch Beschäftigte, die mit 70 Prozent arbeiten. Vorbildlich an dieser Stelle ist z.B. der Saale-Orla-Kreis. In vorbildlicher Art und Weise hat er diese Frage umgesetzt und auch für die Beschäftigten viel herausgeholt, also als Allererstes Bedingungen für die Beschäftigten. Die Ansprüche, die die Landesbeschäftigten haben, müssen 1 : 1 übernommen werden. Das ist die Diskussion, die wir führen werden. Da gibt es viele Detailfragen zu klären wie die Altersvorsorge, Ansprüche, die angesammelt wurden, Ortszuschläge. Das sind Punkte, bei denen wir als SPD knallhart draufschauen werden.

2. Die Einheit von Schule und Hort darf nicht verwässert werden. Da müssen wir über eine Fachaufsicht reden, das ist überhaupt keine Frage.

3. Wir brauchen, wenn wir über die Einheit von Grundschule und Hort diskutieren, eine klare Festlegung: Das Kita-Gesetz ist nachrangig und freie Träger dürfen nicht in die Landschaft der Horte eingreifen. Das ist ein ganz klarer Punkt, den wir definieren.

4. Die Kommunen müssen ausfinanziert werden. Es darf durch die Übertragung kein einziger Euro mehr für die Kommunen entstehen.

Das sind Bedingungen, die wir als SPD-Fraktion definieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bin sehr begeistert, muss ich sagen, wie wir kooperativ mit den Eltern sprechen, wie wir mit den Gewerkschaften über diese Frage sprechen. Wir werden Seite an Seite mit dem Bildungsminister auch gegenüber der Landesregierung diese Ansprüche formulieren und dann eine Entscheidung treffen, wie es weitergeht. Die positiven Entwicklungen, das sage ich ganz klar, bei den Modellprojekten haben uns überrascht. Wir haben eine stärkere Verankerung der Horte in den Sozialräumen, wir haben eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule - eine der wesentlichen Forderungen, die in Sachen kommunaler Bildungs-

landschaft eingefordert wird. Wir haben auch eine höhere Möglichkeit, flexibel beispielsweise auf Stoßzeiten zu reagieren, weil es keine zentralistische Steuerung gibt, sondern kommunal vor Ort Bildungspolitik betrieben wird. Wir nehmen diese positiven Entwicklungen zur Kenntnis, stellen Bedingungen. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Hitzing zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Kowalleck hat vorhin ausgeführt, dass alles, was mit den Horten passiert, natürlich auch die Erfolge, die zu verbuchen sind, wie er sie aus seiner Sicht dargestellt hat, viele Väter und Mütter hat, und ich möchte noch mal ausdrücklich sagen, vor allem Mütter. Denn in den Horten sind vorrangig Frauen beschäftigt, die Erzieherinnen sind vorrangig Frauen und dieser Beruf ist auch ein Beruf, der bei den Frauen am beliebtesten ist, ich weiß gar nicht, warum, Männer machen sich da sicherlich auch ganz gut, deshalb, Mütter sind hier an erster Stelle zu nennen.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Frauen!)

In der Frage der Kommunalisierung der Grundschulhorte darf man sich auf keinen Fall verhalten wie die Axt im Walde, weil das schon ein sehr sensibles Thema ist, und schon mal anzukündigen, dass auf jeden Fall die Verantwortung der Horte in die kommunale Trägerschaft übergehen wird, geht unseres Erachtens an der Realität vorbei.

(Beifall FDP)

Denn - das wissen wir, und das wissen Sie, Herr Minister, ganz besonders - es gibt bei diesem Modellprojekt sehr viele positive Beispiele und sehr viele positive Ergebnisse, aber eben auch negative. Das Modellprojekt läuft zum 31. Juli 2012 aus und nun haben wir - die Vorredner haben es schon erwähnt - sowohl positive als auch negative Rückmeldungen und das ist ein Dilemma. Die Lösung des Dilemmas sollte sein, eine Hortkommunalisierung muss auf freiwilliger Basis passieren.

(Beifall FDP)

Dort, wo man festgestellt hat, dass es eine gute Lösung ist, da soll man diese Hortkommunalisierung auch tatsächlich ausleben und durchleben und sie umsetzen und aus dem Modellprojekt heraus zu einer generellen Lösung werden lassen. Außerdem sollte man aber diejenigen, die sich aus ihrer Sicht

(Abg. Hitzing)

sicherlich aus guten Gründen dagegen entschieden haben, oder sagen, das funktioniert so nicht, nicht zwingen, weil wir dann glauben, sie werden zu ihrem Unglück gezwungen. Wenn man gezwungene Lösungen findet, dann ist wahrscheinlich die Identifikation mit dem Thema nicht so gegeben, als wenn man das selbstständig und aus eigener Überzeugung tut.

(Beifall FDP)

Als Beispiel möchte ich den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt nennen, Kollege Kowalleck, da ist das nicht so. Die Städte sind positiv, der Landkreis ist keinesfalls positiv eingestellt. Selbst der Bürgermeister der Stadt Saalfeld ist auch mit kritischen Worten nicht ganz zögerlich, wenn es um die Kommunalisierung geht. Ich bitte nur darum, dass man das auch bedenkt und nicht einfach wegwischt.

(Beifall FDP)

Das ist der Kern. Im Übrigen, der Kern überhaupt in dieser ganzen Diskussion muss das Wohl unserer Kinder sein und das ist auch die Problematik. Ein Hort, egal, ob kommunalisiert oder weiterhin in staatlicher Trägerschaft muss immer ein Ort der Bildung sein. Hier muss ein Bildungsauftrag erfüllt werden können, also Hausaufgaben machen, Nachbereiten mit den Kindern, vielleicht Unterrichtsstoff wiederholen und kreative Arbeitsgemeinschaften anbieten. Das bedeutet natürlich auch, das geht nur, wenn die Horte - ich sage es noch einmal - egal, ob kommunalisiert oder nicht, mit Personal bestückt sind, mit pädagogischem Fachpersonal, und nur dann wird ein Hort auch diesem Gesamtprojekt, nämlich Ganztagschule in der Grundschule gerecht werden.

(Beifall FDP)

Zum Schluss - ich habe noch genau 56 Sekunden - möchte ich ein paar Fragen an Sie richten, Herr Minister, oder Ihnen vielleicht mit auf den Weg geben, denn das ist ein ganzes Stück Sacharbeit, was da noch vor Ihnen liegt. Die Frage ist, wenn Grundschulen und Horte zwei verschiedene Träger haben, dann muss geklärt werden, wer eigentlich wem weisungsberechtigt ist - das muss vorher geklärt werden, Sie haben ja auch selbst schon Bedingungen formuliert - und wo wessen Kompetenz endet - Punkt 1. Punkt 2: Wer ist eigentlich Ansprechpartner bei Belangen der Kinder und Eltern? Mit wem reden die Eltern? Es darf nicht so sein, dass sich diese unterschiedlich agierenden Beteiligten dann den Schwarzen Peter zuschieben dürfen. Frage 3: Ist der Schulleiter eigentlich noch den Hortangestellten weisungsberechtigt - das ist eine sehr spannende Frage und meines Erachtens auch ganz dringend zu klären - und welche Leitlinien gelten für die pädagogische Betreuung im Hort nach einer Kommunalisierung? Also wird es dann so, dass jede Kommune ihr eigenes Konzept erstellt,

oder gibt es da doch immer noch grundlegende Festlegungen? Das sind Fragen, die ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

... in 52 Sekunden offensichtlich doch nicht zu stellen waren, Frau Hitzing.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Das sind Fragen, die noch nicht beantwortet wurden, aber jetzt sind es 29 Sekunden mehr. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch liebe Horterzieherinnen und Horterzieher, liebe Lehrerinnen und Lehrer, es ist ja schon ein sehr spannendes Thema und die Aufregung haben wir nicht nur über die Presse nachvollziehen können. Jede und jeder, der oder die Kinder hat, weiß auch, dass diese Diskussion an den Schulen schon seit langer Zeit läuft. Wir haben das Thema auch schon häufiger hier im Plenum aufgerufen und im Ausschuss immer wieder hören dürfen, dass das Modellprojekt erst am 31. Juli 2012 endet und bis dahin noch viel Zeit wäre. Ich habe jetzt verstanden, was die Pressekonferenz der Koalitionsfraktionen mit sich brachte. Auch unsere Fraktion hat sich heute dorthin bemüht. Hätte ich gewusst, dass Herr Kowalleck die Pressemitteilung, die dort ausgereicht wurde, hier noch einmal vorliest, hätten wir uns das sicher auch einfach hier noch einmal anhören können, aber wir haben verstanden, Sie wollen die flächendeckende Hortkommunalisierung. Ich will mich damit durchaus inhaltlich auseinandersetzen, denn genau darauf kommt es an, auf den Inhalt, der in Schule und Hort stattfindet. Ich möchte da einmal bei Frau Hitzing beginnen.

Wenn Frau Hitzing ausführt, dass im Hort nach der Schule z.B. die Hausaufgaben gemacht werden sollen oder noch einmal Stoff wiederholt werden soll oder aber auch die Schulleiter in gutem Kontakt mit den Erzieherinnen stehen sollen, dann ist das zwar nicht falsch, aber ist das nicht das Verständnis, was wir eigentlich haben, wenn wir von Ganztagschule reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Rothe-Beinlich)

Da Herr Kowalleck mich zitiert hat, dass ich in einer anderen Plenumsdebatte herausgestellt habe, dass unsere Grundschulen insofern tatsächlich Vorreiter und Vorreiterinnen sind, weil sie Ganztagschule leben, dann hat das eben nichts mit dem alten Verständnis gemein, zu sagen, vormittags ist Schule und danach ist dann der Hort und die einen machen das eine und die anderen machen das andere, sondern Ganztagschule lebt davon, dass rhythmisierter Unterricht stattfindet, dass die Erzieherinnen auch im Unterricht selbstverständlich mit aktiv sind, dass sie

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch über den Tag schon die Kinder begleiten. Da habe ich doch meine Bedenken, wie das Ganze organisiert werden soll. Ich sage nicht, dass ich oder meine Fraktion den Gedanken der Kommunalisierung per se verteufle oder für negativ halte, sondern die Frage ist, wie das Ganze organisiert wird und wie das Ganze mit Leben gefüllt wird. Wir hatten hier schon einmal die Diskussion, die hatten wir auch im Ausschuss: Es gibt Modellkommunen, die ihren jetzigen kommunalisierten Erzieherinnen sagen, mehr als 10 Prozent ihrer Arbeitszeit darf nicht im Unterricht stattfinden. Und wir wissen, dass ein Großteil der Erzieherinnen nur 50 Prozent, also halbe Stellen haben, manche aber auch vorbildhafte 60 oder 70 Prozent und da können wir schnell ausrechnen - auch das habe ich hier schon einmal ausgeführt -, wie wenig Zeit überhaupt für die Rhythmisierung dann überhaupt zur Verfügung steht und wie wenig die vorbildliche Einheit von Grundschule und Hort als tatsächliche Ganztagschule, als lebendige Ganztagschule dann auch Realität sein kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da habe ich noch keine Antwort gefunden, weder in Ihrer Pressekonferenz heute noch in Ihren Wortbeiträgen. Denn wenn wir dieses Ziel ernst meinen, dass wir eine Ganztagschule haben, in der Erzieherinnen und Lehrerinnen Hand in Hand arbeiten, dann sind wir immer dafür zu haben - auch gegebenenfalls in einer vielleicht etwas anders gearteten Zusammenarbeit als jetzt - an der einen oder anderen Schule, aber die Kompetenzen müssen schon tatsächlich klar geregelt sein. Da gebe ich Frau Hitzing recht, sie hat Fragen angemahnt wie: Wer ist eigentlich wem weisungsberechtigt? Wo finden eigentlich gemeinsame Dienstberatungen statt? Gibt es gemeinsame Vor- und Nachbereitungen? Wie ist das beispielsweise möglich, wenn es unterschiedliche Dienstherren oder auch überhaupt Dienstherrschaft gibt? All das muss geklärt sein und das finde ich sehr wichtige Fragen, die können wir auch nicht einfach so wegwischen.

Entscheidend ist - das ist vorhin auch schon gesagt worden - die Lehr- und Lernkultur an den Schulen und dass wir nicht etwas „aufs Spiel setzen“, was

uns bisher bundesweit an die Spitze gebracht hat. Wir erinnern uns alle an den Bericht der Enquete-Kommission über die Einheit von Schule und Hort. Da wissen wir, dass genau diese Einheit herausgehoben wurde und die Sorge haben auch die Eltern und Erzieherinnen sowie Lehrerinnen. Ich bin also in gewisser Weise dankbar, dass es heute diese Pressekonferenz mit angehängter Aktueller Stunde gab und gibt, weil es wenigstens etwas mehr Klarheit gibt, in welche Richtung es gehen soll, denn selbst das war in der letzten Zeit nicht immer unbedingt klar.

Wie jetzt das Ganze aber auch tatsächlich so organisiert wird, dass erstens die Erzieherinnen und Erzieher auch von ihrer Arbeit leben können und dass zweitens tatsächlich die Einheit von Grundschule und Hort nicht nur organisatorisch sichergestellt, sondern auch gelebt werden kann im inhaltlichen Bereich, da sind aus meiner Sicht noch sehr viele Fragen offen. Aber uns kommt es auf den Inhalt an. Wir wollen eine Weiterentwicklung der Kooperationsform, das ist überhaupt gar keine Frage, aber ich glaube, wir müssen da noch etliche Antworten finden, die auch befriedigend sind, um den Menschen tatsächlich zu zeigen, wo wir hinwollen, um tatsächlich im Sinne der Kinder und natürlich auch der Erzieherinnen und Lehrerinnen für eine gute Ganztagschule gerecht zu werden. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe jetzt keine Redemeldungen mehr aus den Reihen der Fraktionen. Ich nehme an, für die Landesregierung Minister Matschie. Bitte.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit dem beginnen, was uns eint in diesem Haus, nämlich dass wir gute Ganztagschule für unsere Schülerinnen und Schüler wollen. Das ist durchaus nicht selbstverständlich, weil es in der Vergangenheit auch Debatten darum gegeben hat, den Hort ganz von der Grundschule zu trennen. Inzwischen ist es so, dass parteiübergreifend klar ist, wir wollen die Einheit von Grundschule und Hort, und wir uns um die Frage streiten, wie organisieren wir das sinnvoll, in welchen Zuständigkeiten, mit welchen Inhalten und mit welchen Vorgaben? Aber wichtig ist, dass wir uns in der Zielrichtung einig sind, ein gutes Ganztagsangebot, was Schülerinnen und Schülern hilft, sich optimal zu entwickeln, und was Eltern die Sicherheit gibt, dass ihre Kinder in guten Händen sind, wenn sie einer Berufstätigkeit nachgehen.

(Minister Matschie)

Ich will an dieser Stelle auch noch einmal deutlich sagen, ja, ich habe am Anfang sehr kritisch gesehen, die Verantwortung für die Horte auf Kommunen zu übertragen, weil ich befürchtet habe, dass dann die Einheit von Grundschule und Hort nicht so gut funktioniert und diese Entwicklung möglicherweise auseinanderdriftet. Deshalb haben wir uns sehr genau angeschaut, was denn in dem Erprobungsmodell passiert ist. Hat sich diese Befürchtung bewahrheitet? Welche Ergebnisse gibt es aus dem Erprobungsmodell? Hier möchte ich auch darum bitten, Frau Sojka, dass man nicht versucht, so eine gesplante Taktik zu fahren bei der LINKEN, auf der einen Seite Vor-Ort-Entscheidungen für das Erprobungsmodell - siehe Erfurt beispielsweise - unter aktiver Beteiligung der LINKEN und auf der anderen Seite Front machen gegen die kommunale Verantwortung hier im Parlament. Das passt für mich nicht zusammen, das ist äußerst widersprüchlich.

(Beifall CDU, SPD)

Ich kann Sie nur bitten, sich vielleicht einmal mit Ihren Erfurter Kolleginnen und Kollegen zusammenzusetzen oder auch mal

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Erfurt ist hier, der kann das erklären, es ist kein Widerspruch.)

- ja, das geht dann auf dem kurzen Dienstweg vielleicht - mit den Elternvertretern der Grundschulen aus Erfurt zu reden. Ich habe die Kreiselterntreter zusammengehabt und die Erfurter Kreiselterntreter haben gesagt, wir haben sehr positive Erfahrungen,

(Beifall SPD)

bitte setzt dieses Modell in Thüringen allgemeingültig um, wir wollen, dass alle Eltern davon profitieren können. Das sind die Aussagen der Erfurter Elternvertreter dazu gewesen. Also meine Bitte, schauen Sie sich das auch noch mal an.

Neben diesen vielen Gesprächserfahrungen, die auch viele Abgeordnete hier im Haus haben, die vor Ort gewesen sind, gibt es zwei Evaluationsstudien, eine, die begleitend gemacht worden ist über den Zeitraum von Herrn Dr. Buhl von der FSU und eine aktuelle Studie des ThILLM. Beide Studien zeigen uns sehr positive Ergebnisse aus dem Erprobungsmodell. Deshalb ist meine Position heute, wenn wir positive Erfahrungen haben, wenn die Studien das zeigen, wenn die Elternvertreter uns das so sagen, wenn auch die beteiligten Pädagogen sagen, ja, es hat einen Entwicklungsimpuls gegeben, das Angebot ist besser geworden, die Vernetzung mit dem kommunalen Umfeld ist besser geworden, dann muss man auch vielleicht anfängliche Bedenken beiseitstellen und sagen, wenn das gut funktioniert, dann sollten wir dieses Modell auch

auf Thüringen insgesamt übertragen. Aber - und das gehört genauso klar dazu und da bin ich mir auch einig mit den beiden Koalitionsfraktionen - diese Übertragung hat natürlich Rahmenbedingungen, die eingehalten werden müssen, sonst funktioniert es nicht. Ich will sie noch mal nennen. Erste Rahmenbedingung ist natürlich, dass die pädagogische Einheit von Grundschule und Hort auch in Zukunft gewährleistet wird. Deshalb muss das Ganze unter der Fachaufsicht des Landes bleiben.

(Beifall SPD)

Das geht dann sinnvoll, wenn wir das im übertragenen Wirkungskreis der Kommunen haben. Da bin ich auch bei den Fragen, Frau Hitzing, die Sie zu Recht gestellt haben: Wie ist das dann mit dem Direktions- und Weisungsrecht? Natürlich muss die Schulleiterin oder der Schulleiter das Direktions- und Weisungsrecht in der Angelegenheit haben, da können wir keine unterschiedlichen Zuständigkeiten haben, sonst funktioniert die Einheit nicht. Die Frage nach den Inhalten - da will ich zumindest mal, bevor wir dann vielleicht später noch in die Detaildebatte gehen, den Rahmen nennen -, den Rahmen gibt der Bildungsplan von 1 bis 10 ab. Das ist der inhaltliche Rahmen, mit dem sich alle auseinandersetzen müssen.

Erste wichtige Bedingung: Einheit von Schule und Hort muss gewahrt bleiben, und zwar im Sinne einer offenen Ganztagschule, denn das ist das, was wir wollen. Es ist auch heute so, dass ein Anteil der Finanzierung, die für den Hort zur Verfügung steht, natürlich auch die Vormittagszeit der Erzieherinnen und Erzieher umfasst und ihren Einsatz da. Ohne diese Verzahnung - auch pädagogische Verzahnung - gehen wir am Ziel vorbei. Mein Ziel - und das wird hier unterstützt, habe ich gehört - ist jedenfalls die offene Ganztagschule, die gemeinsam vom Land und den Kommunen verantwortet wird.

Der zweite wichtige Punkt ist die Finanzierung. Hier gibt es auch klare Bitten sowohl des Landkreistages als auch des Gemeinde- und Städtebundes. Ich kann diese Bitten auch nachvollziehen. Die Kommunen sind in einer schwierigen finanziellen Situation und haben natürlich Sorge, dass sie zusätzliche finanzielle Lasten zugeschoben bekommen. Das müssen wir ausschließen. Wenn die Aufgabe auf die Kommunen übertragen wird, dann muss die Aufgabe dauerhaft und 1 : 1 und transparent vom Land finanziert werden. Dafür müssen wir jetzt ein Finanzierungsmodell gemeinsam mit dem Finanzministerium erarbeiten.

Die dritte Bedingung ist für mich, wir brauchen motiviertes Personal, Erzieherinnen und Erzieher, die ihre Arbeit auf einem sicheren Fundament machen können. Deshalb muss klar sein, dass es keine finanzielle Schlechterstellung für die Betroffenen gibt im Falle einer Übertragung in die kommunale Verantwortung.

(Minister Matschie)

(Beifall SPD)

Ich will noch etwas zu der Frage sagen: Können wir nicht einfach alles so lassen, wie es ist und jeder entscheidet sich freiwillig, was er macht? Ich glaube, wir sind jetzt nach drei Jahren Erprobungsmodell, nach Auswertung des Modells in einer Situation, in der sich inzwischen zwei Drittel aller Schulen im Modell befinden, an einem Punkt, bei dem wir sagen müssen, wie es grundsätzlich weitergeht. Das ist auch Aufgabe von Politik, nicht zu sagen, wir drücken uns vor der Entscheidung und jeder macht es, wie er es gern möchte, sondern wir entscheiden jetzt, wie es gemacht werden soll. Dazu werden jetzt noch umfangreiche Gespräche geführt. Wir haben alle Schulämter gebeten, Regionalkonferenzen zu diesem Thema zu machen, wo interessierte Eltern, Erzieherinnen/Erzieher, Pädagoginnen/Pädagogen eingeladen sind, über die Frage der zukünftigen Gestaltung zu reden. Ich selbst habe eine ganze Reihe von Gesprächen schon mit den Kreiselternsprechern, mit der Landeselterntvertretung, natürlich mit den Koalitionsfraktionen geführt. Wir haben Gespräche an Schulen vorgesehen, wo ich mir das vor Ort angeschaut habe und auch mit den Erzieherinnen und Erziehern und den Lehrerinnen und Lehrern gesprochen habe. Solche Gespräche werden auch in den kommenden Wochen fortgesetzt, damit die Detailfragen geklärt werden können auch unter Einbeziehung der Gewerkschaften, von Personalräten, was die ganze personalrechtliche Seite angeht, und dann müssen wir konkrete Regelungsvorschläge auf den Tisch legen. Es gibt eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen, die dazu geändert werden müssen. Nach den bisherigen Überlegungen werden wir wahrscheinlich einen Vorschlag machen, dass wir dann mit der Neuregelung mit dem neuen Haushaltsjahr 2013 starten, also das Erprobungsmodell noch einmal ein Stück verlängern, dann können wir eine saubere Lösung mit dem nächsten Haushalt auch hinbekommen und das Parlament hat ausreichend Zeit, diese nicht ganz einfache Materie auch zu beraten und hier am Ende zu entscheiden.

Ich möchte Sie einladen zu einem breiten gemeinsamen Dialog in dieser Frage. Ich sehe viel Übereinstimmung in der Grundausrichtung, nämlich ein gutes ganztägiges Angebot für unsere Kinder zu organisieren, das vielfältig ist, das gut im kommunalen Umfeld vernetzt ist und damit eine sichere Entwicklungsperspektive für Kinder und eine Sicherheit für die Eltern, was die Betreuung angeht, bietet und freue mich dann auf die weiteren gemeinsamen Debatten.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Sojka noch einmal zu Wort gemeldet.

4 Minuten und 19 Sekunden sind noch Redezeit.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Gut, dann kann ich ja argumentieren. Herr Minister, Sie haben recht, wir wollen alle eine gute Ganztagschule, die soll, wenn es geht, am Ende auch rhythmisiert sein, die soll inklusiv sein, das heißt, ich brauche auch genügend Erzieherstunden für sonderpädagogische Förderung am Nachmittag, denn es ist tatsächlich so, dass die Kinder mit sonderpädagogischer Förderung doch in der Freizeit nicht genauso sind wie andere Kinder. Das wird derzeit nicht beachtet. Die Rhythmisierung reicht nicht aus. Landräte, die gute Erfahrungen haben, wie im Saale-Orla-Kreis oder Jena, die sagen auch selbst, dass sie mehr Geld in das System hineingeben, als das was vom Ministerium gegeben wird, weil sie einfach Wert darauf legen, und das ist auch gut so. Demzufolge schließe ich mich, was auch nicht oft passiert, der Idee von Frau Hitzing an. Entfristen Sie das Modell und nicht nur für ein halbes Jahr, sondern generell und statten Sie die nicht-kommunalisierten Projekte genauso aus wie die kommunalisierten und dann ist tatsächlich ein fairer Wettbewerb möglich und man kann aber auch sichern, dass dort, wo Landräte eben nicht so den Blick auf das Wesentliche der Bildung haben, dass dann dort nichts anbrennt und nichts kaputtgeht. Das heißt, Sie sollten das Modell entfristen und gleichzeitig aber klare Bedingungen stellen, was sein darf und was nicht z. B. keine 50-Prozent-Verträge, keine schlechten Honorarverträge mit Hartz-IV-Empfängern, wie ich zum Beispiel hier einen Brief bekommen habe

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

von einer Kollegin, die sogar Pädagogin ist, die an den Hildburghäuser Schulen in dem Landkreis umherfährt und mit einem Aushilfsvertrag zwischen Schulverwaltungsamt und den Schulen Kinder in Umwelt, Kunst, Kultur, Geschichte und Handwerks-technikenbrauchtum bildet. Für 10 € muss sie sogar die Fahrkosten und das Material alles selbst bezahlen. Aber da sie Hartz-IV-Empfängerin ist, wird ihr alles gegengerechnet, alles wieder weggenommen. Sie haben diesen Brief selbst bekommen. Ich hoffe, er wird Ihnen auch vorgelegt und als Petition wird er auch erscheinen. Solche Dinge dürfen nicht passieren, weil das gefährdet Qualität auch in Zukunft und das ist das, was wir nicht wollen. Wenn Sie das sichern, dann haben auch die Kommunen nicht so unheimlich viel Geld übrig, solche Angebote zu machen, weil das, was sie jetzt bekommen, ist ja nur der Unterschied zwischen der E9, die bisher bezahlt worden ist, weil die Hortnerinnen natürlich ei-

(Abg. Sojka)

ne Lehrbefähigung hatten, mit Methodik und Didaktik gut ausgestattet waren. Das wünsche ich mir nach wie vor, dass Erzieherinnen mit dieser Breitbandausbildung modular das auch aufsetzen können und dann auch wieder eine E9 erhalten statt der E6 oder E5, wie die Kommunen derzeit einstellen. Dieser Differenzbetrag, das ist der, der dann ausgegeben wird für Springerstellen, für 50-Prozent-Stellen, für irgendwelche Honorarverträge und das nenne ich sparen auf Kosten der Beschäftigten und das darf zukünftig nicht sein.

(Beifall DIE LINKE)

Spätestens in 10 Jahren fehlen diese Kolleginnen, die jetzt noch diese umfangreiche Arbeit leisten, zu 80 Prozent auch früh im Unterricht eingesetzt werden können, wenn sie nicht gerade vom Bildungsamt Erfurt ein Schreiben an die Schulen geschickt bekommen, was sie alles nicht machen dürfen. Kommunalisieren Sie die Schulämter, denn die treten auf die Bremse. Lassen Sie endlich die tatsächliche eigenverantwortliche Schule zu, ermöglichen Sie einen fairen Wettbewerb zwischen den kommunalisierten Modellen und

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

den nicht kommunalisierten Modellen, geben tatsächlich dasselbe Geld in das System eigenverantwortliche Schule, gute Schule, Thüringer Schule, so dass es dann als Exportschlager bis nach Berlin und sonstwo in ganz Deutschland exportiert werden kann und dann sind wir uns wieder einig. Machen Sie jetzt nicht dieses Stückwerk, da geht was kaputt, lassen Sie auch die Kritiker zu Wort kommen, den Saalfelder Bürgermeister, die Zeulenrodaer und auch die Erzieherinnen, die sich nicht trauen, weil sie von Frau Schweinsburg einfach den Mund verboten kriegen. Das ist keine gute Politik, denn wenn man Kritiken nicht zulässt, kann man bestehende Systeme nicht weiterentwickeln und das wollen wir nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister noch einmal.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Kollegin Sojka, Sie können sicher sein, dass wir alle Stimmen in dieser Debatte nicht nur zulassen, sondern auch hören wollen. Natürlich wollen wir auch die schwierigen Erfahrungen hören, natürlich geht es auch um kritische Auseinandersetzungen mit der Hortentwicklung. Aber um eines bitte ich Sie: Wir sind uns doch in vielen Grundfragen so einig, dass wir die Detailfragen in Ruhe miteinander besprechen können, wie die geregelt werden, wie

konkrete Verträge oder Personalübergänge ausgestaltet werden, das ist doch keine Frage, die wir jetzt in den Vordergrund stellen müssen. Die Grundprinzipien habe ich deutlich gemacht, dauerhafte, transparente Eins-zu-Eins-Finanzierung an die Kommunen, keine finanzielle Schlechterstellung der Beschäftigten und Sicherung der pädagogischen Einheit von Hort und Schule. Dann lassen Sie uns über die Ausgestaltung dieser Grundprinzipien miteinander reden, damit wir das gut auf den Weg bringen. Aber nicht draußen das Signal geben, als wären wir hier völlig auseinander, sondern geben Sie den Eltern und auch den Beschäftigten das Stück Sicherheit, dass es eigentlich eine weitgehende politische Übereinstimmung gibt, dann werden wir auch in der Lage sein, die Einzelfragen zu lösen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und kann damit diesen Teil der Aktuellen Stunde schließen.

Ich rufe nun **den fünften und letzten Teil** auf

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Wirtschaftsstandort Thüringen stärken - Für eine bessere Kommunikation und Transparenz zwischen Landesregierung und Wirtschaft"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/3279 -

Zuerst hat das Wort der Abgeordnete Adams aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten 18 Monaten sind die Förderkriterien für die GRW-Richtlinie dreimal verändert worden. Das führt zu auffälligen Disharmonien zwischen Landesregierung und der Wirtschaft und den Wirtschaftsverbänden, die leider bisher nicht beendet werden konnten. Wir GRÜNEN glauben nun natürlich an den Streit, aber nur wenn er ein Ziel hat. Das Ziel des Streites, den die Landesregierung hier mit den Wirtschaftsverbänden führt, ist uns unklar und deshalb fragen wir in dieser Aktuellen Stunden hier nach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Frühjahr dieses Jahres wurden die Förderkriterien zum ersten Mal angepasst. Man wollte Zeitarbeit zurückdrängen, weil - und das ist natürlich auch ein richti-

(Abg. Adams)

ges Anliegen - es natürlich besser ist, wenn jeder Einzelne einen vollen Arbeitszeitplatz, einen festen Arbeitsplatz hat und nicht darum bangen muss, im nächsten Monat arbeitslos zu sein. Aber ganz richtig gab es hier Kritik aus der Wirtschaft, weil es nämlich vollkommen übertrieben ist, dieses Flexibilisierungsinstrument absolut zu diskreditieren. Ihre Argumentation gegenüber den Wirtschaftsverbänden war: Die Wirtschaftsverbände sind nicht die Wirtschaft, ich rede mit den einzelnen Wirtschaftsunternehmen und diese Wirtschaftsunternehmen bestätigen mich in meinem Kurs. Es wird Sommer, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Sie haben zu viele Anträge - löblich. Das ist ja ganz wunderbar, ein Indikator dafür, dass unsere Konjunktur boomt. Der Effekt: Die Wirtschaftsverbände kritisieren, dass sie ganz schnell einmal einführen, hier ein weiteres Kriterium einzubringen, nämlich die geschaffenen Arbeitsplätze. Ihre Antwort in Richtung Wirtschaftsverbände ist wieder, ihr seid nicht die Wirtschaft, die Wirtschaft sind die einzelnen Betriebe. Das ist schlechte Kommunikation, das ist vor allen Dingen schlechte Kommunikation vor dem Hintergrund, dass Sie zur gleichen Zeit Fördermittel ausgeben an ein Unternehmen, das null Arbeitsplätze schafft mit der Begründung, die sind so groß, die haben so viel schon geschaffen, es reicht hier das Kriterium, die Arbeitsplätze zu sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann man Wirtschaftspolitik nicht machen. Aber nicht jede Kommunikation in diesem Fall ist auch wirklich hilfreich. Die CDU-Fraktion legte in diesem Streit auch noch nach und bringt den Wirtschaftsminister unter zusätzlichen Druck. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man machen, aber wenn man hier mit Halbwahrheiten argumentiert, dann wird es schwer. Wir als Opposition freuen uns natürlich darüber, wenn die Koalitionsfraktionen sich so vortrefflich streiten und fast bei jedem Thema zeigen, zeigen wollen, dass es mit der Regierungsfähigkeit bei ihnen schwer ist. Aber auf dem Rücken der Mittelständler dies zu tun, da bekommen Sie von uns ein deutliches Zeichen, das wollen wir nicht und das dürfen Sie in Zukunft auch nicht tun. Es ist im Übrigen große Geldverschwendung, wenn das Wirtschaftsministerium mit einer millionenschweren Werbekampagne vor der Tagesschau wirbt und richtig darstellt, Thüringen ist groß, Thüringen reicht von Mühlhausen bis nach New York und hoch in die Luft. Das ist vollkommen okay. Aber wenn es zur gleichen Zeit in Thüringen einen kleinkarierten Schlagabtausch zwischen den Koalitionsfraktionen, dem Wirtschaftsministerium und den Wirtschaftsverbänden gibt, dann hat hier etwas nicht gefruchtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, stellen Sie sich vor, ein Unternehmer, ein Investor, der durch die wirklich gelungene - meiner Meinung

nach wirklich gelungene - Werbekampagne ange-lockt wird, liest dann in der Ostthüringer Wirtschaft, in der Zeitung der IHK Folgendes. Frau Präsidentin, ich zitiere: „Die Thüringer Investitionsförderung jedoch ist alles andere als verlässlich.“ Und einen Absatz weiter: „Es wird nicht mit gleichem Maß gemessen. Das Arbeitsplatzkriterium gilt nur für KMU, es gilt nicht bei großen Unternehmen und dann gibt es da noch die Einzelentscheidung durch den Wirtschaftsminister.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solcher Investor der das wahrnehmen muss, dreht um und sagt, das ist halt der typische Unterschied zwischen Werbung einerseits und andererseits dem wahren Inhalt des Produkts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik ist zu einem sehr großen Teil Psychologie. Wir haben den Eindruck, dass Sie das an dieser Stelle mehrfach in diesem Jahr übersehen haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

es gibt noch einen weiteren Punkt. Im Frühling dieses Jahres haben wir das Vergabegesetz diskutiert, kontrovers. Ein Ergebnis der parlamentarischen Debatte war doch, dass wir die Präqualifizierung hier mit in das Verfahren einbringen wollen. Derzeit arbeitet man daran, wie diese Präqualifizierung hier in Thüringen zertifiziert durchgeführt werden soll. Machen Sie das auch mit Einzelunternehmen? Nein, Sie gehen folgerichtig natürlich auf die Handwerkskammern und auf die IHKs zu. Ganz deutlich wird doch an der Stelle, Sie brauchen diese Verbände und wir können uns diesen Streit zwischen Verbänden und Wirtschaftsministerium im Sinne einer guten Wirtschaftspolitik für Thüringen nicht leisten. Das ist das Anliegen unserer Debatte hier. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Günther zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, als ich die Unterschrift unter dieser Aktuellen Stunde las, da musste ich die Brille abnehmen und mir die Augen reiben. Hatte die Landtagsverwaltung etwa den Absender mit der FDP verwechselt? Ich habe mich schon gewundert, dass die GRÜNEN hier als Lobbyisten für die Thüringer Wirtschaft auftreten, Herr Adams, welche eine Metamorphose.

(Beifall DIE LINKE)

Oder ist es doch nur Stimmungsmache oder wollten Sie hier als Spaltpilz in die Koalition reinwirken? Sie

(Abg. Günther)

haben es gezeigt, das war Ihr Ansatz, haben hier einen bunten Korb voller Äpfel und Birnen - noch nicht reif - präsentiert. Machen Sie sich keine Hoffnung, ich werde die jüngste Debatte um die Förderpolitik des Freistaats nicht weiter anheizen. Denn die Ausformung von Förderrichtlinien des TMWAT ist nur ein kleiner Baustein in der Gesamtrahmensetzung für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat. Ich werde darauf zurückkommen. Natürlich ist Subventionspolitik von politischen Mehrheiten und Stimmungen des Mainstreams abhängig, auch wenn der Gesetzgeber von Bund und EU enge Leitplanken vorgibt. Die politische Nuancierung von Richtlinien bleibt Ländersache und damit - Gott sei Dank oder leider - episodenhaft. Ich denke, die GRÜNEN wissen am besten, was ich damit meine, zum Beispiel in Sachen Überförderung von Maßnahmen Ihrer Couleur.

(Beifall FDP)

Was aber Gift unter anderem für jede unternehmerische Planung ist, sind tatsächlich Unstetigkeit, Sprunghaftigkeit und wechselnde Vorzeichen im Fördergeschäft. Bei dieser Bewertung der gegenwärtigen Situation bleibe ich. Ich denke, eine stabile Koalition hält das eben auch aus. Es wäre ja schlimm, wenn wir uns nur Wattebällchen zuwerfen würden. Die Unternehmen beklagen tatsächlich zurzeit Unstetigkeit mittlerweile viel mehr als mangelnde finanzielle Mittel. Im Gegenteil, viele Unternehmen haben mit Subventionen überhaupt nichts mehr am Hut, das ist auch gut so, weil sich glücklicherweise auch die Liquidität der Unternehmen deutlich verbessert hat.

Weil mir oft vorgeworfen wird, meine Damen und Herren, ich sei ein reiner Wirtschaftslobbyist - nein, ich verschließe nicht die Augen vor Mitnahmeeffekten und Dauersubventionären. An diese Adresse kann ich nur sagen, stellt euch um, ein Wunschkonzert um Fördermittel wird es nicht mehr geben, da wird kein Jammern oder Trommeln mehr helfen.

(Beifall CDU)

Aber man muss es auch klar sagen und darf nicht auf das nächste Jahr verweisen, das gehört auch dazu. Subventionen in den Wettbewerb sind und waren ein großes Privileg und dem Nachholbedarf Thüringens aus der unsäglichen Hinterlassenschaft vor 20 Jahren geschuldet. Seit 1990 sind zweistellige Euromilliardenbeträge vom Bund nach Thüringen geflossen. Das sind Steuermittel, eine Beliebigkeit in deren Verwendung darf es in Deutschland nicht geben.

Meine Damen und Herren, was aber das Zusammengehen von Politik und Wirtschaft und Transparenz angeht, was Sie hier offensichtlich anmahnen, aus meiner Sicht umfasst das mehr als nur diese Förderrichtlinie des Landes. Sie umfasst die Ge-

samtheit der Rahmenbedingungen und tangiert letztlich auch Entscheidungen von Gemeinderäten.

Seit 2003 analysiert eine Clearingstelle beim Wirtschaftsministerium, wo Reibungsverluste zwischen Wirtschaft und Verwaltungshandeln bestehen, und setzt Empfehlungen der Wirtschaft um. 2009 ist hierzu ein Umsetzungsbericht vorgelegt worden. Ich denke, das ist Wirtschaftspolitik vor Ort - an die Adresse der GRÜNEN an dieser Stelle -, restriktive und nutzlose Umweltstandards werden insbesondere dort angemahnt. Die IHK Erfurt führt dieses Projekt des wirtschaftsfreundlichen Verwaltungshandelns insbesondere im kommunalen Bereich im Übrigen fort. Minister Mächmig, Mächtigt - Entschuldigung, Herr Minister -; ich wollte sagen, Herr Minister Mächmig hat im Frühjahr in einer mächtigen Rede

(Heiterkeit im Hause)

seine Unterstützung zugesagt. Ich denke, das ist ganzheitliche Wirtschaftspolitik Hand in Hand mit den Akteuren vor Ort, denn dort spielt die Musik. Wenn Thüringen als investorenfreundlichste Region eingestuft wird, bleibt das hoffentlich auch so.

Meine herzliche Bitte an Sie, Herr Minister, nehmen Sie die Hinweise der Akteure der Thüringer Wirtschaft wirklich ernst und binden Sie diejenigen, die den Karren in diesem Land ziehen, hier im Lande ehrlich und offen mit ein; das auch, wenn diese mit manchen Entscheidungen nicht einverstanden sind und diese kritisch bewerten. Dann wird auch Wirtschaftspolitik weiter so gut funktionieren wie bisher im Freistaat Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Hausold zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gut, die Aktualität des Themas erschließt sich mir jetzt in einer Feststellung, mit SPD und CDU klemmt es schon ein bisschen an mancher Stelle. Aber mit Schwarz-Grün scheint es nun auch nicht zu funktionieren, nachdem ich meine Vorredner hier gehört habe, meine Damen und Herren. Aber Spaß beiseite an der Stelle.

(Beifall und Heiterkeit DIE LINKE)

Ich glaube schon, dass das Thema zwar eine Diskussion wert ist, aber dass wir uns auch ein ganzes Stück hier mit Sachen befassen und auf der Stelle treten, die nicht unbedingt sehr darauf gerichtet sind, Probleme zu lösen, wenn ich einmal das aktuelle aufnehme. Der Streit um die Richtlinien ist ja nicht aktuell, das muss ich mal eindeutig sagen,

(Abg. Hausold)

den führen wir schon relativ lange oder wir reden darüber, das und wie er geführt wird. Das ist nicht unbedingt mein Thema. Ich komme dann trotzdem noch einmal kurz darauf zurück. Aktuell ist zum Beispiel aus einer DIHT-Studie zu entnehmen, dass Unternehmen in der Bundesrepublik insgesamt, aber auch in Thüringen besonders darüber debattieren, dass Ihnen Ansprechpartner fehlen für die Fragen der öffentlichen Forschung und deren Förderung, dass hier die Prioritäten und Anforderungen an die Politik seitens der Wirtschaft nochmals herausgehoben werden, die da heißen: Zugang zu Förderprogrammen vereinfachen, Zugang zu Beteiligungskapital verbessern und - man höre und staune - Finanzmärkte regulieren, zwar mit Augenmaß regulieren, aber das sind politische Anforderungen, die in der aktuellen Debatte stehen. Ich glaube, für alle Beteiligten hier im Hause wie auch für die Landesregierung wird es darauf ankommen, sich mit diesen Fragen in Zukunft verstärkter auseinanderzusetzen.

Wenn wir bei den Problemen der Transparenz sind, will ich auch noch einmal sagen, da steht für mich nicht unbedingt die Frage dieser Richtliniendebatte. Wir hatten natürlich Diskussionen. Zum Beispiel hatten wir Diskussionen im Wirtschaftsausschuss über die Frage der Event-Arenen in Erfurt und in Jena. Wir haben damals etwas kontrovers mit den Vertretern der Landesregierung angemahnt, es müsse doch möglich sein, erst einmal die finanziellen Voraussetzungen an Ort und Stelle ein Stück weit zu prüfen. Da ist uns ganz deutlich gesagt worden, das ist alles gar nicht notwendig und nicht möglich. Jetzt habe ich aber den aktuellen Entwicklungen entnommen, dass man doch in diese Prüfung gehen muss. Das ist eigentlich selbstverständlich. An diesen Stellen wünschen wir uns manchmal von der Landesregierung und vom zuständigen Ministerium und Minister nicht nur die Verkündung von guten und attraktiven Vorschlägen, sondern eine etwas transparentere Debatte zu solchen Fragen. Davor sollten wir uns nicht fürchten.

(Beifall DIE LINKE)

Das will ich mal unter diesem Gesichtspunkt sagen. Zum Schluss komme ich dann noch einmal auf die Richtlinien. Da muss ich Ihnen sagen, das verstehe ich wirklich nicht, Kollege Adams, wenn Sie kritisieren, dass nur KMU betroffen sind und die größeren nicht, was diese Arbeitsplatzanforderungen betrifft. Da kann ich Ihnen ja folgen. Aber grundsätzlich muss ich hier für meine Fraktion sagen, dass Förderung endlich mit der Frage der Arbeitsplätze so deutlich verbunden wird, wie es jetzt der Fall ist, das haben wir jahrelang in diesem Parlament gefordert und wir sind darüber froh, dass es sich heute so darstellt und so ist, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Das sehen wir ja bei Opel.)

(Beifall DIE LINKE)

Was insbesondere die damit verbundene Frage der Leiharbeit betrifft, auch das war immer Gegenstand dieser Kontroversen, da muss ich sagen, ja, es ist dringend notwendig und es ist nicht nur in diesem Bereich notwendig. Wir sagen, das ist eigentlich bei allen Förderungen notwendig, dass wir uns an diese Sache politisch heranwagen und diese Fragen stellen. Ich sage noch ein konkretes Beispiel: Diese Fragen der Leiharbeit, verbunden mit schlechter Entlohnung sind eine zentrale Frage für die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens in den nächsten Jahren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen hier eine Umkehr. Ich habe kürzlich Gelegenheit gehabt, mit einem Menschen, der von Leiharbeit seit 1995 betroffen ist, zu sprechen. Er ist heute noch in solchen Leiharbeitsverhältnissen und hat seit dem einen Lohnzuwachs von 1,30 € auf etwas über 10 €. Er kann heute nicht mehr, was früher noch möglich war, jedes Wochenende zu seiner Familie nach Hause fahren - da sind wir bei einem anderen Thema -, weil natürlich die Steigerung von 1,30 € allein schon bei der Entwicklung der Spritpreise das für ihn verhindert, meine Damen und Herren. Deshalb müssen wir bei jeder Gelegenheit, die sich uns bietet, dazu kommen, dass wir diese Verhältnisse überwinden. Wenn das mit solchen Richtlinien beginnt, dann ist das aus unserer Sicht der richtige Weg, das will ich ganz deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Lemb das Wort.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kollege „Mächtig“, wie mein Kollege Günther eben gesagt hat, ich will Bezug nehmen auf den Kollegen Adams und sagen:

1. Ich habe gedacht, dass ist die Abschiedsrede als Abgeordneter, weil Sie sich jetzt als Kommunikationsberater verdingen wollen mit Blick auf die Frage dessen, was Sie hier der Landesregierung und dem Wirtschaftsminister unterstellen und letztendlich, glaube ich, auch an falschen Sachverhalten geschildert haben.

2. Das Thema ist in der Tat nicht geeignet für ein Thema einer Aktuellen Stunde. Wir haben gerade in der letzten Woche, wie Sie genau wissen, auch aufgrund Ihrer Fragestellungen im Wirtschaftsausschuss das Thema sehr ausführlich behandelt, sowohl was die Frage der GRW-Richtlinie mit Blick auf die Leiharbeit, also die April-Veränderung, als

(Abg. Lemb)

auch die Themen, die mit Blick auf die von Ihnen angesprochene Veränderung im Sommer betrifft, also was die Frage der Volumina und der Kriterien für die zur Verfügung stehenden Mittel betrifft. Insofern finde ich es schon etwas bedenklich, das heute - ein paar Tage später - wiederum ins Plenum einzubringen.

3. Sie müssen sich entscheiden. Wenn Sie hier ausdrücklich befürworten, dass Sie die Veränderungen der GRW-Richtlinie im Frühjahr mit Blick auf die Frage Leih- und Zeitarbeit zurückzudrängen, für richtig befinden, gleichzeitig aber hier definieren, dass Sie der Auffassung sind, dass mit dieser Veränderung der Richtlinie die Zeitarbeitsbranche diskreditiert wird, dann sage ich Ihnen, dann müssen Sie sich entscheiden, was Sie für den politisch richtigen Weg halten. Meine Fraktion steht klar hinter dieser Maßnahme und sagt auch eindeutig, dass wir der Zeitarbeitsbranche in Thüringen nicht den Kampf ansagen müssen, sondern dass Zeitarbeit in Thüringen geregelt werden muss.

Die Regelung der Zeitarbeit in Thüringen hat zwei Aspekte, nämlich zum einen die Frage der Entgeltstrukturen in der Leiharbeit, zum anderen aber auch die Frage des Quorums von Leiharbeit in den Unternehmen.

Zu dem, was der Kollege Hausold eben angesprochen hat: Ich weiß ja nicht, wie oft Sie mit Leiharbeiterinnen und Leiharbeitnehmern direkt diskutieren. Ich mache das öfter, gerade erst in der letzten Woche wieder. Da habe ich die Kollegen gefragt: Was werdet ihr an Entgelt haben in den Unternehmen? Ich schätze mal, so ca. 8,50 € bis 9,00 €. Da sind die vor Lachen nicht in den Schlaf gekommen, weil sie sagten, das erreichen wir bei Weitem nicht, unsere Entgelte liegen in diesem praktischen Beispiel bei 7,00 € bis 7,50 €.

Also, diese Maßnahme war eine richtige und auch eine überfällige Maßnahme. Insofern war es völlig richtig, dass das Wirtschaftsministerium hier gehandelt hat.

4. Was die Frage des Volumens der zur Verfügung stehenden Mittel betrifft, auch hier muss man sich entscheiden. Man kann natürlich als Landesregierung und als Wirtschaftsministerium sagen, wir stellen zwar sehenden Auges fest, dass das, was uns zur Verfügung steht, nicht ausreichen wird, um alle entsprechenden Anträge zu bedienen, wir handeln aber nicht und lassen das ganze Ding einfach vor den Baum laufen. Das wäre, glaube ich, ein völlig unverantwortliches Handeln. Deshalb ist auch hier völlig richtig, dass eingegriffen worden ist.

Zum Thema Opel - denn darum geht es ja bei den Großunternehmen, der Vertreter der fast 3-Prozent-Partei hat das ja eben auch mit einem Zwischenruf deutlich gemacht, der Kollege Kemmerich - auch da sage ich, man muss sich entscheiden. Wenn wir

sagen, wir lassen das im freien Standortwettbewerb und beeinflussen das nicht positiv für den Standort Thüringen, dann kann man das ja so tun. Wenn man aber will, dass wir mit einem zukunftsweisen Produkt, mit einem ökologisch zukunftsweisen Produkt den Standort Eisenach nicht nur halten, sondern ausbauen und aufwerten, dann, sage ich auch hier, ist es eine richtige Maßnahme. Deshalb, glaube ich, ist das hier auch der richtige Weg.

Zu dem Verhältnis der beiden Regierungsfractionen in dieser Frage kann ich mich nur dem Kollegen Günther anschließen. Es wird hier niemandem so einfach gelingen, den Spaltpilz in der Frage der Zielrichtung in der Weiterentwicklung der Thüringer Wirtschaftspolitik zwischen die beiden Regierungsfractionen zu treiben, auch Ihnen nicht, Herr Adams. Insofern ist diese Absicht durchschaubar, wird aber nicht gelingen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das Wort hat der Abgeordnete Kemmerich von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste, in der Tat haben wir im April dieses Jahres die bessere Kommunikation zwischen Landesregierung und Wirtschaft bereits angemahnt, hielten es damals für aktuell, aber merken, es bleibt aktuell und wird sicherlich auch wenig an Brisanz verlieren. Denn Fakt ist, der Leiter des Wirtschaftsministeriums macht, der Rest der Regierung lässt dies zu, schaut zu und Leidtragende sind die Akteure der Thüringer Wirtschaft.

(Beifall FDP)

Es war Gegenstand meiner Vorredner, in den Verfahren zur Bewilligung der GRW-Mittel sind die Anträge verschieden bewertet worden. Zuletzt war auch zu lesen, es handelt sich hier um das sogenannte Machnig-Lotto, interessante Ansicht.

Thema Zeitarbeit: Wer in derselben Ausschuss-Sitzung war wie ich letzte Woche, dort konnten wir vom Staatssekretär lernen, dass es eigentlich keine Relevanz hat, weil bei den Auswahlkriterien, die hier geändert worden sind, Zeitarbeit keine Rolle spielt. Dann bleibt letztlich die Frage, warum ist es denn gemacht worden?

(Beifall FDP)

Unwiderrspochen bleibt, dass Herr Wirtschaftsminister ein Plakat aufhängen wollte, er hat es ja auch populär gemacht in Frankfurt außerhalb von Thüringen, Zeitarbeit zu ächten, und hat damit in unseren Augen Schaden für die Thüringer Wirtschaft, für

(Abg. Kemmerich)

den Thüringer Standort verursacht. Da hilft auch eine aufkommende Koalition von LINKE und SPD nicht bei dem Thema Zeitarbeit. Wir halten es nach wie vor für schlecht. Wer heute Zeitung gelesen hat, unter den größten Unternehmen in Thüringen sind auch Anbieter der Zeitarbeitsbranche. Man muss erst mal konstatieren, alle diese Leute, die dort beschäftigt sind, haben einen Arbeitsplatz und sind nicht arbeitslos, sondern haben die Möglichkeit - und das ist auch erwiesen - über diese Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt fortzukommen. Jemand, der seit 1995 tatsächlich in der Zeitarbeit ist - und ich stehe gern für ein Gespräch zur Verfügung - und dort auch nicht rauskommt, vielleicht auch nicht rauskommen will, da, denke ich, versagen auch andere Mittel. Die deutschen Arbeitsmärkte sind zusehends transparent, zunehmend transparent und ausreichend transparent, dass man die Möglichkeiten hat, hier fortzukommen.

Schauen wir noch mal auf die GRW-Volumina, die da gewählt worden sind. Kommen wir zurück zu dem Thema Opel, vielleicht erinnert sich noch jemand an das Thema Nokia in Bochum. Sie sprechen hier von zukunftsweisenden Investitionen. Was macht denn ein amerikanischer Konzern, und darüber reden wir bei Opel, wenn die Förderperiode ausgelaufen ist? Er zieht vielleicht weiter. Jedem kleinen Thüringer Mittelständler wird zugemutet, nachzuweisen, dass er Arbeitsplätze schafft, dieses über Jahre nachzuweisen, ein irres bürokratisches Verhalten. Einer verlängerten amerikanischen Werkbank billigen wir 15 Mio. zu und dem Rest der Thüringer Wirtschaft stehen 20 Mio. zu, wo sich von 300 Antragstellern 70 herauskristallisieren und sich dann diese 20 Mio. teilen müssen.

(Beifall FDP)

Ist das gerecht? Ist das Thüringer Wirtschaftspolitik, die das Wirtschaftsrückgrat dieses Landes stärkt? In unseren Augen nicht, das ist zu einfach.

Über die Geldverschwendung des Ministeriums haben wir bereits mehrfach gesagt, es bleibt zu erwähnen. Die Werbekampagne war, Landesarbeitsmarktprogramm, 1.000-Dächer-Programm, etc. das ist alles Geld, was der Thüringer Wirtschaft bei dem nachhaltigen weiteren Aufbau, bei der Festigung seiner Wettbewerbsfähigkeit fehlt.

(Unruhe SPD)

Ich denke, hier sollte man ansetzen und nicht anderes verteufeln.

(Beifall FDP)

Kommen wir mal noch zurück zum Antragsteller. Es ist ja sehr bemerkenswert, dass Sie sich auch mit der Kompetenz der Wirtschaftsfreundlichkeit schmücken wollen. Es ist uns alles noch sehr gut im Gehörgang, was die GRÜNEN eigentlich zur Wirtschaft sagen: Wirtschaftswachstum ist was

Schlimmes, Wirtschaftswachstum ist ja Teufelszeug. Sie tun an vielen Stellen dazu alles, um es zu verhindern. Sie wollen weniger Autos auf den Straßen, aber Bahnhöfe bauen, um den steigenden Verkehr, um die steigende Fluktuation auf den Schienen zu befördern, wollen Sie nicht.

(Zwischenruf Abg. Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was lesen Sie eigentlich?)

Sie wollen weg, Sie wollen alternative Energien fördern,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen gute Mobilität.)

aber bei der Zulässigkeit, bei der Genehmigung von den entsprechenden Trassen und dem Umbau der Trassen verweigern Sie ihre Genehmigung. Sie wollen CO₂-Ausstoß reduzieren, aber Kohlenstoffspeicher lehnen Sie ab. Ihre Forderungen sind widersprüchlich und deshalb auch nicht ehrlich gemeint. Sie reihen sich ein in die Phalanx, die auch hier in Thüringen zurzeit regieren, die in erster Linie weiter bremsen, ausbremsen und wirtschaftliche Betätigungen des Thüringer Mittelstandes verhindern, der nichts weniger braucht als Einmischung. Der Thüringer Mittelstand braucht eines: Zuverlässigkeit, Nachvollziehbarkeit und eine ruhige Hand, um sich zu entfalten, um Investitionsbedingungen vorzufinden, die Thüringen attraktiv machen, halten und damit auch den Ausbau weiter zulassen. Wir haben in unserem Umfeld

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist geraume Zeit zu Ende.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

- letzter Satz - Regierungen, die sind geführt von Schwarz und Gelb in Sachsen und in Hessen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wollen nicht, dass man kurz vor Thüringen auf die Bremse tritt, in Hessen mal hält oder noch einmal kurz Gas gibt und nach Sachsen fährt. Wir wollen Investitionen, Wachstum. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Aus den Fraktionen habe ich jetzt keine weiteren Redemeldungen. Für die Landesregierung Herr Minister Machnig.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Sie können mich ruhig Mächnig nennen, das akzeptiere ich auch. Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde diese Debatte

(Minister Machnig)

bemerkenswert aus einem Grunde, sie findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem es der Thüringer Wirtschaft in den letzten 10 Jahren nie so gut ging wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Ja, das müssen Sie jetzt erst einmal ertragen, weil ich Ihnen einfach die Zahlen sage, denn ich kann Zahlen lesen. Wer die Zahlen lesen kann, wird Folgendes feststellen: Wir haben das höchste Investitionsvolumen in diesem Jahr seit mehr als 10 Jahren. Wenn man sich die letzten 20 Jahre anschaut und die ersten vier Jahre, wo es einen hohen Nachholbedarf - im Übrigen viele öffentliche Mittel - gab, gab es nur zwei Jahre, wo wir höhere Investitionen hatten, die lagen Ende der 90er-Jahre, im Vergleich zu der heutigen Situation. Seit 10 Jahren das höchste Investitionsvolumen, 1,1 Mrd. € werden dieses Jahr investiert. Im Übrigen, Herr Kemmerich, sollten Sie keine falschen Zahlen in die Umlaufbahn setzen. In diesem Jahr stelle ich über die GRW 200 Mio. € zur Verfügung, um 1,1 Mrd. € an Investitionen auszulösen. Das schafft und sichert Arbeitsplätze der Größenordnung von 13.000 Beschäftigten in diesem Jahr. In einer solchen Situation darüber zu reden, dass es angeblich ein Kommunikationsproblem gäbe zwischen Verbänden und mir, dies kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, sondern ich stelle fest, dass wir wirtschaftlich erfolgreich sind. Das können Sie im Übrigen auch daran ablesen, dass ein amerikanisches Wirtschaftsmagazin den Standort Thüringen zweimal, nämlich in den Jahren 2010 und 2011 zu dem besten Standort in ganz Europa erklärt hat. Das zeigt, wir haben attraktive Rahmenbedingungen, die müssten aber auch an ein paar Stellen angepasst werden.

Eines gehört dazu, dass wir auch vor dem Hintergrund begrenzter öffentlicher Mittel vor der Frage stehen, wie werden die Mittel eingesetzt. Jetzt will ich einmal für dieses Jahr feststellen, wie das eigentlich war. Ich habe von den 200 Mio. € Fördermitteln gesprochen. Im Übrigen habe ich in Absprache mit dem Kollegen Voß, weil ich gesehen habe, dass es aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung einen höheren Bedarf im Rahmen der Haushaltsberatung gibt, mich darauf verständigt, 40 Mio. € aus der GRW vorzuziehen. Das heißt, sonst hätten in diesem Jahr nur 160 Mio. € zur Verfügung gestanden, jetzt stehen 200 Mio. € zur Verfügung. Dann passiert etwas, was immer passiert; sie bekommen viele Anträge, was zunächst einmal ein gutes Zeichen ist, weil die konjunkturelle Entwicklung gut ist.

Jetzt stand ich in der Endphase vor folgender Aufgabe: Ich hatte 339 Anträge vorliegen mit einem Gesamtinvestitionsbedarf und Gesamtzuschussbedarf von über 300 Mio. € und ich hatte noch zur Verfügung 20 Mio. €. Das Ergebnis war, jetzt haben Sie zu entscheiden als Minister, nach welchen Kriterien sie dann diese Mittel vergeben. Da haben sie zwei Möglichkeiten, sie machen das nach dem

Prinzip Windhund, das heißt, derjenige, der zuerst seine Förderanträge vorlegt, der bekommt den Zuschlag, oder ich kopple es an Konditionen und Kriterien. Dabei haben wir zwei Kriterien zugrunde gelegt - Wachstum und Beschäftigung und Beschäftigungsaufbau. Ich weiß im Übrigen nicht, welche anderen Kriterien ich zugrunde legen soll. Im Übrigen diejenigen, die sich dort öffentlich geäußert haben, haben überhaupt keinen Vorschlag gemacht, nach welchen Kriterien sie denn vergeben hätten. Ich kann auf jeden Fall eines nicht machen, öffentliche Mittel nach dem Zufallsprinzip einsetzen, wer gerade zufällig den Antrag als Allererster abgegeben hat, sondern ich habe die Aufgabe, ich habe sogar die Pflicht, nach bestimmten Kriterien zu entscheiden; das habe ich getan. Und das führt zu einem, dass natürlich nicht alle Anträge bedient werden können. Das ist so. Ich sage auch schon voraus, das wird im nächsten Jahr auch so sein. Wenn sich die Antragsentwicklung in der Richtung fortsetzt, wie wir das gegenwärtig absehen können, werden wir auch wieder einige Hundert Anträge mit einem Zuschussbedarf von über 300 Mio. € haben. Das würde Investitionen in der Größenordnung von 1,5 Mrd. € auslösen. Das zeigt, auch im nächsten Jahr werden wir dazu nicht in der Lage sein, weil nicht genügend öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, und die werden in den nächsten Jahren rückläufig sein. Das heißt, wir werden ohnehin weiter vor der Frage stehen, wie wir kriterienorientiert dann diese Mittel einsetzen. Dann höre ich immer: Ja, jetzt habe ich die Mittel, sozusagen habe ich im laufenden Verfahren die Kriterien geändert. Das zeigt, dass man von der Sache relativ wenig versteht, weil es kein Halten bei Förderpolitik gibt. Förderpolitik findet beständig statt, sie wird nicht unterbrochen und sie haben nur in den laufenden Verfahren dann die Möglichkeit, das entsprechend anzupassen. Das habe ich getan nach den Kriterien, die ich im Übrigen genannt habe.

Jetzt will ich eines sagen, wenn man genauer hinschaut und zum Beispiel auf die Ansiedlungserfolge allein der letzten sechs Wochen schaut. Ich kann schon mal eines versprechen, es werden weitere große Ansiedlungserfolge für Thüringen kommen. Namen wie BOSCH - BOSCH baut ein Kompetenzzentrum hier in Thüringen zum Bereich Batterietechnik auf. Wir haben Investitionen von Daimler in neue Motorentechnik. Wir haben Investitionen von MEDIA und Redcoon, also dem Mediamarkt, der seine ganzen Internetaktivitäten nach Thüringen verlegt, die gesamte Logistik deutschland- und europaweit nach Thüringen verlagert. Wer dann noch sagt, Thüringen habe ein Problem oder Thüringen sei ein gefährdeter Standort, der irrt sehr. Wir haben uns in dem Verfahren im Übrigen gegen Sachsen, gegen Hessen - zwei schwarz-gelb regierte Landesregierungen -, auch gegen mein Heimatland Nordrhein-Westfalen durchgesetzt, etwa in der Auseinandersetzung um Mediamarkt. Das

(Minister Machnig)

zeigt, dass unsere Investitionsbedingungen interessant und gut sind.

Und jetzt ein Satz, weil mich das besonders ärgert, zum Thema Opel: Erstens, ich kann mich an die Debatte hier noch gut erinnern. Es gab, als Opel in der Krise war, bis auf die FDP einen fraktionsübergreifenden Konsens, den haben wir sogar hier im Landtag verabschiedet -

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dass wir sie retten wollen.)

dass wir sie retten wollen und dass wir helfen wollen.

Und jetzt sprechen wir mal über die Wirklichkeit. Im Übrigen, wer Opel als verlängerte Werkbank von GM bezeichnet, hat auch keine Ahnung, wie die Unternehmensstruktur aufgebaut ist. Opel ist eine eigenständige Marke, die auch gerade wieder Tritt fasst. Jetzt ging es um die Frage, wie können wir eigentlich den Standort mittelfristig sichern? Dazu gab es eine ganz einfache Antwort. Wir können ihn nur sichern, wenn wir neben dem Corsa, das ist heute die einzige Produktionslinie, die wir heute im Werk in Eisenach haben, eine zweite Investitionslinie aufbauen. Die zweite Investitionslinie heißt, es wird ein neues Fahrzeug kommen, Arbeitstitel bei Opel „Junior“. Für diese neue Produktionslinie müssen neue Kapazitäten geschaffen werden in Form von Hallen und es müssen neue Produktionslinien aufgebaut werden. Dazu gibt es ein Gesamtinvestitionsvolumen von 190 Mio. € und davon schieße ich über die entsprechenden Instrumente in meinem Haus 15 Mio. € zu. Von den 190 Mio. € im Übrigen verbleiben ca. 140 Mio. € in Thüringen, etwa in Form von Baumaßnahmen und anderen Maßnahmen. Das heißt, auch das ist ein Förderprogramm etwa für kleine und mittelständische Baubetriebe und Ähnliches. Das ist auch ein Beitrag dazu, dass etwa in der Region Eisenach auch das Handwerk und andere Betriebe zum Zuge kommen. Das heißt, die Alternative, das muss man auch offen sagen, wer das nicht will, hätte den Standort Eisenach gefährdet. Mit dieser Maßnahme, das muss ich jetzt auch mal sagen, hätte man eines getan, wenn ich sie nicht gemacht hätte, wären 350 Arbeitsplätze abgebaut worden. Das wäre nämlich die Konsequenz gewesen, wenn es nicht ein zweites Produkt neben dem Corsa gegeben hätte.

Deswegen komme ich zu dem Schluss, auch dort war das eine richtige Entscheidung, zu der ich stehe, die ich regional und strukturpolitisch für absolut notwendig halte.

Ein Wort zum Thema Bewilligungsbescheid: Wissen Sie, was mein größtes Problem ist? Das will ich Ihnen deutlich sagen. Dass wir Bewilligungen an kleine und mittelständische Unternehmen aussprechen und wir nicht immer wissen, ob sie die überhaupt in diesem Jahr in Anspruch nehmen und wir

dann vor dem Problem stehen, dass wir Reste aufbauen, wenn die Mittel nicht zurückgegeben werden. Ich werde mit den IHKS sprechen. Das wäre zum Beispiel eine wunderbare Aufgabe für die IHKS, mit ihren Mitgliedsverbänden oder mit ihren Mitgliedsunternehmen darüber zu sprechen, dass dann, wenn ein Unternehmen nicht absehen kann, ob es die Mittel in Anspruch nimmt, sie zurückgibt, weil die an das Wirtschaftsministerium zurückfließen und ich dann andere Unternehmen, deren Anträge ich im Moment nicht bedienen kann, darüber bedienen könnte. Das wird mein Appell sein an die IHKS, denjenigen zu sagen, wenn ihr es in diesem Jahr nicht könnt, bleibt nicht auf den Bewilligungsbescheiden sitzen, gebt sie zurück, damit wir freies Geld bekommen, um noch mehr Unternehmen in diesem Jahr die Chance zu geben, bestimmte Investitionsprojekte auf den Weg zu bringen.

Jetzt nur ein ganz kleiner Satz zum Thema Leiharbeit, ich will das gar nicht vertiefen. Wer mir jetzt genau zuhört, der wird Folgendes von mir immer hören. Natürlich brauchen wir eine atmende Arbeitszeitpolitik. Natürlich brauchen wir Instrumente, die Unternehmensspitzen abdecken, das ist doch unbestreitbar. Ich bin auch dafür, dass man diese Instrumente einsetzt. Allerdings nach einer kurzen Zeit muss dann eines gelten, Equal Pay und Equal Treatment.

(Beifall CDU, SPD)

Es muss als Drittes gelten, dass jemand ein Geschäftsmodell hat, das langfristig auch ohne übermäßige Quoten von Leiharbeit auskommt. Das haben wir getan, nichts anderes haben wir getan. Das halte ich für notwendig, weil Thüringen - das muss man mal zur Kenntnis nehmen - die höchste Leiharbeitsquote bundesweit hat - die höchste, mit weitem Abstand. Bundesweit haben wir einen Durchschnitt von 2,7 Prozent, wir liegen bei 4 Prozent, Tendenz steigend. Da muss ich eines sagen: Als verantwortlicher Wirtschafts- und Arbeitsminister kann ich daran nicht vorbeischauchen. Mehr habe ich nicht getan. Ich glaube nicht - und das hat mein Staatssekretär gemeint -, dass das keine Rolle spielt, sondern dass die Zahl der Fälle, die dann sagen, na gut, wir kommen jetzt in die Forderung, die ist relativ klein, weil es zwei Bewegungen gibt. Die eine sagt, wir wollen dann keine Förderung, dann sage ich, na gut, dann ist das so. Andere versuchen unter bestimmte Quoten zu kommen, um dann wieder auch in den Genuss von Förderung zu kommen. Das zeigt doch, das Instrument wirkt, weil das genau, Herr Bergemann, stattfinden soll. Es soll genau stattfinden, dass die sagen, wir bauen bessere Beschäftigungsverhältnisse auf. Wenn nicht in gut konjunkturellen Zeiten, wann will man das eigentlich tun? Nur ein kleiner Hinweis: Wer die aktuellen Konjunkturdaten liest für das nächste Jahr, wird eines feststellen, die Zeiten von 3 Prozent Wirtschaftswachstum sind vorbei. Heute wird das DIW

(Minister Machnig)

um die 1 Prozent für das nächste Jahr veröffentlichen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat für das nächste Jahr 0,8 Prozent prognostiziert. Das heißt, wir kommen - ich hoffe, dass das nicht so stattfindet - in eine konjunkturell andere Situation. Darauf sollten wir uns einstellen.

Jetzt noch mal ein kurzer Satz, Herr Adams, auch das muss dann mal klargestellt werden. Wenn ein Unternehmen im Rahmen dieses Verfahrens jetzt nicht berücksichtigt werden kann, gibt es für dieses vier Möglichkeiten, wie es darauf reagiert. Entweder - und ich bin da dankbar -, der Kollege Günther - mir fällt jetzt keine englische Übersetzung ein, lieber Herr Günther, Ihres Namens, aber ich arbeite daran - hat darauf hingewiesen, wir kommen in eine Situation - das ist auch gut so -, dass es immer mehr Unternehmen gibt, die auch aus eigener Kraft Investitionen auf den Weg bringen, weil es nicht der Dauerzustand sein darf, dass nur noch investiert wird, wenn entsprechende öffentliche Subventionen kommen. Aber für diejenigen, die trotzdem Unterstützung brauchen, haben wir drei Möglichkeiten.

Erstens - ich habe davon gesprochen - wird es Rückflüsse geben im Laufe des Jahres. Diese Rückflüsse von Unternehmen, die ihre Bewilligungsbescheide nicht in Kauf nehmen, daraus werden wir neue Anträge dann auch an KMUs bewilligen, die dann hoffentlich investieren.

Zweitens: Diejenigen, die nicht warten können, können auf Instrumente der Thüringer Aufbaubank zurückgreifen, dafür haben wir sie geschaffen. Wir haben zum Beispiel das Zinsverbilligungsdarlehen GuW Plus, darauf kann er zurückgreifen. Wir haben Thüringen-Dynamik. Das heißt, wir haben andere Finanzierungsinstrumente, die nicht so lukrativ sind - das gestehe ich zu - wie eine öffentliche Förderung.

Das Dritte ist, es wird im nächsten Jahr wieder neue Mittel geben. Das sind die drei Wege, allerdings muss sich auch darauf jeder einstellen: Nicht jeder wird im nächsten Jahr bedient werden können. Es wird so sein, weil die Mittel dazu nicht ausreichen. Von daher sage ich ganz klar, wir werden den Weg weitergehen.

Zum Schluss, lieber Herr Kemmerich, das kann ich mir dann doch nicht ersparen: Wer eine solche desolate Vorstellung auf der Bundesebene abgibt und mir dann erzählen will, er würde was verstehen vom guten Regieren, dem muss ich nun deutlich sagen, Sie müssen regieren lernen.

(Beifall DIE LINKE)

Mir tut die CDU, mein Koalitionspartner, das sage ich hier im Lande, auf der Bundesebene leid und wenn Sie da hingehen, reden Sie mal mit denen.

(Beifall SPD)

Reden Sie mal mit CDU-Abgeordneten, ich bin da häufig im Gespräch, die haben gesagt, in einer solchen Koalition waren wir noch nie und die sind verzweifelt,

(Heiterkeit DIE LINKE)

die sind verzweifelt über eine Partei, die völlig orientierungslos ist, die zu einem Wettbewerbsstandort oder zu einem Standortproblem für Deutschland geworden ist, weil ein Wirtschaftsminister und ein Außenminister, die sich hinstellen in dieser Eurokrise und öffentlich über das Aus von Griechenland und Ähnliches debattieren. Selbst Ihr Ehrenvorsitzender ist ja entsetzt. Lesen Sie mal die Beiträge von Herrn Genscher dazu, wo er Sie warnt, solche Wege und solche Debatten zu führen. Von denen lasse ich mir nicht sagen, wie man gut regiert. In Thüringen wird sich das Problem nicht stellen. Da werden Sie in den nächsten 20 Jahren nicht an der Regierung beteiligt sein. Von daher nehme ich dann solche Sätze zur Kenntnis. Aber um eines bitte ich dann doch, wenn man schon eine Debatte führt, sollte man wenigstens so vorbereitet sein, dass man die richtigen Zahlen nennt und nicht falsche Zahlen in die Umlaufbahn setzt.

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. Ich stelle fest, Thüringen hat ein gutes Jahr. Ich hoffe, dass das nächste Jahr auch gut wird, weil wir weiterhin Unternehmen nach Thüringen holen müssen, wir müssen weiterhin Beschäftigungsaufbau leisten und wir müssen eines leisten, dass wir noch mehr gute Arbeit aufbauen für Leute, die davon auch leben können.

(Beifall CDU, SPD)

Das Zweite ist: Wir müssen unsere Anstrengungen im Bereich der Förderpolitik noch stärker konzentrieren auf Sektoren, von denen wir wissen, dass dort die zukünftige Wertschöpfung stattfindet, zum Beispiel im Bereich von nachhaltiger Mobilität, etwa im Bereich von Optik und Optoelektronik, etwa im Bereich von Maschinenbau, aber auch in klassischen Bereichen, für die Thüringen steht, etwa in der Ernährungswirtschaft, ein großes Potenzial, das wir in den nächsten Jahren noch heben müssen.

Drittens: Wir müssen eines leisten, das Zusammenspiel von Unternehmen, Wissenschaft, forschungsnahen Einrichtungen und allen, auch aufseiten der Landesregierung, das muss noch intensiviert werden, um in die richtigen Zukunftsfelder zu investieren.

Last, but not least: Wir müssen auch bereit sein, das ist für mich das Allerwichtigste, in den nächsten Jahren in die Qualifizierung von Menschen zu investieren, weil unser größtes Problem in den nächsten Jahren sein wird, ob wir noch genügend Fachkräfte zur Verfügung haben, die die Expansion und Ansiedlung von Unternehmen überhaupt noch auffangen können, weil das Wichtigste ist, was mich

(Minister Machnig)

Investoren heute fragen: Habt ihr noch genügend Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt, damit wir sie qualifizieren können für unsere Erweiterung oder für unsere Neuansiedlung? Das ist eine Schlüsselaufgabe. Wenn wir die nicht bewältigen, werden wir nicht wachsen können und darauf sollten wir uns auch in den nächsten Jahren über arbeitsmarktpolitische und sonstige Instrumente konzentrieren.

Last, but not least: Die Koalition, Herr Günther, ist sich einig, auch in den wirtschaftspolitischen Fragen und man wird sich einig bleiben. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Durch die Redezeit des Ministers ergibt sich eine zusätzliche Redezeit von 8 Minuten. 3,9 blieben aus der vorherigen Zeit übrig. An Redemeldungen habe ich, deswegen sage ich das so an, als Ersten den Herrn Adams, dann hat sich der Herr Ramelow gemeldet, dann der Herr Barth und dann der Herr Günther. Natürlich hat jeder das Recht, 5 Minuten zu sprechen, aber Sie können ja in männlicher Solidarität untereinander sich diese 10 Minuten und 9 Sekunden teilen. Als Erster hat Herr Adams das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann wollen wir mal ganz männlich solidarisch sein an dieser Stelle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lemb, Ihnen erst einmal vielen Dank dafür, dass Sie noch einmal deutlich gemacht haben, dass dieses Thema nicht einfach nur eine Aktuelle Stunde für uns ist, sondern dass wir uns damit auch im Wirtschaftsausschuss auseinandergesetzt haben. Es war für mich gerade das Anliegen, festzustellen, inwiefern die erneuten Kriterien der Landesregierung wirklich ein Einwirken im Verfahren, so wie es die CDU in der Öffentlichkeit dargestellt hatte, war. Wir sind uns einig geworden, dass es so nicht war. Das war mir wichtig, noch einmal deutlich zu machen. Deshalb auch meine Kritik, dass Sie sich da an der Stelle im Sinne der Wirtschaft besser abstimmen sollten. Warum ich das hier ins Plenum trage? Das hatten Sie beide als Fraktionen bei der Änderung der Geschäftsordnung in der Hand gehabt, hätten wir dort nämlich öffentlich darüber diskutieren können, dann hätte man das heute nicht noch einmal in einer Aktuellen Stunde deutlich machen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Nichtöffentlichkeit des Wirtschaftsausschusses zwingt uns geradezu, die Aktuelle Stunde zu suchen.

Herr Hausold, Sie hatten gesagt, ich müsse mich mal entscheiden, was der politisch richtige Weg ist. Meiner Meinung nach ist der politisch richtige Weg niemals schwarz, aber auch nicht weiß. Er ist nämlich in der Mitte zu suchen, er ist in der Diskussion zu suchen und in der Kommunikation. Das ist das, was ich eingefordert habe. Hier brüsk abzuwehren und zu sagen, denen höre ich gar nicht zu, denn die sind gar nicht die Wirtschaft,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das stimmt doch gar nicht.)

das haben Sie mehrfach gesagt, Herr Machnig, zumindest konnte ich es mehrfach lesen. Man muss sich in einer Mediengesellschaft darüber im Klaren sein, wie es wirkt, wenn ein Minister einmal etwas sagt. Wir versuchen deutlich zu machen, dass das kein guter Weg für Thüringen ist. An der einen Stelle sage ich nur, wenn Sie heute sagen, das wäre eine tolle Sache, die wir mit den IHKs mal besprechen, wie wir das mit den Fördermitteln für KMU machen, dass die rechtzeitig melden, wenn sie es nicht mehr schaffen in dem Jahr oder in der Förderperiode abzurufen. Überlegen Sie doch mal ganz selbstkritisch, wie das mit so einem KMU ist, wenn die im Januar bei Ihnen einen Antrag stellen. Da haben die ja nicht im Februar sofort einen Bescheid und im März sofort den Handwerker vor Ort oder die Bauleistung, die sie abrufen können, um rechtzeitig zu erkennen, dass sie nicht die vollen Leistungen abrufen können. Da müssen Sie sich noch einmal ganz ehrlich klar darüber werden, wie das läuft. Die brauchen auch die Luft, um ihre - wenn sie die Fördermittel dann zugesagt bekommen haben - Maßnahmen umsetzen zu können. Da müssen wir - auch wenn das rhetorisch natürlich gut kommt - mal ganz realistisch sein.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Sie kennen die Förderbedingungen des Bundes nicht, Herr Adams.)

Ich kenne die ganz gut, zumindest hinreichend gut, um mit Ihnen in die Diskussion dazu zu treten, Herr Minister.

Eines will ich abschließend sagen: Wenn Sie sagen, Sie wüssten nichts von einem Kommunikationsproblem mit den IHKs, dann kann das wirklich nur daran liegen, dass Sie schon lange nicht mehr mit denen gesprochen haben, davon bin ich überzeugt. Vielen Dank.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist falsch.)

(Abg. Adams)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Redezeit von Herrn Adams betrug drei Minuten, wir haben also jetzt noch 8 von 9 übrig. Herr Abgeordneter Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde heißt „Wirtschaftsstandort Thüringen stärken - für eine bessere Kommunikation und Transparenz zwischen Landesregierung und Wirtschaft“. Wir haben jetzt gehört von Herrn Adams, dass es ihm um die IHKs geht und er Sorgen hat, dass der Herr Minister mit den IHKs nicht ausreichend redet. Ich habe da weniger Sorgen, denn allzu weit ist es ja nicht und die Vertreter der IHKs kann man, glaube ich, auch überall treffen. Das scheint mir nicht generell das Problem zu sein. Aber interessant ist es, die Frage der Transparenz und Kommunikation mal von der anderen Seite zu betrachten. Auch da meine ich, werte Kolleginnen und Kollegen - deswegen habe ich mich gemeldet, um das ganz bewusst hier vorne zu sagen -, dass auch das Verkammerungssystem auf den Prüfstand gehört. Ich glaube, dass man sich anschauen muss, ob das, was wir an Veränderungsprozessen für das ganze Land Thüringen fordern, Stichwort Verwaltungsreform, nicht auch Orientierung sein müsste für die Institutionen der Wirtschaft, und zwar für die institutionellen Formen der Wirtschaft, für die wir als Gesetzgeber zuständig sind, nicht für den Inhalt, denn dafür ist die Wirtschaft selber zuständig. Aber die Frage, einmal gründlich zu diskutieren, ob wir nicht eine Kammer der Wirtschaft bräuchten, und zwar eine, die nicht nur unterteilt zwischen Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer und den unterschiedlichen ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit denen muss man trotzdem reden.)

Natürlich, selbstverständlich, deswegen habe ich mich ja jetzt hier nach vorne bewegt, um das einmal hier auch anzusprechen, dass es kein Sakrileg ist, zu sagen, auch die Kammern sollten sich in einem veränderten Bundesland Thüringen verändern. Und ein Veränderungsprozess sollte angestoßen werden im gemeinsamen Dialog. Aber die Vorstellung, dass wir eine Kammer der Wirtschaft hätten, in der sämtliche Regionalkammern verbunden auch integriert werden und wir eine zweite Kammer der Arbeit hätten - also das Stichwort Bremen und Saarland kann man sich mal ansehen. Wenn man sich überlegt, welche Teilaufgaben könnte dann eine Kammer der Arbeit übernehmen, um tatsächlich Fragen der Allgemeinverbindlichkeit, Fragen der Lohnentwicklung, also nicht anstelle der Tarifpartner, aber anstelle des Notariats, denn die Kammern

sind öffentlich-rechtlich privilegiert in ihrer Eigenschaft, weil sie hoheitliche Teilaufgaben auch wahrnehmen. Insoweit wäre es mal ein ganz spannender Prozess, wenn dieses Parlament sich mal auch in Richtung der Wirtschaft bewegt, und zwar der verfassten Wirtschaft auf der Grundlage eines Kammergesetzes. Das Kammergesetz wirkt in Thüringen, aber man hat so ein bisschen das Gefühl, sobald irgendjemand in der Kammer sagt, ob nicht vielleicht doch eine IHK wirksamer wäre, ob nicht vielleicht eine Handwerkskammer wirksam wäre, die Welt geht unter. Deswegen haben Politiker dazu noch nie etwas gesagt. Wir waren immer gut beraten, dass wir alle nichts dazu gesagt haben, kein Einziger, weil jeder weiß sofort, wie man dann bei der Jahreshauptversammlung oder beim nächsten Neujahrsempfang rundgemacht wird wie ein Buslenker, dass man allein wagt zu sagen, dass es vielleicht optimalere Strukturen gibt. Deswegen wollte ich mal ein bisschen so von der ganz anderen Seite her das beleuchten und sagen, es gäbe da Diskussionsprozesse, die wir als Parlament auch mit der Wirtschaft führen sollten, zumindest mit den Kammern, mit den offiziellen Kammern im Kammerwesen. Ich rede ausdrücklich nicht von den Tarifvertragsparteien, weil das ein völlig eigenständiger Bereich ist, der damit nicht verwechselt werden sollte. Insoweit sollte man tatsächlich unterscheiden zwischen dem Lobbyverband der Wirtschaft, den mittelständischen Organisationsvertretern und den offiziellen Vertretern der Kammern, die öffentlich-rechtlich fungieren. Ich glaube, dass es da auch eine Pflicht gibt, wechselseitig miteinander ins Gespräch zu kommen. Deswegen fand ich manche Bemerkung die ich so vor dem Sommertheater gehört habe, schon zumindest für mich mal nachdenkenswert, auch über ein Kammergesetz als Gesamtdebatte mal nachzudenken, damit man nicht sagt, wer kann jetzt wen nicht leiden oder wer kann wen nicht riechen, das ist doch kein Thema. Die Frage, die ich spannend finde, ist, hat der Minister die Kammern beteiligt. Da kann man ihn fragen und da kann er antworten, ja oder nein. Aber wenn er sie beteiligt hat, anschließend zu sagen, also das läuft nicht so, wie wir das gerne hätten, das verdreht ja das Verhältnis zwischen Parlament, Regierung und den Kammern. Ich finde, dass Parlamentsentscheidungen wie ein Vergaberecht hier im Parlament zu treffen sind und nicht bei den Kammern, da sind die Kammern zu beteiligen. Aber man sollte die Sache auch nicht auf den Kopf stellen, wo welche Fragen dann am Schluss festgelegt werden. Und das Thema gesetzlicher Mindestlohn ist eines, da werden wir mit den Kammern nie einer Meinung sein,

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

aber es wäre lohnenswert, endlich einen flächen-deckenden, einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn auch deutschlandweit durchzusetzen. Ich bin gespannt Gustav, wie die Diskussion bei euch in der CDU ausgeht.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das waren 5 Minuten 24. Herr Abgeordneter Barth, ich rechne jetzt mal die Redezeit von 5 Minuten an und dann haben Sie noch 3,9, allerdings nicht wegen der männlichen Solidarität, es ist noch einer auf der Rednerliste. Aber vielleicht spricht der Minister auch noch. Bitte.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, Herr Kollege Ramelow, ich glaube, die Kammern und die Wirtschaft wären schon ganz froh, wenn sie im Ministerium eine Gleichbehandlung mit den Gewerkschaften erfahren würden, vielmehr wollen die, glaube ich, gar nicht,

(Beifall FDP)

nämlich, dass Beteiligung nicht nur verstanden wird, dass man sich in eine Runde mit reinsetzen darf und dann die Chance hat, zu vorgefertigten Pressemeldungen, Pressemitteilungen die Hand zu heben oder dies eben nicht zu tun, sondern dass man vielleicht auch mal beehrt wird, ähnlich wie der DGB in Frankfurt beehrt wird, und der Minister sich extra auf den Weg macht, um in Frankfurt Thüringer Regelungen vorzustellen - nicht in Erfurt, in Frankfurt.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Bei der IG Metall, damit das klar ist.)

Übrigens bei der IG Metall, genau, und nicht etwa beim DIHT oder ähnlichen Einrichtungen. Auch das zeigt, dass es schon ein Ungleichgewicht gibt, was vonseiten des Ministers in der Behandlung der Gewerkschaften und der Kammern stattfindet.

Herr Minister, ich hatte mich gemeldet, bevor Sie auf den natürlich erwartbaren Schlusspunkt eingeschwenkt sind. Ich will Ihnen nur sagen, mit Ihren prophetischen Gaben haben Sie nicht immer richtig gelegen. Zum Thema Opel komme ich dann noch einmal. Wenn Sie die Perspektive meiner Partei hier darstellen und dazu Hans-Dietrich Genscher bemühen, dann will ich Ihnen sagen, auch Helmut Schmidt hat sicherlich andere Ziele als Umfragergebnisse von 27 oder 28 Prozent für gut befunden.

(Beifall FDP)

Deshalb, glaube ich, sollten Sie sich um Ihre eigenen Probleme kümmern, uns unsere Politik machen lassen. Und das Ergebnis unserer Politik im Bund, Herr Minister, das sind über 49 Mio. Arbeitnehmer in Deutschland, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze haben.

(Beifall FDP)

Weniger als 3 Mio. Arbeitslose, das ist das Ergebnis schwarz-gelber Regierungspolitik in Berlin. Wenn das Rot-Grün erreicht hätte, dann würden Sie sich heute gegenseitig Denkmäler setzen, wir hätten im LEP Vorrangflächen für Denkmäler für Gerhard Schröder oder auch Ihre Genossen, deren Namen mir alle gerade nicht einfallen, das ist ja auch egal. Fakt ist, das ist das Ergebnis, das kann man sehen, das sehen die Menschen draußen.

(Heiterkeit SPD)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das stimmt nicht.)

Das ist das Ergebnis von Regierungspolitik, angefangen vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz bis hin zur Umstellung von Soll- auf die Istbesteuerung für kleine Unternehmen. Das ist nicht Ihre Zielgruppe, die kleinen Unternehmen, das weiß ich schon. Unsere Zielgruppe ist es, Unternehmen, die bis 500.000 € Umsatz machen - hat das Bundeskabinett heute beschlossen -, dass die Umstellung von der Soll- auf die Istbesteuerung erfolgt. Das ist Wirtschaftspolitik zum Anfassen für die Unternehmen, das ist Wirtschaftspolitik, wie ich sie mir auch in Thüringen wünschen würde. Deshalb, Herr Minister, mache ich mir auch Sorgen um die CDU, aber wegen ihres Koalitionspartners hier in Thüringen.

(Beifall FDP)

Den repräsentieren Sie, das Ergebnis sehen wir. Wenn Sie sich heute hinstellen und uns diese GRW-Zahlen vorrechnen, dann wäre ganz spannend - wo sind denn die 180 Mio. geblieben, über die Sie überhaupt nicht reden? Sie haben für Opel 15 Mio. ausgegeben und ändern dann mittendrin, weil das Geld droht auszugehen, die Regeln. Sie ändern mittendrin die Regeln und sagen, wer jetzt noch investiert, der muss Arbeitsplätze schaffen. Opel hat Ihnen lediglich versprochen, weniger abzubauen als angedroht. Dann sagen Sie - und ich finde das gut, dass Opel die Fördermittel bekommt, dass die investieren, das ist überhaupt keine Frage. Aber die Prophezeiung, was mit Opel alles passiert, wenn wir diese und jene Fördermittel nicht bezahlen - Ihre Partei wollte Opel einmal 5 Mrd. hinterherwerfen, weil die sonst sich in Luft aufgelöst hätten und weggegangen wären.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Barth, Blick auf die Redezeit.

Abgeordneter Barth, FDP:

Ja, der letzte Satz, Frau Präsidentin. Wenn Ihre Prophezeiungen damals eingetreten wären, dann hätten Sie das Problem, dass Opel heute Fördermittel braucht, gar nicht mehr. Zum Glück haben wir das Problem noch, Ihre Prophezeiungen allerdings haben sich als falsch erwiesen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das waren 3 Minuten 44. Herr Minister, möchten Sie gern noch einmal reden? Herr Abgeordneter Günther, Sie haben noch eine Chance. Er möchte noch und kann nicht.

(Heiterkeit im Hause)

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Herr Adams, wenn Sie außerhalb von Thüringen - ich war dieser Tage in Niedersachsen zu einer Veranstaltung eingeladen - sagen, die IHK sei die Wirtschaft, dann sagt die IHK, wir sind nicht die Wirtschaft - absolut zu Recht. Wenn ich sage, die IHK ist nicht die Wirtschaft, meine ich, dass sie die Verbände, die gesamte Wirtschaft repräsentieren, sondern ich mache meine Erfahrungen an einer bestimmten Stelle -

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und dennoch brauchen wir sie.)

warten Sie doch - ich mache meine Erfahrungen auch zum Beispiel bei vielen Unternehmen. Im Übrigen viele Unternehmen - auch das ist interessant - haben etwa bei dem Thema Leiharbeit mir eines gesagt: Endlich passiert da etwas, weil wir sonst einen ruinösen Wettbewerb nach unten bekommen, der dann auch zulasten meines Unternehmens geht. So viel einmal zum Thema Wirtschaft.

Ich kann Ihnen eines sagen: Ich habe gestern noch mit dem Präsidenten zum Beispiel von Ostthüringen gesprochen am Telefon. Es heißt, man kann mich jederzeit anrufen. Was mich allerdings ärgert, ist das Folgende, dass man, bevor man mit mir überhaupt gesprochen hat, ich bestimmte Dinge in den Zeitungen nachlesen kann. Das liegt ja nicht an mir. Dann kann man ja mal sagen, hör zu, wir möchten einen Dialog und lass uns darüber reden. Ich stehe da jederzeit bereit, meine Telefonnummer steht im Telefonbuch.

Es ist doch falsch, dass wir in den Gremien, die ich eingerichtet habe, vorgefasste Presseerklärungen - das ist doch Unsinn. Das können nur diejenigen sagen, die nicht dabei sind, sondern da wird diskutiert, auch unterschiedlich diskutiert. Das möchte ich auch. Allerdings gilt für mich dabei ein Grundsatz. Die Stimme der IHK ist genauso viel wert wie

die Stimme des DGB oder die eines Wissenschaftlers oder die eines Unternehmers. Denn das gehört dann auch zum offenen Dialog, dass wir miteinander Argumente austauschen. Das gilt für die IHKs genauso wie für die Gewerkschaften. Sie werden von mir immer eines hören: Ich bin weder der Erfüllungsgehilfe der Gewerkschaften noch der IHK, sondern es gibt viele Vorschläge der Gewerkschaften, die höre ich mir an, die realisiere ich aber auch nicht. Aber was ich schon möchte, das ist neu in Thüringen, zumindest seit zwei Jahren neu, dass die Gewerkschaften nicht mehr am Katzentisch der Landespolitik Platz nehmen müssen, sondern dass sie ein fester Bestandteil der politischen Debatte hier in Thüringen sind. Darauf lege ich großen Wert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt aber auch für die IHKs, die möchte ich ebenso dabei haben und lade sie herzlich ein. Jetzt mache ich mal ein Beispiel, wie das geht. Ich habe im Frühjahr vor der Sommerpause den IHKs ein Papier meines Hauses, nämlich die Aufstellung von Förderinstrumenten, zugeführt. Ich habe gesagt, hier sind die Förderinstrumente, jetzt macht ihr mir doch mal Vorschläge, was ihr denn wollt. Dann habe ich einen Brief zurückbekommen nach dem Motto, macht ihr erst einmal Vorschläge, damit wir sie kommentieren können. Da habe ich geschrieben, nein, jetzt seid ihr mal dran. Wir arbeiten auch an einem Papier. Wenn ich eure Vorschläge habe, dann kann ich sie in einem weiteren Verfahren schon einmal berücksichtigen. Wenn mein Papier fertig ist - wir haben auch nur eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern -, dann werde ich auch mit denen reden. Aber das Prinzip lautet, keine eigenen Vorschläge machen, und wenn einer einen macht, dann immer nur zu kritisieren, das ist auch kein Prinzip. Da erwarte ich von den IHKs, wenn es denn die große Sachkompetenz gibt, mir mal zu sagen, was sie denn wollen beim Thema Technologieförderung, beim Thema Unternehmensansiedlungsförderung usw. Ich lade da jeden ein.

Sie können mir eines glauben, bei mir gilt ein Prinzip: Wenn jemand ein besseres Sachargument hat als das meine, bin ich mir nicht zu schade, dieses Argument auch zu übernehmen. Solange ich allerdings nicht den Eindruck habe, das Sachargument sei besser als das, das ich, mein Haus, meine Mitarbeiter, wir gemeinsam entwickelt haben, dann muss ich sagen, werde ich meine Position auch nicht verändern. Aber wenn es das gibt, will ich das gern tun.

Im Übrigen, Herr Barth, wenn ich morgen von der DIHK - ich habe schon mehrfach beim DIHK gesprochen - eingeladen werde, dann gehe ich genauso gern hin wie zur IG Metall, zum DGB, zu den Umweltverbänden oder anderen. Denn eines ist für

(Minister Machnig)

mich immer ein Prinzip gewesen, ich gehe einer Debatte nicht aus dem Weg. Ich stelle mich einer Diskussion, auch wenn sie unangenehm ist, trage meine Argumente vor. Dann kann jeder entscheiden, wie gut meine Argumente sind. Im Übrigen, Herr Barth, es gibt keine 49 Mio. Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland, es gibt sie nicht. Aber wir haben einen Höchststand,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: 41, ich habe mich versprochen.)

das gestehe ich Ihnen zu, wir haben etwa 41 und ein bisschen. Ja, das ist doch nicht schlimm. Das kann jedem passieren. Also es sind 41 Mio., nicht 49 Mio. Davon sind 28,3 Mio. und ein bisschen mehr in Sozialversicherung. Alles andere sind atypische Beschäftigungsverhältnisse. Das heißt, der große Aufwuchs ist nicht in den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen entstanden, in den 28, sondern bei den 13 ...

(Unruhe FDP)

Nein, das stimmt doch nicht. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen des letzten Konjunkturaufschwungs 2001 und den in diesem Jahr, dann werden Sie feststellen, das ist eine halbe Million höher. Der große Aufwuchs hat bei den atypischen Beschäftigungsverhältnissen stattgefunden, und das zulasten vieler Beschäftigter, 400-Euro-Job, zeitliche Befristung.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Das ist eben nicht der Fall.)

Natürlich ist das so. Das sagt so der Sachverständigenrat. Da müssen Sie einfach mal reinschauen und müssen sich mal kundig machen, damit Sie wissen, wovon Sie an der Stelle reden. Da will ich mal eines ein bisschen leiser sagen. Das, muss ich sagen, habe ich noch nie gehört. Niemand glaubt, dass diese Bundesregierung dafür Verantwortung trägt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die FDP dafür Verantwortung trägt, glauben nicht einmal mehr 3 Prozent in Deutschland, dass das mit Ihrer Politik irgendetwas zu tun hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, wenn Sie weiter so auftreten, dann werden das noch weniger als 3 Prozent, denn am Ende muss doch eines gelten, dass man Vertrauen hat zu denjenigen, die dort Politik machen. Wenn ich mir einen bestimmten Teil auf der Bundesebene anschau, da muss ich sagen, dieses Vertrauen existiert nicht. Das ist jetzt Ihre Sache, die müssen wir lösen. Wir sind übrigens bei 30 Prozent bei den Umfragen, wir werden auch noch besser, das sage ich Ihnen voraus. Ja, das werden Sie sehen und dann kann man auch darüber reden.

Aber noch mal zurück zur Sachdiskussion. Ich würde mich ganz ernsthaft freuen, wenn wir eine intelligente Debatte über die Fragen führen würden, welche Rahmenbedingungen können wir in den nächsten Jahren unter der Überschrift Standort, Leistungsfähigkeit, Infrastrukturen ausbauen, Qualifizierungen auf den Weg bringen usw. schaffen. Mit welchen Instrumentarien können wir das tun. Wenn dann allerdings die Antwort ist, das machen schon die Märkte und das macht das freie Unternehmertum, dann muss ich sagen, das ist mir als Antwort dann doch zu lapidar und hat mit der Realität nichts zu tun.

(Beifall SPD)

Da sage ich, man müsste über intelligente Instrumente reden, wie denn das gelingen kann. Da bin ich jederzeit, zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit, darüber zu reden, weil das in der Tat unsere Aufgabe ist.

(Beifall SPD)

Was sind intelligente Instrumente, um den Standort noch besser zu machen?

Ordnungspolitik in Deutschland heißt möglichst nichts tun oder das falsche. Das heißt häufig Ordnungspolitik. Das ist eine Lehrformel, mit der ich wenig anfangen kann, die Ihnen im Übrigen auch gar nicht hilft. Denn sagen Sie mal einem Unternehmer, dass er sich in Thüringen ansiedeln soll; wenn ich diesem etwas von Ordnungspolitik erzähle, dann fragt der mich nur: Wo ist die Gewerbefläche, wo ist die Infrastruktur, wo ist das Fördermittel und wo hast du meine Beschäftigten. Das will der wissen. Er will nicht irgendwelche

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Und wo sind ...?)

Das will ich Ihnen auch gern erklären, interessant. Ich habe davon gesprochen, dass im letzten Jahr, eigentlich auch in diesem Jahr, nur 160 Mio. € geplant waren. Ich habe 40 Mio. € aufgestockt.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Und die erste Tranche)

Sie verstehen das offensichtlich nicht. Ich habe 40 Mio. € aufgestockt. Jetzt ist folgendes passiert: Der Großteil - auch in der letzten Tranche - der Bewilligungen, die wir gemacht haben, von 74 waren das 46, ist zu Kleinstunternehmen in Thüringen gegangen. Auch in der ersten Tranche gilt das. Der Großteil unserer Förderungen geht an Kleinst- und kleine Unternehmen, dann an mittlere und nur ganz wenige größere Unternehmen werden von uns überhaupt bedacht, dazu hat Opel gehört. Da sage ich ganz klar, das war auch eine richtige Entscheidung.

Im Übrigen will ich Ihnen eines sagen: Langfristig wäre mir eines lieber gewesen, wir hätten eine ver-

(Minister Machnig)

tragliche Lösung mit GM über Opel hinbekommen, dann hätten wir mehr Sicherheit zur Entwicklung des Unternehmens gehabt, als wir das heute haben. Das war mein damaliger Ansatz, warum ich auch dafür gekämpft habe.

Im Übrigen, wenn wir damals als Landesregierung - das nehme ich nicht nur für mich in Anspruch, sondern auch für die Ministerpräsidentin - uns nicht so deutlich auch im Fall Opel positioniert hätten, dann hätte die Frage gestanden, ob denn Eisenach in der Form berücksichtigt werden kann. Von daher war es, glaube ich, ein richtiger Punkt. Das heißt, Herr Barth, die Zahlen, die Sie verwenden und die Behauptung, hier würden Großunternehmen - so viele haben wir in Thüringen überhaupt nicht - subventioniert, geht an der Realität vorbei. Der Großteil der Förderungen geht in wirklich kleine Unternehmen. Das wird auch in den nächsten Jahren so sein,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ich habe Ihnen gesagt, dass das nicht gut ist.)

weil Thüringen ein Land der KMU ist, diese KMU müssen wir stärken, denn sie sind unser wirtschaftliches Potenzial. Trotzdem brauchen wir auch eines, wir brauchen auch größere Unternehmen, die in der Lage sind, etwa von den F- und E-Investitionen und anderen Dingen auch in die Zukunft zu investieren und auch Kooperationen und Netzwerke mit der Wissenschaft in Thüringen aufzubauen. Wenn wir das tun, dann haben wir, glaube ich, eine gute Chance für den Wirtschaftsstandort. Ich glaube auf jeden Fall, dass Thüringen seine Vorreiterstellung in den neuen Bundesländern in den nächsten Jahren weiter ausbauen kann. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Minister hat dafür gesorgt, dass es jetzt noch 10:55 Minuten Redezeit gibt. Einen Moment mal, es ist ja für mich auch außerordentlich spannend, wie das hier alles zu berechnen geht. Das heißt, es gibt Redemeldungen schon vor Herrn Kemmerich. Die heißen in der Reihenfolge Herr Günther, das habe ich ja vorhin schon gesagt, der durfte nur nicht; dann hat sich der Herr Barth noch einmal gemeldet; dann hat sich der Herr Kemmerich gemeldet und - wer noch? - der Herr Lemb. Wir haben also wieder die Herausforderung, 10:55 Minuten auf vier Redner aufzuteilen. Wieder gilt die männliche Solidarität, die dann vorhin erst durch den Minister wieder aufgelöst werden konnte. Und Sie haben als Erster das Wort, Herr Abgeordneter Günther. 18.00 Uhr ist übrigens letzter Aufruf, das wollte ich auch nur noch mal nebenbei anmerken.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, Sie haben gesagt, er kann nicht, er kann doch. Meine Damen und Herren, Herr Minister, Sie haben gesagt, Kriterien sollen neu definiert werden, bin ich völlig bei Ihnen. Also doch ein Änderungsbedarf bei der Linie, finde ich gut. Die Kammern haben auch gute und tragfähige Vorschläge gemacht. Ich denke, wir werden es dann noch mal erneuern. Sie werden mit denen reden, finde ich super. Was mir gut gefallen hat, dass Sie die Aussage getroffen haben, 40 Mio. GRW vorgezogen auf 200 Mio., auch ok., in die einzelbetriebliche Förderung und haben daraus das Fünffache an Investitionssumme herausgeholt. Finde ich gut, weil nämlich bei der Infrastrukturförderung werden 90 Prozent Förderung ausgegeben, und da will ich zu meinem Punkt kommen, nur 10 Prozent Eigenanteil gesetzt, was meist auch aus Steuermitteln kommt. Also, meine Bitte, Herr Minister, dass Sie auch zukünftig bei diesem großen Antragsvolumen das Förderverhältnis, was derzeit bei 60 zu 40 einzelbetriebliche zu Infrastrukturförderung steht, ändern, und zwar - die Möglichkeit ist ja, Sie sind mächtig genug, können das machen - von 80 zu 20; 80 Prozent einzelbetriebliche Förderung, 20 Prozent Infrastrukturförderung. Dann können wir mehr Anträge bedienen, Sie schmunzeln schon, Sie kennen meine Richtung, ich sage es nicht. Das ist der richtige Weg, denn das ist Wirtschaftsförderung pur. Dadurch werden Aufträge in der Fläche generiert, werden Ingenieurbüros beauftragt und kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe bekommen viel mehr Aufträge. Das spült auch Geld in die kommunalen Kassen, die klamm sind. Deswegen meine herzliche Bitte, Änderung des Verhältnisses im nächsten Jahr von 60 : 40 auf 80 : 20 und dann sind wir ein ganzes Stück weiter. Wir können nicht alle befriedigen, aber zumindest geht es in die richtige Richtung. Vielen Dank. Ich habe auch mein Zeitlimit so gesetzt, dass die anderen noch drankommen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

2 Minuten 09 von 10 Minuten 55. Als Nächster hat der Abgeordnete Barth das Wort.

Abgeordneter Barth, FDP:

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Es gibt bestimmt neue Redezeiten.)

Dafür kann ich ja leider nicht sorgen, Frau Präsidentin, ich kann nur mein Möglichstes tun.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Da müssen wir uns Mühe geben.)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, die Frage, dass die Gewerkschaften, dass die Kammern nicht die Wirtschaft sind, das ist

(Abg. Barth)

völlig richtig. Aber die Gewerkschaften sind eben auch nicht die Arbeitnehmer, das hatte ich vorhin gesagt. Deswegen ist es wichtig, dass Sie die Wirtschaft auch einbeziehen in die Dinge, die Sie planen, in die Dinge, die Sie entscheiden. Deswegen ist es auch das gute Recht, glaube ich, der Wirtschaft und damit auch der Kammern als Organe, als Vertreter der Wirtschaft, dass die ein Gefühl dafür bekommen, dass die Dinge, die Sie in Ihrem Ministerium entscheiden transparent und vor allem auch verlässlich sind. Die Verlässlichkeit ist nämlich ein ganz entscheidender Standortfaktor aus meiner Sicht. Es gibt eine ganze Reihe von Unternehmen, die beantragen bei Ihnen Fördermittel. Dann gehen die zu ihrer Bank, machen ihre Finanzierungen und dann geht es denen plötzlich wie einem Fußballspieler, der in der 60. Minute vom Schiedsrichter mal in die Mitte gerufen wird und dann heißt es, die restlichen 30 Minuten spielen wir jetzt ohne Abseits weiter.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Nein, nein, nein, nein.)

Doch, doch, doch, doch, so ist das. Sie haben 160 Mio. GRW-Mittel gehabt. Irgendwann mitten im Jahr haben Sie festgestellt, nachdem ein Großteil, von dem wir übrigens noch nicht wissen, wer das Geld alles gekriegt hat. Ich habe nicht gesagt, dass das alles Großunternehmen waren - doch Sie haben vorhin behauptet, ich hätte das gesagt, ich habe es nicht gesagt - weil es so viele Großunternehmen in der Tat nicht gibt. Wenn Opel 15 Mio., 16 Mio., irgendwas in der Größenordnung bekommt, dann sind das ja von 160 Mio., immerhin 10 Prozent. Dann ist das ein nennenswerter Anteil, der vielen kleinen Unternehmen natürlich entsprechend fehlt. Sie erheben bei Opel eine Bedingung nicht, die Sie bei anderen dann plötzlich einführen, nämlich die Frage, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Opel schafft keine neuen Arbeitsplätze, die haben Ihnen lediglich zugesagt, dass sie nicht so viele abbauen werden, wie sie vorher angedroht haben. Das kann ich auch, da setze ich eine Drohung in die Welt und dann gehe ich her und sage, also wenn ich ein bisschen Geld bekomme, baue ich nicht ganz so viel ab. Noch einmal: Ich habe nichts gegen die Fördermittel für Opel. Die Bedeutung dieses Standorts für Thüringen ist unumstritten. Was ich bemängle, was ich kritisiere, ist die Tatsache, dass Sie plötzlich mitten im Galopp sagen, alle, die jetzt kommen, müssen Arbeitsplätze schaffen. Dass das auch so eine Frage ist, wie man dauerhafte Arbeitsplätze finanziert und wer die am Ende wirklich schaffen kann, ob das für den kleinen Unternehmer, für den kleinen Handwerker wirklich so einfach ist, herzugehen und zu sagen, ich schaffe mal jetzt drei Arbeitsplätze, und sich dann gegen irgendjemand anderen durchzusetzen, ob die Investition dadurch nachhaltiger wird, das wage ich zu bezwei-

fel, ob das Kriterium wirklich nachhaltig ist. Aber auch das wäre egal. Sie können es aber nicht mitten in der Förderperiode machen, das ist der entscheidende Kritikpunkt. Vor allem ist auch die Frage interessant, weil Sie immer über die 20 Mio. € reden, die da noch übrig waren, und die 40 Mio. €, die Sie aus dem Jahr 2012 dann vorholen, wo sind denn eigentlich die fehlenden 140 Mio. € hin?

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Welche 140 Mio. €?)

Die waren ja zur Hälfte des Jahres verschwunden von den ursprünglichen 160 Mio. €, die Sie schon ausgegeben hatten.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Nein, nicht ausgegeben.)

Da wäre mal die Frage, für wen sind die denn so alles bewilligt worden?

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Da mache ich Ihnen eine schöne Liste.)

Genau, so eine schöne Liste würde ich mir einmal wünschen. Sie müssen sich schon einmal die Frage gefallen lassen, wo ist das Geld hin?

Zu Ihren Ausführungen vorhin: Natürlich bekommen Sie das Geld, da brauchen Sie die Kammern nicht dazu. Das Geld, was ein Unternehmen nicht abrufen, Fördergeld, was nicht abgerufen wird, steht Ihnen selbstverständlich wieder zur Verfügung. Das geht in Ihren Topf wieder hinein und dazu brauchen Sie an der Stelle auch keine Kammern. Ich habe mich vorhin in der Tat versprochen. Es sind nicht 49 Mio. Arbeitsverhältnisse, es sind 41 Mio. Das ist aber genauso Höchststand

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Da streite ich ja nicht.)

wie die Frage sozialversicherungspflichtiger auch Höchststand sind plus/minus 200.000/300.000. Darum will ich mich gar nicht streiten. Aber wenn Sie sich hierher stellen und sagen, dass die 13 Mio., die wir jetzt hier in der Differenz haben zwischen sozialversicherungspflichtigen und anderen Arbeitsverhältnissen, durch Abbau sozialversicherungspflichtiger entstanden wären, da stimmt Ihre eigene Rechnung nicht,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Doch!)

weil zum Höchststand Rot-Grün oder Schwarz-Rot war die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen in der gleichen Höhe plus/minus 100.000 oder 200.000, auf jeden Fall nicht plus/minus 13 Mio., wie Sie es uns jetzt gerade weismachen wollen. Wer rechnen kann, ist genauso klar im Vorteil wie

(Abg. Barth)

der, der lesen kann gelegentlich, aber da müssen wir auch sauber rechnen.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Dann muss ich das noch mal erklären.)

An dieser Stelle, Herr Minister, glaube ich, muss man ein bisschen ehrlich bleiben. Wenn wir uns dann in der nächsten Runde noch einmal sehen, wenn Sie dann noch einmal an das Rednerpult gehen, dann können wir uns auch noch einmal ein bisschen über die Frage, wie das mit Griechenland ist und Herrn Steinbrücks Äußerung im „Spiegel“ diese Woche, dass die Deutschen das natürlich alles bezahlen müssen, zu verstehen ist.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Und wer auf die Uhr schaut, sieht, dass die fünf Minuten überschritten sind.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es hat das Wort der Herr Abgeordnete Kemmerich. Da bleiben noch 3 Minuten 46 übrig.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, apropos Statistik: Zum Ende der rot-grünen Regierung, Herr Machnig, das müssen Sie auch wissen, war die Arbeitslosenzahl deutlich, und zwar deutlich höher und auch die sogenannten versteckten Arbeitslosenzahlen, die Arbeitslosen, die in Maßnahmen steckten, und addierten sich zu dieser Zeit auf fast 6 Mio. Wenn wir heute anno Ende 2010 alles zusammenrechnen sind wir unter 4 Mio. Diese Erfolge müssen Sie einfach auch gegen sich gelten lassen und können die Statistik auch nicht so lange feinreden, bis vielleicht nur noch Sie daran glauben. Das sind sicherlich die Realitäten. Sie sprachen von Standortpolitik, von Ordnungspolitik, die haben Sie ein bisschen durch den Kakao gezogen, aber es gibt nun tatsächlich genug Definitionen, auch klare Regeln, was Ordnungspolitik ist. Das ist eben nicht das Steuern von Wirtschaft durch Festlegen von Richtlinien, über die wir mehrfach gesprochen haben, sondern das Fördern von Standortbedingungen. Da ist zum Beispiel zu nennen, wenn sie mit Recht anprangern, Sie werden oft gefragt, wo habe ich denn meine zukünftigen Fachkräfte zu finden in Thüringen, warum gehen Sie nicht hin und fördern da wirklich auch betriebliche Fortbildung. Warum fördern Sie nicht Leute, die in der Arbeit stecken, dass die Unternehmen doch

Qualifizierung machen, insbesondere im kleinen Thüringer Mittelstand,

(Beifall FDP)

die für sich meist zu klein sind, um das zu organisieren, dass da Verbünde entstehen, noch mehr entstehen, um ihre heute Beschäftigten fortzuqualifizieren, weiterzuqualifizieren, um im globalisierten Wettbewerb weiter bestehen zu können und um auch Platz zu machen für die heute geringer Qualifizierten, dass sie nachrücken können, und um die frei werdenden Plätze durch die sich weiter nach oben bewegenden Mitarbeiter besetzen zu können. Nein, wir verschleudern Geld, Landesarbeitsmarktprogramm, schaffen Doppelstrukturen, schaffen Strukturen, die Frisbyscheiben an der Ostsee verteilen und Brötchen am Erfurter Bahnhof.

(Beifall FDP)

Ich denke, das ist keine Ordnungspolitik. Das ist nicht das, was dem Thüringer Standort nützt, sondern das kann dazu führen, dass Leute sich an anderen Standorten tummeln müssen. Das muss sich die Regierung hier gefallen lassen, wir haben seit der Regierungsübernahme durch Schwarz-Rot in diesem Lande außerordentlich viele Schulden dazu gemacht. An anderen Standorten, wie zum Beispiel Sachsen, hat es gehalten, weiter schuldenfreie Haushalte herzustellen. Das ist auch gut für die Wirtschaft, weil sie damit verlässliche Rahmenbedingungen vorfindet und Investitionstätigkeiten in Sachsen noch ein ganz, ganz anderes Niveau haben, dort noch viel, viel mehr Geld ausgegeben wird pro Kopf der Bevölkerung, pro Unternehmen. Diese Statistiken sollten wir uns zupassehalten und nicht darauf zurückschielern, dass wir es aufgrund einer statistisch guten Lage, einer unternehmerisch und volkswirtschaftlich guten Lage in 2010 endlich schaffen, sehr, sehr gute Zahlen hinzulegen, aber den Abstand zu den Vorbildern und zu den führenden Ländern in Westdeutschland holen wir immer noch nicht auf, sondern da hinkt Thüringen immer noch hinterher. Das muss unsere Benchmark sein, diesen Abstand zu verkürzen, endlich

(Beifall FDP)

vom unteren Drittel auch in der tatsächlichen Produktion, in der tatsächlichen Wertschöpfung aufzuholen und nicht nur in Statistiken. Darüber können wir lange reden, aber, meine Damen und Herren, am Ende ist das wichtig, was tatsächlich zählt, was die Thüringer Wirtschaft tatsächlich leisten kann und was die Arbeitnehmer tatsächlich damit verdienen können. Denn wir wissen, bei Bruttowertschöpfungen sind wir in Thüringen noch lange nicht führend und damit auch bei Entlohnungsfragen, die sich in Thüringen stellen, die sich daraus rechnen, wie produktiv Thüringer Unternehmen sind. Darauf sollten wir achten, das ist Standortpolitik, das ist

(Abg. Kemmerich)

Ordnungspolitik. Wir warten auf Ihre Vorschläge, was denn da für die Zukunft kommen mag. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit ist die Redezeit erschöpft.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich mach noch mal einen.)

(Heiterkeit im Hause)

Ich mache jetzt mal eine Anmerkung, weil ich jetzt schon mehrfach angesprochen wurde. Natürlich kann die Landesregierung jederzeit das Wort ergreifen. Natürlich gilt jede Redezeitüberschreitung der Landesregierung als zusätzliche Redezeit im Gesamtfeld der Aktuellen Stunde, nicht für den Einzelnen. Herr Minister Machnig hat bisher 32 Minuten und 4 Sekunden gesprochen. Das sind 22 Minuten und 4 Sekunden mehr, die sich auf die Fraktionen zurück überweisen, das ist also knapp eine Dreiviertelstunde, die zu dem Bereich des aktuellen Redeumfangs von 30 bis 40 Minuten hinzugekommen ist. Ich kann laut Geschäftsordnung niemals einem Mitglied der Landesregierung seinen Wunsch auf Rede verweigern. Sie haben sich zu Wort gemeldet und es gibt dann noch die Wortmeldung des Abgeordneten Lemb. Sie haben das Wort und wir werden ...

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich kann ihm auch den Vortritt lassen.)

Nein, der kann nicht vor, es ist jetzt wieder mal die Redezeit zu Ende, er kann und darf jetzt nicht.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ich rede jetzt in aller Kürze, keine 32 Minuten. Ich wollte noch mal was sagen zu dem Spiel. Das war ein schönes Bild mit dem Spiel, und die Frage ist, wann ist eigentlich angepfeifen. Herr Barth hat behauptet, ich hätte das Spiel 60 Minuten laufen lassen und dann im Spiel die Regeln verändert. Das ist falsch, denn wenn jemand einen Antrag stellt, dann hat er keine Zusicherung und keinen Rechtsanspruch, dass dieser Antrag bewilligt wird. Wenn er zu einer Bank geht, kann er bestimmte Konditionen mit seiner Bank vorklären, bestimmte Dinge eruieren und überprüfen, ob er denn in der Lage ist, wenn er die Förderung bekommt oder auch ohne Förderung, dieses zu tun. Weil wir beständig fördern und es eben keine Halbzeit gibt, sondern das Spiel immer läuft, müssen und können wir das Ganze nur im Rahmen des Verfahrens tun. Natürlich geht es nicht anders, ich kann nicht abpfeifen. Soll ich sagen, wir machen jetzt mal ein halbes Jahr gar nichts, wir denken mal drüber nach und dann pfei-

fen wir das Spiel neu an? Wir fördern permanent, das ist die Voraussetzung und deswegen können wir sie auch nur im Verfahren ändern.

Jetzt mal einen Satz zum Thema Opel. Das ist eben der Unterschied, wenn ich mit Opel verhandle über Standortsicherung, dann nutzen wir ein Instrument des sogenannten Letter of Intent. Das heißt, bevor die dann überhaupt beantragen, schreibe ich den Letter of Intent, dass wir zu folgenden Dingen bereit sind. Das ist dann im Übrigen die Grundlage, dass die sich überhaupt bestimmte Investitionsentscheidungen anschauen und sie am Ende treffen. Wenn ich dann allerdings einen Letter of Intent geschrieben habe, hat er zwar keine Rechtskraft - aber ich hätte das einmal machen sollen, ich hätte gegenüber Opel sagen sollen, ich habe euch einen geschickt, ätsch, aber ich habe es gar nicht so gemeint, das wäre das Ende einer Kooperation gewesen. Das heißt, solche Anträge stehen immer außerhalb und vor der Klammer. Das muss man einfach verstehen.

Jetzt einen Satz, Herr Kemmerich, ich muss Ihnen sagen, was mir immer schwerfällt, wenn man Mitglied des Wirtschaftsausschusses ist und wirklich nicht weiß, worüber man redet, das muss ich wirklich sagen, das macht mich krank.

(Unruhe FDP)

Nein, Sie können mir ja vieles vorwerfen, aber dass ich nicht weiß, worüber ich rede, das muss ich sagen, das weise ich entschieden von mir.

(Zwischenruf aus der Fraktion der FDP)

Das können wir gern machen. Ich kann Ihnen eines sagen, gerade im Bereich Qualifizierung und Fortbildung machen wir Enormes. Die ganzen außerbetrieblichen Fortbildungsverbände, die dankenswerterweise vor meiner Zeit geschaffen worden sind über die CDU-Kollegen, das ist ein erheblicher Teil von Mitteln, den wir gerade für KMU zur Verfügung stellen, die keine eigene Ausbildung machen können. Wir haben andere Fortbildungsinstrumente. Ich habe gerade zum Beispiel einen Fortbildungsscheck eingeführt. Wir fordern Masterstudiengänge, z.B. wo man neben der betrieblichen Ausbildung auch seinen Master machen kann, um Fortbildungsmaßnahmen voranzutreiben und damit auch KMU zu unterstützen. Da zu sagen, all das würden wir nicht tun, das geht an der Realität vorbei. Sie wissen nicht, was im Lande und was wirtschaftspolitisch hier eigentlich gespielt wird.

Jetzt noch einen Satz zu Sachsen. Ich will im Thüringer Landtag mal eines sagen: Wir sind besser als Sachsen, das ist die Realität. Wir sind besser in der Produktivität, wir sind besser beim Thema Arbeitslosigkeit, wir haben eine breitere Unternehmenspalette, wir haben ein breiteres Portfolio zum Beispiel im technologiepolitischen Bereich. Aber mir Sachsen - wogegen ich als Land gar nichts habe -

(Minister Machnig)

als leuchtendes Beispiel vorzuhalten, das geht an den Daten nun komplett und völlig vorbei. Im Übrigen sollen die Sachsen machen, was sie wollen, das ist für mich gar nicht entscheidend, es ist entscheidend, was wir hier machen.

Jetzt noch einen Satz - und da will ich auf ein Beispiel verweisen, das ist für mich wichtig. Die Sachsen standen vor einem Problem, dass auch viele Unternehmen, viele KMU sich Bewilligungen gesichert haben, die sie am Ende nicht in Anspruch genommen haben. Dann haben die Sachsen Folgendes getan, sie haben einen Stichtag eingeführt - 31.08. Bis dahin musste man melden. Dann musste man, wenn man die Mittel nicht genutzt hat, zurückgeben. Da hat sich allerdings Folgendes herausgestellt: Das ist viel zu spät, denn dann können sie so schnell gar nicht Anträge auf den Weg bringen, weil - und das kann ich gar nicht beeinflussen - die GRW-Richtlinie des Bundes voraussetzt, Mittel fließen nur dann ab, wenn reale Rechnungen vorliegen. Dazu muss ein Projekt in einer bestimmten Zeit dann auch angelaufen sein, sonst liegen keine Rechnungen vor. Damit bleiben dann häufig Mittel liegen. Diese Mechanik muss man verstehen. Das wäre meine Bitte, nicht, weil ich da Verantwortung delegieren will, dass Unternehmen, die sagen, ich habe mir jetzt einfach den Anspruch gesichert, ich stelle fest, ich schaffe es in diesem Jahr nicht, aus welchen Gründen auch immer, die Mittel zurückzugeben, damit wir sie möglichst frühzeitig für andere Projekte einsetzen können, um damit dann auch Unternehmen die Chance zu geben, die investitionsfertig oder -reif sind, ihre Projekte anzuschieben. Das passiert aber nicht, sondern viele bleiben dann, weil sie glauben, sie sichern sich einen Rechtstitel, auf diesen Bewilligungsbescheiden sitzen, die wir dann nicht mehr nutzen können. Das ist die Konsequenz. Ich finde, das ist eine gemeinsame Aufgabe nicht nur des Wirtschaftsministeriums, sondern auch der IHKs, uns dabei zu helfen. Ich hoffe, dass wir darüber ein System aufbauen, dass wir die Förderinstrumente noch effektiver

und vor allen Dingen so einsetzen können, dass wir am Ende des Jahres keine Reste bilden. Das muss das Ziel sein, dass Investitionen, die in die Produktivität, in die Wertschöpfung, in die Schaffung von Arbeitsplätzen investiert werden, dann auch wirklich dort ankommen, wo sie hingehören. Das ist zumindest mein Bestreben. Darüber rede ich mit jedem, auch mit den IHKs. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es wären jetzt noch 6:13 Minuten Redezeit.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Das glaube ich nicht.)

Das hat nichts mit Glauben, sondern mit Wissen zu tun. Der Abgeordnete Lemb hat aber gesagt, er könnte darauf verzichten, noch einen Redebeitrag zu halten, wenn die anderen auch verzichteten.

(Beifall CDU, FDP)

Ich sehe, das ist so, so dass ich die Aktuelle Stunde schließen kann, die um 16.39 Uhr mit Teil e) begann und um 18.12 Uhr endete. Ich habe vorhin schon ein paar Zwischenbemerkungen dazu gemacht. Wir müssen uns da sicher noch einmal miteinander verständigen.

Ich schließe damit auch den heutigen Plenarsitzungstag, denn nach 18.00 Uhr wird kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen. Um 19.00 Uhr, ich habe mich jetzt noch einmal erkundigt, beginnt der parlamentarische Abend der Telekom.

Ende: 18.12 Uhr